

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 38 · 19. September 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Fragen an einen Fall

Warum musste Charlie Kirk sterben? Während die Welt entsetzt ist, offenbaren deutsche Linke eine schäbige Schadenfreude Seite 2



Hintergrund Das ganze Ausmaß von Merkels „Wir schaffen das!“ Seite 3



Peanuts Der weltberühmte Kultcomic mit deutschen Wurzeln wird 75 Seite 10

VON HANS HECKEL

Die fortschreitende Zerrüttung der politischen, wirtschaftlichen und fiskalischen Stabilität Frankreichs beinhaltet eine drastische Warnung an den Nachbarn Deutschland. Zudem dürften uns die Schockwellen aus der wichtigsten Nachbarnation unseres Landes sehr viel härter und direkter treffen, als es – von der vermeintlich bequemen Zuschauerposition aus betrachtet – derzeit den Anschein haben mag.

Tragischerweise sendet die Berliner Politik keinerlei Signale aus, die darauf hindeuten, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hätte oder sogar bereit wäre, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Gefordert wären zuvörderst die Union und Kanzler Merz.

Stichwort „Brandmauer“: In Paris ist es der konservative Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, der angesichts des Scheiterns der Regierung von Premier François Bayrou den Abriss der „republikanischen Brandmauer“ gegen Marine Le Pens Partei Rassemblement National (RN) fordert. Sarkozy hat den RN kurzerhand zum Teil des „republikanischen Bogens“ erklärt. Jahrelang hatte Frankreichs Mitte-Rechts-Lager auf Bündnisse mit linken Kräften gesetzt, um Le Pen von der Macht fernzuhalten. Sarkozy hat nun eingeräumt, dass diese Strategie gescheitert ist, derweil die CDU/CSU und die Reste der FDP unverdrossen „weitermauern“.

Die Zeit läuft gnadenlos ab

Am Beispiel des Lagers von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kann die deutsche Union studieren, dass es vollkommen aussichtslos ist, die linken Parteien – quasi als Gegenleistung für den gemeinsamen „Kampf gegen Rechts“ – in die Pflicht für die Gesamtverantwortung im Sinne des Landes nehmen zu wollen. In Frankreich hat die Linke, unter Führung des Neokommunisten Jean-Luc Mé-

lenchon, die gemeinsame Anti-RN-Front nur dazu genutzt, um die politische Mitte lustvoll in die Enge zu treiben, in der sie nun zappelt. Ähnliche Tendenzen sind bei Deutschlands Grünen, der Linkspartei (sowieso) und auch in der SPD bei ihrem Umgang mit der Union sichtbar. CDU und CSU müssen sich also fragen, ob sie ihre programmatische Sichtbarkeit und das Wählervertrauen weiter für mitte-linke Sammelsuriumscoalitionen und Bündnisse opfern wollen. Oder ob sie sich zu dem mutigen Schritt durchringen, ihre grundsätzliche Haltung zur AfD zu überdenken.

Selbst niederschwellige Formen der Kooperation würden die AfD zwingen zu beweisen, ob sie ihren patriotischen Anspruch einlöst und Verantwortung für das Wohlergehen des Landes übernimmt. Oder ob sie im bequemen Schmollwinkel der Daueropposition verharrt und es eigenen Repräsentanten weiterhin erlaubt, mit haarsträubenden Eskapaden eine Art Selbsteinmauerung ihrer Partei zu betreiben, welche die „Brandmauer“ der anderen komplettiert.

Die Zeit für einen solchen Befreiungsschlag läuft gnadenlos ab: Je länger die Brandmauer steht, desto erfolgreicher kann die SPD dringende Reformen ausbremsen, und desto steiler wird Deutschland absteigen. Damit wachsen nicht nur die Schulden, beflügelt durch den gewaltigen, zusätzlichen Schub per „Sondervermögen“, ungebremst weiter. Gleichzeitig

verringert die lahrende Wirtschaft auch die Schuldentragfähigkeit der Bundesrepublik. Mit einem Staatsschuldenstand in Höhe von 114 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist das Problem der Schuldentragfähigkeit für Frankreich bereits existentiell. In Italien sind es sogar mehr als 120 Prozent. Insbesondere infolge der „Sondervermögen“ dürfte die deutsche Staatsschuld von vergleichsweise moderaten 64 Prozent des BIP in den kommenden Jahren in Richtung 90 Prozent ansteigen. Versinkt auch Deutschland im Schuldensumpf, kann dies die gesamte Eurozone ins Rutschen bringen.

Es trifft die einfachen Bürger

Der Schuldenstand an sich ist nicht das eigentliche Problem. Es sind die Zinsen, die ein Staat dafür zu bezahlen hat. Wie bei jedem Kreditnehmer hat die Bonität des Schuldners entscheidenden Einfluss auf die Höhe der Zinsen: Je geringer die Bonität eingeschätzt wird, desto höher fallen die verlangten Zinssätze aus.

Derzeit können sich hoch verschuldete Euro-Länder wie Frankreich und Italien gleichsam hinter Deutschland verstecken. Solange der Schuldenstand der Bundesrepublik nämlich noch recht niedrig ausfällt, vertrauen die Kreditgeber darauf, dass Berlin im Falle akuter Schiefslagen in Rom oder Paris zu Hilfe eilen kann und wird – so wie es Deutschland bei Griechenland getan hat. Daher bleiben die von

Frankreich und Italien verlangten Zinsen derzeit noch milde.

Da sich aber nun auch Berlin mit immer mehr Schulden von seiner finanzpolitischen Disziplin verabschiedet, kann es mit dem Vertrauen in die Stabilität Deutschlands bald vorbei sein. In dem Moment werden die Kreditkosten für alle drei Länder auf dem freien Kapitalmarkt ins Unbezahlbare steigen.

Und dann? Es steht zu erwarten, dass in einer solchen Situation die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Plan tritt und massenhaft Staatsschuldentitel der verschuldeten Euro-Länder aufkauft, um die Zinsen künstlich niedrig zu halten. Diese „Finanzierung durch die Notenpresse“ vermehrt aber die Geldmenge im Vergleich zur Wirtschaftskraft enorm, was nach alter Erfahrung in Inflation mündet. Auf diese Weise würden die Kosten der Schuldenorgien per Geldentwertung und Preissteigerung mit voller Wucht auf die einfachen Bürger, Sparer und Konsumenten durchschlagen.

Uns droht ein Reformstau durch „Mauerstarre“, dadurch Überschuldung und schließlich eine kaum noch zu beherrschende Finanzkrise mit verheerenden Folgen für die Menschen. Noch könnte die deutsche Politik ein solches Horrorszenerario abwenden. In wenigen Jahren schon dürfte es dafür zu spät sein. Die tiefe Krise Frankreichs ist ein Menetekel für Deutschland – und Europa.

POLITIK

Ein Menetekel auch für Deutschland

Frankreich führt vor, wie die „Brandmauer“ in einen Strudel aus Reformstau und Überschuldung führen kann, an dessen Ende ein Horrorszenerario wartet

IN DIESER AUSGABE

Politik
Linksextremismus hat Deutschlands Infrastruktur im Terror-Visier Seite 4

Kultur
Schlange stehen für die Märchenschlösser von Bayerns König Ludwig II. Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Viele Städte Ostpreußens locken neue Besucher mit ihrer deutschen Historie Seite 13

Lebensstil
Die Mainmetropole Würzburg zeigt sich im barocken Kunstkleid Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 38
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Beim Mord an dem US-Aktivisten scheint vieles nicht zu passen – Logische Widersprüche werden immer offensichtlicher – Wer war der vermeintliche Täter wirklich – Und welche Rolle spielt Donald Trump dabei?

Das Kirk-Attentat – viele Fragen bleiben offen

Auch wenn der Täter scheinbar gefasst ist – wer genauer hinsieht, dem kommen Zweifel an Motiv, Ablauf und angeblichen Beweisen

VON DANIEL C. BOSWORTH

Der Mord an Charlie Kirk ist scheinbar aufgeklärt, der Täter laut US-Bundesbehörden gefasst. Vor der Weltöffentlichkeit haben FBI, die Polizei des Bundesstaates Utah und auch dessen Gouverneur Spencer Cox am vergangenen Freitag die Verhaftung eines Tatverdächtigen gemeldet und als großen Fahndungserfolg dargestellt. Dafür sollen über 200 Personen befragt worden sein. Zudem waren mehr als 20 Behörden an der Suche nach dem Täter beteiligt. Laut Cox gibt es bereits Vorbereitungen, um die Todesstrafe zu beantragen. Die forderte auch US-Präsident Donald Trump unmittelbar nach dem Attentat, als er die „radikale Linke“ verantwortlich machte. Doch jetzt, wo der angebliche Attentäter verhaftet wurde, ergibt sich ein fragwürdiges Bild: Der Tatverdächtige 22-jährige Tyler Robinson stammt aus einer stramm konservativen Mormonenfamilie, die treue MAGA-Anhänger sind.

Und das sind nicht die einzigen Ungereimtheiten. Bei genauem Hinsehen stellen sich viele Fragen. Fragen, die gestellt werden müssen und die in den USA engagiert diskutiert werden. Fragen, die auch die PAZ stellen will – ohne Theorien stricken zu wollen. Aber diese Fragen lassen einen stutzig werden, vor allem, wenn man die Antworten darauf überblickt und wie ein Puzzle zusammenfügen will.

Offensichtliche Unklarheiten

1. Das Security-Team von Charlie Kirk war von ihm ausgesucht, und der MAGA-Aktivist war mit vielen von ihnen persönlich befreundet. Aber: Warum standen dann die Bodyguards viel zu weit von ihm entfernt? Für Trevor Cullum vom privaten US-Sicherheitsunternehmen „Pencernorris Security“ auffallend und völlig unverständlich.

2. Wieso wurde zuerst ein älterer Mann aus dem Publikum verhaftet, der weit außerhalb der Schusslinie stand und somit als Täter gar nicht infrage kam?

3. Die Direktorin der Universität, Astrid S. Tuminez, hatte umgehend darauf hingewiesen, dass die tödlichen Schüsse vom Dach des dem Podium gegenüberliegenden Gebäude gekommen sein müssen. Dennoch wurde kurz nach der ersten Verhaftung eines Unverdächtigen ein zweiter Mann verhaftet, der ebenso weit außerhalb der Schusslinie stand. Warum?

4. Nahm der Täter nach den Schüssen die Waffe mit? Wenn nicht – warum fand man sie dann nicht auf dem Dach?

5. Wenn doch – wie? Nahm er die Waffe zusammengebaut mit? Unwahrscheinlich – welcher Attentäter würde mit einer frisch abgefeuerten Waffe fliehen und sie auf der Flucht stets bei sich tragen?

6. Die Fahndungsfotos zeigen, wie der Täter nach der Tat eine Treppe hintergeht – welche Treppe ist das und wo soll die sein, wo er doch bei der Flucht vom Dach springt, was ein Video beweisen soll?

7. Wie aber kann es dann sein, dass die Tatwaffe in einem hinter dem Tatort befindlichen Wald gefunden wurde – und zwar zusammengebaut? Und dies, obwohl Robinson auf den Fluchtfotos mit einem Rucksack zu sehen ist, wo – wenn überhaupt – die Waffe nur auseinandergelassen hätte transportiert werden können. Hat er also extra im Wäldchen das Gewehr wieder zusammengesetzt?

8. In einem Video ist klar zu sehen, wie durchtrainiert und körperlich behände der Täter vom Dach des Tatorts springt – aus geschätzt fünf bis sechs Metern Höhe. Aber wie soll er dann die Tatwaffe in der Hose versteckt haben, was wiederum von manchen behauptet wird?

9. Bis heute gibt es viele zweifelnde US-Experten, darunter auch anerkannte FBI-Profiler, die zwischen den veröffentlichten Fahndungsfotos und dem nun verhafteten Tyler Robinson kaum bis gar keine Ähnlichkeit sehen.

10. Der Ex-FBI-Ermittler Stuart Kaplan ist sich sicher: Das tödliche Attentat auf Charlie Kirk war das Werk eines Experten. Das berichten neben den US-Medien auch der „Spiegel“. Auch diese Expertenmeinung würde eher gegen die Täterschaft von Robinson sprechen.

11. Wenn Tylors Vater ihn angeblich erkannt haben soll – welcher Vater erkennt den eigenen Sohn erst nach einem Tag auf einem Foto? Zumal Vater Robinson selbst Polizist war.

12. Und welcher Vater verrät seinen eigenen Sohn, auch wenn er selbst noch so sehr konservativ, fromm, gesetzestreu und ein sehr loyaler MAGA-Anhänger ist, an die Justiz? Wohlwissend, dass auf den Sohn keine Gefängnis-, sondern die Todesstrafe wartet.

13. Auch der befreundete Jugendpfarrer wird kaum einem jungen Mann raten, sich selbst in die Todeszelle einzuliefern. Warum sollte Robinson das tun, wenn er um die tödlichen Konsequenzen weiß?

14. Der Schütze führt den Plan des Attentats unter höchstem psychischen Druck aus, flieht und erzählt dann umgehend alles darüber seinem Vater und dem angeblichen Jugendpfarrer. Niemand schafft einen derart präzisen Schuss unter diesem mentalen Druck und sprintet dann nach Hause für einen gemeinsamen Beichtkreis, nicht ohne vorher noch die Tatwaffe zusammenschraubt und im Wäldchen abgelegt zu haben.

Nur einer profitiert von der Tat

Viele Fragen, dubiose Umstände und selbst, wenn man auf jede Frage eine passende Antwort hätte, so würden diese in der Gesamtheit kein einheitliches Bild ergeben. Denn fest steht auch: Ohne den bemerkenswerten Verrat des Vaters hätte sich die Spur des Täters im Nichts verloren. Das haben jedenfalls die zuständigen Ermittlungsbeamten mittlerweile eingestanden. Stellt sich also nur eine Frage: Wer profitiert letzten Endes vom Tod von Charlie Kirk? Könnte das sogar US-Präsident Trump sein, wie es in US-Medien ventiliert wird? Denn dem war Kirk inzwischen mehr als nur ein Dorn im Auge. Man muss dem US-Aktivisten bei keiner seiner Aussagen zustimmen, aber fest

steht: Keiner hat das demokratische Prinzip des Meinungsaustausches so gepflegt und praktiziert wie Kirk. Er sprach mit jedem und debattierte am liebsten mit Linken. „Proof me wrong“ (Beweise mir, dass ich falsch lieg“) war dabei sein Motto. Sein Credo: Sei ehrlich! Daran hielt er sich und forderte daher genau das, was Trump aktuell am meisten fürchtet: die Offenlegung der Akten im Epstein-Fall. Hier zieht sich die Schlinge nämlich immer weiter für Trump zu. Selbst seine fast schon fanatische Anhängerin, Repräsentantin von Georgia Marjorie Taylor Greene, fordert dies inzwischen von ihrem Präsidenten. In der MAGA-Bewegung rumort es gewaltig. Und nun auch noch Kirk, der die konservativen Jungwähler hinter sich hatte. Mit seinem Tod existiert nun eine zu kritische, gefährlich nachfragende Epstein-Stimme weniger.

Befremdliche Erinnerungen

Warum aber sonst treibt Trump die geradezu auffällig inszenierte Glorifizierung von Kirk samt Trauerakt mit Halbmastbeflaggung so übertrieben voran, wenn nicht um für Ablenkung zu sorgen? Kirk war kein Staatsdiener, kein Mitglied der Regierung, sondern „nur“ Aktivist. Im Vergleich dazu: Als die Ex-Vorsitzende des Parlaments des US-Bundesstaats Minnesota, Melissa Hortman, und ihr Ehemann im Juni von einem Täter aus politischen Gründen regelrecht hingegriffen wurden, fand die Bluttat nach einem Tag bei Trump keine Erwähnung mehr. Ebenso merkwürdig: Noch weit vor den Ermittlungsbehörden verkündete der Präsident letzten Freitag den Fahndungserfolg im Fall Kirk. Erinnerungen an den Kennedy-Mord und dessen Attentäter Lee Harvey Oswald werden wach ...

Viele Fragen und Ungereimtheiten, die in der Summe nachdenklich stimmen und daher in den US-Medien überaus kritisch diskutiert und ebenso offen werden. Ohne linke Hetze und Häme, sondern aus Interesse an der Wahrheit. Schaut man sich hingegen die deutsche Medienlandschaft an, ist neben Vorverurteilung und Boshaftigkeit gegenüber dem Opfer Kirk vom Willen zur Wahrheitsfindung eher weniger zu spüren.

● Daniel C. Bosworth ist US-Journalist und seit 35 Jahren für den „Miami Herald“, „USA Today“ sowie die „Tampa Bay Times“ tätig und war 16 Jahre lang Freelance White House Correspondent.



Sie waren mal Freude: Trump und Kirk vereint, die MAGA-Bewegung voranzutreiben. Doch jetzt forderte Kirk die Offenlegung der Epstein-Akten und brachte Trump damit in Bedrängnis. Denn der US-Präsident weiß, wie sehr ihm der Epstein-Fall schaden wird

SCHÄBIGE REAKTIONEN

Verwahrloste Linke zeigen ihr hässliches Gesicht

Nach dem blutigen Attentat auf Charlie Kirk kommt es bei Politikern und Journalisten zu mehr als nur verbalen Widerlichkeiten

Die politische Linke in Deutschland zeigt nach der Ermordung des US-amerikanischen Aktivisten Charlie Kirk ein erschreckendes Maß an Schadenfreude. Für viele Linke scheint Kirks Tod sogar ein willkommen Anlass zur politischen Genugtuung zu sein. So veröffentlichte die Linkspartei-Jugend Hannover auf Instagram einen Beitrag, in dem sie schreibt: „Blutige und rechte Politik führt zu blutigen Patronen.“ Und triumphierend heißt es weiter, mit einem „gezielten Schuss“ sei das Ende von Kirks „rechtsradikaler, menschenverachtender und ausbeuterischer

Politik“ besiegelt worden. Dieser ekelhafte Zynismus gibt Einblick in ein Denken, das politische Gewalt als legitimes Mittel feiert. Noch bezeichnender ist die Reaktion aus dem direkten Umfeld der Partei „Die Linke“. Der Referent von Fraktionschefin Heidi Reichinnek amüsierte sich auf Social Media: „Ach nein, ist mir doch egal.“

Reichinnek jedoch rechtfertigte diese unappetitliche Gleichgültigkeit später in der ARD-Talksendung von Caren Miosga: „Man freut sich niemals über den Tod von anderen, aber man muss auch an der Stel-

le kein Mitleid oder Respekt vor dieser Person haben.“

Auch öffentlich-rechtliche Stimmen fielen auf. ZDF-Autor Mario Sixtus twitterte: „Wenn Faschisten sterben, jammern Demokraten nicht.“ Eine Aussage, die impliziert, dass Mord ein probates Mittel bei Linken ist. In Hanau zeigte ein Mitglied der Linksjugend ein Bild Kirks mit seiner Tochter – dazu der abstoßende Satz: „Verrotte in der Hölle.“

Besonders problematisch ist der Umgang mit Fakten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Elmar Theveßen, ZDF-Studio-

leiter in Washington, behauptete, Kirk habe die „Steinigung von Homosexuellen“ gefordert – eine Aussage, die aus dem Sinnzusammenhang gerissen und in dieser Form falsch ist. Trotzdem wiederholte er sie. Und Dunja Hayali sagte im „heute journal“: „Dass es nun Gruppen gibt, die seinen Tod feiern, ist mit nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit seinen oftmals abscheulichen, rassistischen, sexistischen und menschenfeindlichen Aussagen.“ Die Aussage wirkt wie der Versuch zur Relativierung: Der Mord wird kritisiert, aber der angeblich fragwürdige Charakter des Op-

fers soll beim Zuschauer hängen bleiben. Viele Linke beweisen so: Wer ihnen ideologisch nicht passt, dem wird jede Würde abgesprochen. Der politische Mord ist ab sofort kein Verbrechen mehr, sondern wird quasi als die Konsequenz dargestellt, an der das Opfer selbst Schuld hat. Eine mehr als brandgefährliche Entwicklung. Denn wenn Gesinnung wichtiger wird als Menschenwürde und die Achtung vor dem Leben, ist die Tür zur Legitimation von Gewalt bereits offen. Linke können so ihre künftigen Morde rechtfertigen und sich vorab selbst begnadigen. J.E.

Die Wahrheit zu „Wir schaffen das!“

Seit zehn Jahren lebt Deutschland mit einer dramatisch gestiegenen Zuwanderung. Über deren Folgen hüllt sich die Mehrzahl der Medien bis heute in Schweigen. Ein Blick auf die zahlreichen Fallstricke einer gescheiterten Migrationspolitik

VON WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Wenn man kluge und nachhaltige Politik mit stetiger Selbstreflexion der politischen Entscheidungen verbindet, dann wirken die verbissenen Rechtfertigungsbemühungen der ehemaligen Bundeskanzlerin aus Anlass der kritischen Rückschau auf ihre bedingungslose Grenzöffnung vor zehn Jahren gerade im Wissen um die Folgen dieses schicksalhaften Schrittes irgendwie aus der Zeit gefallen. Auch erscheint im Nachhinein irritierend, dass sie ihre illusionsschwangere „Wir schaffen das“-Parole, die fatal an den „Das schaffen wir“-Aufruf zu einem SED-Parteitag in den 1970er Jahren erinnert, nicht zum hitzigen Zeitpunkt, der auf die deutsche Grenze zuströmenden Flüchtlingsmassen am 4. September 2015 verkündete, sondern bereits einige Tage vorher in der lockeren Atmosphäre ihrer jährlichen Sommer-Pressekonferenz am 31. August.

So unvorbereitet und aus einer plötzlichen Notlage heraus, wie es zur Begründung der Grenzöffnung damals wie heute dargestellt wurde und wird, dürfte seinerzeit demnach nicht gehandelt worden sein. Denn in europäischen Regierungskreisen und in den Geheimdiensten kursierte zu jener Zeit der Plan des aus Ungarn stammenden US-Magnaten Soros, der, wie sein Landsmann und Intimfeind, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán offenbarte, für die EU jährlich eine Aufnahme und angemessene Finanzierung von mindestens einer Million Migranten vorsah. Für internationale Vorhaben mit ungewöhnlicher Geschwindigkeit wurde diese migrationspolitische Zielvorstellung in den „Globalen UN-Migrationspakt“ überführt, der bereits am 10. Dezember 2018 in einer Konferenz von 164 Staaten in Marrakesch/Marokko angenommen worden war. Bundeskanzlerin Merkel reiste dafür als einzige Regierungschefin der als Hauptaufnahmeländer vorgesehenen größeren Staaten der EU an, obgleich die Zustimmung zum Pakt nur per Akklamation und nicht durch Unterzeichnung vorgesehen war.

Drama um den UN-Migrationspakt

Die zunächst große Bereitschaft der Staatengemeinschaft, mit einem internationalen Abkommen eine gewisse Ordnung in die globalen Migrationsbewegungen zu bringen, kippte bei den meisten der als Aufnahmeländer vorgesehenen Staaten in eine breite Ablehnungsfront, nachdem sich der Inhalt des Paktes im Wesentlichen als Ansammlung weitgehender Verpflichtungen für sie als auch als Blaupause für die Einrichtung finanztechnischer Infrastrukturen zur Überweisung der erwarteten Transferleistungen in die Herkunftsländer der Migranten entpuppte.

Auch im Deutschen Bundestag kam der zunächst vorgesehene Antrag der Bundesregierung auf Beitritt zum Migrationspakt nicht zur Abstimmung, nachdem sich für ihn keine Mehrheit abzeichnete. Stattdessen wurde über eine Zustimmungserklärung zu den Zielen des Migrationspaktes abgestimmt, die zu erwartenden globalen Migrationsbewegungen einer gewissen Ordnung zuzuführen. Berichtersteller im Plenum war der damalige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Harbarth, der bald danach zum Richter am Bundesverfassungsgericht berufen und auf Weisung der Bundeskanzlerin als Nachfolger des aus seinem Amt scheidenden Präsidenten des Gerichts, Andreas Voßkuhle, bestellt wurde.

Der damalige Abgeordnete Harbarth fiel mit seiner Antwort auf die Frage in einem „Welt“-Interview auf, ob es sich angesichts des erwarteten Anstiegs der Migrationsströme nicht als besonderer Pullfaktor erweisen



Lockte mit Selfies wie diesem die Migranten ins Land und blendete systematisch die Folgen dieses Vorgehens aus: Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2015
Bild: picture alliance/Reuters/Fabrizio Bensch

würde, wenn Deutschland im Vergleich zu seinen Nachbarn mit seinen angebotenen Transferleistungen besonders weit oben liege. Er verneinte diese Vermutung verbunden mit der Erwartung, dass die anderen europäischen Länder mit einer Anpassung ihrer Sozialleistungen für Migranten auf das deutsche Niveau sicherlich nachziehen würden.

Es war diese von Illusionen, Fehleinschätzungen und allein auf das Wohl der Zuwanderer bedachte Sichtweise, gegen die sich in der deutschen Öffentlichkeit bei aller Hilfsbereitschaft für die Not echter Flüchtlinge immer stärkerer Widerstand aufbaute. Dabei war es eine irrierte Vorstellung der Bundeskanzlerin, dass sie mit ihrer Politik der offenen Arme im Einvernehmen mit den EU-Nachbarn handelte. Ihr mangelte es an Differenzierungsvermögen, zwischen der enthusiastischen Zustimmung ihrer links-grünen Fangemeinde im eigenen Land und dem durch Europa gehenden Ablehnungsschock zu unterscheiden, in den „deutschen Weltretungsfuror“ hineingezogen zu werden. Dieses Missverständnis blockiert bis heute eine gemeinsame europäische Migrationspolitik.

Das Scheitern weltfremder Illusionen

Insofern war die begütigende Ankündigung, man würde das Massenproblem der Zuwanderung im Wege einer gerechten Verteilung auf die einzelnen EU-Mitgliedsländer in den Griff bekommen, genauso illusorisch wie die Generalformel, dass Deutschland reich genug sei, dauerhaft unbegrenzt einwandernde Migrationsströme zu verkraften. Dabei waren es nicht nur Volkswirte oder Physiker, sondern alle, die sich ihren gesunden Menschenverstand bewahrt hatten, die Zweifel an der Erzählung hegten, man könne zur unbegrenzten Aufnahme von Migranten volkswirtschaftliche Ressourcen in Anspruch nehmen, die ihrer Natur nach nur begrenzt verfügbar waren und sind.

Einer, der diesen Merckels Politikansatz innewohnenden Grundirrtum früh aufgedeckt hat, war Thilo Sarrazin mit dem hell-sichtigen Titel seines Buches „Deutschland schafft sich ab“. Seinen Rausschmiss aus der einstmaligen Volkspartei SPD, den er als Quittung für sein aufklärerisches Werk erhielt, musste diese inzwischen mit einem ruinösen Einbruch in der Wählergunst bezahlen. Dass sie trotz des mickrigen Ergebnisses bei der letzten Bundestagswahl von 16 Prozent von der anderen traditionellen Volkspartei noch einmal zum Regierungspartner erkoren wurde, ist eine andere Geschichte.

Neben ihrer großen Fehleinschätzung, im europäischen Einvernehmen zu handeln, lag das eigentliche Politikversagen der Bundeskanzlerin in dieser Frage in ihrer totalen Augenblicksfixiertheit ohne jede Folgenabschätzung über das Ausmaß der Kräftemobilisierung, die zur Bewältigung der zu erwartenden Lasten ins Haus stand. So erwies sich als Kardinalfehler der Regierung die Unterlassung, für die Versorgung und Unterbringung von Hunderttausenden von Zuwanderern – wie es für jede wichtige Staatsaufgabe gesetzlich vorgeschrieben war – die Finanzierung über die Einrichtung von Haushalts-titeln sicherzustellen.

Vor allem die Kosten werden beharrlich ignoriert

Kritikern wurde bedeutet, dass Deutschland reich genug sei, die Mittel aus dem laufenden Haushalt aufzubringen. Der damalige Bundesaußenminister Heiko Maas verkündete gar, niemand müsse sich über Wohlstandseinbußen Sorgen machen, die Kosten der Migration würden schließlich aus dem Sozialprodukt bezahlt. So kommt es, dass die konsolidierte Größenordnung der Staatsausgaben zur Bewältigung der mit der Migration verbundenen volkswirtschaftlichen Lasten bis heute unbekannt ist.

Oft übersehen wird, dass zur Gesamthöhe der Migrationskosten auch die Belastungen der Sozialbudgets gehören, allen voran der Gesundheitsetat. Ebenso bleiben bei Belastungsrechnungen der Migration häufig die sich auftürmenden zusätzlichen Ausgaben in den Bereichen Bildung, Justiz und Innere Sicherheit unberücksichtigt

In dem Online-Beitrag vom November 2018 „Was uns die Migranten wirklich kosten“ wurden die jährlichen Migrationslasten mit 50 bis 60 Milliarden Euro ermittelt, ein Betrag, der seither in den Medien kursiert, inzwischen aber in der Höhe von 100 Milliarden Euro liegen dürfte. Während die Kosten der Unterbringung von den kommunalen Haushalten zu tragen sind, die damit ihren gesetzlichen Aufgaben nur schwer nachkommen können, wird die Versorgung der Migranten über das sogenannte Bürgergeld sichergestellt, das nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2024 eine Höhe von 46 Milliarden Euro erreichte und an 5,4 Millionen Empfänger gezahlt wurde. Nur 900.000 dieser „Bürgergeld“-Empfänger sind deutsche Bürger, während der Bärenanteil an 4,5 Millionen Migranten (2,6 Millionen Ausländer und 1,9 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund) gezahlt wird.

Da sich der moderne Sozialstaat als „Solidargemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ versteht, bei der die Einzahler darauf vertrauen dürfen, im Notfall und im Alter wirtschaftlich abgesichert zu sein, wird er unweigerlich der Implosion zugeführt, wenn sich an dieser Gemeinschaftskasse massenhaft Nichteinzahler andocken. Dies umso eher, wenn den Einzählern mit den bescheidenen Ansprüchen einer Zwei-Kinder-Familie auf der anderen Seite Nichteinzahler in Form kinderreicher Großfamilien mit entsprechendem systemsprengenden Multiplikator gegenüberstehen.

Das wahre Ausmaß der Lasten

Oft übersehen wird, dass zur Gesamthöhe der Migrationskosten auch die Belastungen der Sozialbudgets gehören, allen voran der Gesundheitsetat, dessen Defizite durch Erhöhung der Kassenbeiträge ausgeglichen werden müssen und sich auch anteilig in steigenden Arbeitskosten der Wirtschaft niederschlagen. Ebenso bleiben bei Belastungsrechnungen der Migration häufig die sich in den Haushalten des Bundes und der Länder auftürmenden zusätzlichen Ausgaben in den Bereichen Bildung, Justiz und Innere Sicherheit unberücksichtigt. Während die Etats dieser zentralen Staatsaufgaben durch die massenhafte Zuwanderung ausufernd, herrschen in Schulen und Verwaltung, vor allem auch in den Einsatzgebieten der Polizei auf den Straßen der Großstädte, zum Teil chaotische Zustände. Steigende Kriminalität und Vandalismus im öffentlichen Raum gehören genauso zu den „Social Costs“ der Migration wie das allgemeine Bewusstsein, sich im eigenen Land zunehmend fremd zu fühlen. Dabei sind von den Gefährdungen vor allem die Schwächsten und Jüngsten betroffen.

Es entbehrt nicht einer aus mangelnder Wahrnehmung genährten Unbarmherzigkeit, wenn den jüngsten Jahrgängen der „schon länger hier Lebenden“ in ihrem Schulalltag in den Brennpunktschulen psychische Belastungen und das Ertragen physischer Gewalt dauerhaft zugemutet werden. Auch die missbräuchliche Nutzung der deutschen Rechtswegekultur in der Justiz für mehrjährige Anfechtungen von abschlägigen Asylbescheiden, die nebenbei ein staatskostentreibendes Konjunkturprogramm für Asylanwälte geschaffen hat, gehört zu den absurden Auswüchsen einer irrationalen und realitätsfremden Asylpolitik, die es mitnichten geschafft hat, dieser größten Herausforderung Deutschlands nach der Einheit von 1989/90 gerecht zu werden.

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis ist Wirtschaftswissenschaftler, Publizist und Stiftungsrat in diversen Stiftungen. Er war Generalbevollmächtigter der Deutsche BP AG, Energiebeauftragter der Sächsischen Staatsregierung und Honorarprofessor der Leuphana Universität Lüneburg.
www.muemis-bloghouse.de

MELDUNGEN

Waffenverbote ausgehebelt

Berlin – In der deutschen Hauptstadt registriert die Polizei verstärkt Angriffe, bei denen Gewalttäter statt mit einem Messer mit einer Schere oder der Hälfte einer Schere auf ihr Opfer einstechen. Am Abend des 5. September entdeckten Passanten an der Neuköllner Sonnenallee einen blutenden Mann auf dem Bürgersteig. Dem 26-Jährigen waren mit einer Schere Schnittverletzungen am Kopf zugefügt worden. Die Schere wurde am Tatort sichergestellt. Ähnliche Fälle wurden auch aus Augsburg, Kassel, Krefeld und Dresden gemeldet. Laut geltender Gesetzeslage werden Scheren nicht als Waffen, sondern als Werkzeuge eingestuft. Allerdings galt bei den zeitweiligen Waffenverboten an Berliner Bahnhöfen, die von der Bundespolizei mehrmals verhängt worden sind, auch ein Verbot, Scheren mit einer Klingenlänge von über sechs Zentimetern mit sich zu führen. *H.M.*

Gender-Irrsinn bei Ausweisen

Luxemburg – Nach Auffassung des Generalanwalts am Europäischen Gerichtshof (EuGH) müssen die EU-Staaten Ausweisdokumente ausstellen, die die Geschlechtsidentität von Transmenschen widerspiegeln. Dies soll laut einer Stellungnahme des Generalanwalts auch dann gelten, wenn keine medizinischen Eingriffe vorgenommen wurden. Im konkreten Fall geht es um eine bulgarische Transfrau, die bei der Geburt dem männlichen Geschlecht zugeordnet wurde, eine Hormontherapie durchlaufen hat und heute als Frau lebt. Bulgarische Gerichte hatten unter Verweis auf nationales Recht einen veränderten Geschlechtseintrag in amtlichen Papieren abgelehnt. In seiner Stellungnahme für den EuGH argumentiert der Generalanwalt, dass es die EU-Grundrechte verletzte, wenn Transmenschen keine Papiere im Einklang mit ihrer Geschlechtsidentität erhalten. Die Stellungnahme ist nicht bindend, der EuGH folgt jedoch oft den Empfehlungen der Generalanwälte. *H.M.*

„Antifa-Vögel“ in Karlsruhe

Karlsruhe – Bei einem Kunstprojekt im Karlsruher Schlosspark sind Singvögeln über einen Lautsprecher antifaschistische Lieder vorgespielt worden. Ziel der Aktion im Rahmen der jährlichen Veranstaltung „Media art is here“ war es, Amseln und andere Singvögel dazu zu bringen, Lieder wie „Bella Ciao“ oder die Parole „Alerta, alerta, antifascista!“ nachzuahmen. Die Vögel sollen so „zur Stimme des Widerstands“ werden. Zur Umsetzung war in der Nähe des Karlsruher Schlosses eine solarbetriebene Musikanlage in einen Baum gehängt worden, über die synthetisch erzeugtes Vogelgezwitscher zu hören war. Nach Angaben des Künstlers Dennis Siering eröffnet die Klanginstallation „nicht nur zahlreiche Fragen hinsichtlich des Austauschs zwischen menschlichen und nichtmenschlichen Lebensformen“, sondern ist auch eine „kritische Auseinandersetzung mit dem Wiederaufleben nationalistischer und neofaschistischer Ideen“.



Wegen eines Brandanschlags auf zwei Strommasten in Berlin waren 43.000 Haushalte und 3000 Firmen tagelang ohne Strom

LINKSEXTREMISMUS

Terror gegen die Infrastruktur

Zuletzt saßen zehntausende Berliner knapp drei Tage ohne Strom im Dunkeln

VON HAGEN RITTER

Als in der Nacht zum 9. September, einem Dienstag, in gleich sieben Stadtteilen des Bezirks Treptow-Köpenick die Lichter ausgingen, begann ein Stromausfall, der sich über 60 Stunden hinzog. Erst im Laufe des Donnerstags konnte die landeseigene Stromnetz Berlin GmbH die vollständige Wiederherstellung der Stromversorgung melden. Betroffen waren Privathaushalte, Läden, Einkaufszentren, Unternehmen, Kitas und Schulen. Obendrein fielen auch Ampeln, Straßenbeleuchtung, Straßenbahnen und Züge der S-Bahn aus.

Sogar die Notrufnummern 110 und 112 waren zeitweise nicht erreichbar. In Pflegeeinrichtungen musste darüber hinaus das Technische Hilfswerk mit Notstrom-

aggregaten dafür sorgen, dass zumindest die Beatmungsgeräte funktionierten.

„Vertretbarer Kollateralschaden“

Auslöser des mehrtägigen Stromausfalls war ein Brandanschlag im Stadtteil Johannisthal. Bislang unbekannt Täter hatten am Dienstag, dem 9. September, kurz nach 16 Uhr im Berliner Südosten einen Brandanschlag auf zwei Strommasten verübt. Noch am selben Tag bekannte sich auf der linksextremen Internetseite „Indymedia“ eine Gruppe zu dem perfiden Brandanschlag.

Als eigentliches Ziel der Aktion gaben die mutmaßlichen Täter in dem langatmigen Bekennterschriften Europas größten Technologiepark in Berlin-Adlershof an: „Hundert CEOs verschiedener Firmen und Forschungsinstitute aus den Bereichen IT, Robotik, Bio- & Nanotech, Raum-

fahrt, KI, Sicherheits- und Rüstungsindustrie haben die bittere Nachricht bekommen, dass ihr Technologiepark in Adlershof aufgehört hat zu funktionieren“, heißt es in dem Schreiben.

Dass auch tausende Privathaushalte vom Zusammenbruch der Stromversorgung betroffen und damit völlig hilflos waren, bezeichnete die Gruppe als vertretbaren Kollateralschaden. Das mit „Eilige Anarchist:innen“ unterzeichnete Bekennterschriften endet mit Parolen wie „dem militärisch-industriellen Komplex den Saft abdrehen!“

Rücksichtslose Täter

Als Reaktion auf diesen Anschlag auf die Stromversorgung erklärte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) gegenüber der „Welt am Sonntag“: „Die Betroffenen, darunter viele ältere Men-

schen und Familien mit Kindern, mussten ohne das Nötigste auskommen – nur weil einige Linksextremisten meinen, ihre Ideologie sei wichtiger als Menschenleben.“ Wegner forderte auch eine Debatte darüber ein, dass es „ein politisches Vorfeld gibt, das diesen Anschlag achselzuckend hinnimmt und nicht wahrhaben will, wie gefährlich diese Täter sind.“

Innensenatorin Iris Spranger machte im Sender deutlich, dass sie das Bekennterschriften für authentisch hält. Die Ermittlungen zum Brandanschlag übernahm der polizeiliche Staatsschutz des Landeskriminalamtes. Dort suchen die Ermittler nun nach Parallelen zu anderen Anschlägen der linksextremen Szene.

Denn Formulierungen wie in dem Bekennterschriften tauchen mittlerweile immer öfter auf, wenn linksextreme Gruppen Sabotageakte verüben. Anhänger der öko-extremistischen Bewegung „Switch Off“ werden vom Berliner Staatsschutz für mindestens 13 Anschläge in der Hauptstadt verantwortlich gemacht. Aus Sicht des Verfassungsschutzes ist „Switch Off“ derzeit die stärkste militante Kampagne im Linksextremismus. Bereits seit Jahren begehen auch sogenannte „Vulkangruppen“ immer wieder gezielte Attacken auf die Infrastruktur. Ermittler schreiben diesen „Vulkangruppen“ mittlerweile mehr als zehn Sabotageakte auf Bahntrassen und an Stromleitungen zu.

Linke Attentate mit System

Im Großraum München registrierten die Ermittlungsbehörden seit 2019 sogar schon 50 Anschläge auf kritische Infrastruktur. Anfang des Jahres war zudem der Parkplatz der Diensthundestaffel der Münchner Polizei Ziel eines Brandanschlags. Zerstört wurden dabei 23 Einsatzfahrzeuge.

Im August wurden auch in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt Anlagen der Bahn beschädigt. Die Strecke zwischen Duisburg und Düsseldorf, bundesweit eine der wichtigsten Bahnstrecken, war gleich zwei Mal Ziel eines Anschlags. Die Bahn konnte die hochfrequentierte Strecke Duisburg–Düsseldorf erst nach mehreren Tagen Reparaturarbeiten wieder für den Zugverkehr freigeben.

Wie NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) vermutet, waren die Täter Linksextremisten: „So, wie unsere Behörden diesen Sabotageakt gerade lesen und verstehen, waren das Linksextremisten, die versuchen, uns in eine vorindustrielle Zeit zurückzublasen“, so Reul mit klarem Statement.

OECD-STUDIE

Hochburg der Unqualifizierten

OECD lobt den Bildungsstand der Besten – Zuwanderungsfolgen und duales System werden ausgeblendet

Die Gesellschaft für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung, kurz OECD, hat einen Bericht zur „Bildung auf einen Blick 2025“, veröffentlicht, der es in sich hat – für Deutschland. Die Bundesregierung wertet das Papier zum Stand von Ausbildungswegen und Abschlüssen der rund 1,38 Milliarden Menschen (2024) aller OECD-Mitgliedstaaten, vor allem westlicher Industrienationen, als Beleg guter politischer Weichenstellungen.

Der Tenor des Papiers ist insgesamt positiv. Noch nie legten so viele Menschen im Wirkungsbereich so viele hohe Abschlüsse ab. Deutschland glänzte vor allem im Bereich der MINT-Fächer, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik. Hier wird der Standort für ausländische Studenten interessanter.

Für Deutschland klafft indes die Schere zwischen hoher Qualität in Spitzenbereichen der Bildung und jungen Erwachsenen ganz ohne Abschluss so weit auseinander wie in kaum einem anderen Land. Fast jeder vierte junge Mensch in

Deutschland kann nur sehr kurze Texte verstehen. Der formale Bildungsstandard ist hoch, doch hinter den Kulissen drohen weite Teile einer Generation chancenlos am Arbeitsmarkt zu werden.

Die Macher der Studie blickten dieses Mal besonders genau auf die höchsten Abschlüsse, in Deutschland also die nach dem Abitur. Unter den 25- bis 34-Jährigen haben hierzulande 40 Prozent mindestens einen Bachelor-Abschluss, im OECD-Durchschnitt sind es 47 Prozent. Im Jahr 2019 hatten indes nur 33 Prozent der deutschen Absolventen das Bachelor-Niveau erreicht.

Andererseits zeigt sich bei den weniger gebildeten ein großes kommissives Problem. Ganze 15 Prozent der genannten Altersklasse verfügen weder über einen Schulabschluss noch eine Berufsausbildung. Zwar ist die deutsche Berufsausbildung im dualen System Schule und Betrieb viel mehr verschult als im Großteil der OECD, doch dass diese Menschen keinen der beiden Wege schaffen, macht

sie schwer vermittelbar. Zudem ist ihr Anteil in den fünf Jahren seit der letzten Erhebung um zwei Prozentpunkte gestiegen. Spanien, Italien und Portugal kommen als einzige der 22 EU-Mitglieder der OECD auf noch schlechtere Werte.

Probleme schon in der Grundschule

Damit droht eine Generation Ungelernter und durch das System gängiger Abschlüsse gefallener Menschen. Damit tue sich eine „besonders besorgniserregende“ Schere auf zwischen beiden Enden des Spektrums, so die Organisation mit Blick auf Deutschland. Zudem gibt es so wenige junge Menschen wie nie, was es erschwere, die „Leistungsfähigkeit unseres Landes zu erhalten“, kommentierte eine Staatssekretärin aus dem CDU-geführten Bundesbildungsressort.

Teilabschlüsse für einzelne Berufe sollen jetzt Abhilfe schaffen. Schon bei Grundkompetenzen sieht die OECD in Deutschland sehr gut Gebildete, aber auch so viele mit Leseproblemen wie in

kaum einem anderen Land. Ganze 23 Prozent seien auf der untersten Stufe der Lesekompetenz; der OECD-Durchschnitt liegt bei 27 Prozent. Schulstudien attestierten den Deutschen schon in der Grundschule Probleme bei der Lesekompetenz und sinkende Werte.

Inwieweit die Zuwanderung aus Ländern, in denen es gemäß den OECD-Erkenntnissen ein geringeres Bildungsniveau gibt, seit 2015 die deutschen Ergebnisse mit beeinflusst, diskutiert die Studie nur am Rande. Zu Lücken beim Fähigkeitenerwerb heißt es, im Ausland Geborene seien in Deutschland oder Frankreich deutlicher abgehängt als in Staaten mit „inkluisivem Bildungssystem“. Als Beispiele für Letzteres nennt die OECD die Slowakei und Kanada.

Dass dort qualitativ wie quantitativ eine ganz andere Zuwanderung herrscht, lässt das Papier außer Acht. Insgesamt müsse man mit Vorsicht bei „Zuwanderung“ vorgehen, zu klein seien die verfügbaren Datenmengen. *Sverre Gutschmidt*

GESELLSCHAFT

Neukölln – Deutschlands Zukunft?

Güner Balci, Integrationsbeauftragte des Berliner Bezirks, warnt – und macht zugleich Hoffnung

VON HERMANN MÜLLER

Üblicherweise sorgt der Berliner Bezirk Neukölln durch Clan-Kriminalität, islamistische Hassprediger, Demos von Judenhassern und Problemschulen für Schlagzeilen. Güner Balci, die Integrationsbeauftragte des Bezirks, hat auf einen weiteren Aspekt aufmerksam gemacht. Sie sieht den stark migrantisch geprägten Berliner Bezirk als Deutschlands „Mini-Labor“ und als Vorbote für gesamtdeutsche Entwicklungen. Balci ist als Kind alevitischer Gastarbeiter 1975 in Berlin-Neukölln geboren worden. Sie ist im Rollbergviertel aufgewachsen, einer Großsiedlung im Norden des Bezirks. Im Interview mit dem Stadtmagazin „TIP“ sagte Balci: „Das Rollbergviertel hat schon immer deutsche Entwicklungen vorweggenommen. Und wie man sie sehr gut lösen konnte – oder gerade nicht löst.“

Balci weist auf den früheren SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky hin, der während seiner Amtszeit eine Linie vorgegeben habe, „die zwar streitbar war, aber letztendlich Erfolg gehabt hat“. Laut Balci war Neukölln der erste Bezirk, der das Thema Zwangsverheiratungen während der Ferienzeiten mit einem Aufruf in der Öffentlichkeit klar thematisiert habe. Auch mit dem Madonna-Mädchen-Treff war der Berliner Problembezirk seiner Zeit voraus. Der Treffpunkt und Rückzugsraum für viele türkische und arabische Mädchen im Rollbergkiez war schon 1982 gegründet worden.

Gegen falsche Toleranz

In ihrem neuen Buch „Heimatland. Zähne zeigen gegen Feinde der Demokratie“ (Berlin Verlag, 24 Euro) stellt Balci anhand vieler persönlicher Erlebnisse aber auch die Schattenseiten des Rollbergviertels dar. Im Kapitel „Kunst des Klauens“ etwa geht es um Kinder, die den ganzen Tag auf der Straße verbrachten und sich auf Ladendiebstahl spezialisiert hatten: „Klauen machte vielen meiner damaligen Freunde aus dem Viertel Spaß.“ Ebenso schildert Balci, wie mit dem verstärkten Zuzug arabischer Großfamilien aus dem Libanon seit den 1980er Jahren zunehmend „Geschlechterapartheid“ im Rollbergviertel Einzug hielt: „Erst nach und nach begriffen wir, was es bedeutet, wenn



„Deutsche Entwicklungen vorweggenommen“: Güner Balci in Neukölln

Bild: picture alliance/dpa/Carsten Koall

Mädchen ein auf Keuschheit bedachtes Verhalten abverlangt wurde. Anfangs waren es nur einige, die von einer solchen Sexualisierung und den damit einhergehenden Verboten und Verhaltensregeln betroffen waren, dann aber breitete sie sich wie eine Seuche aus und wurde bald zur Verhaltensnorm für alle Mädchen.“

In einem Interview kritisiert Balci auch ein Phänomen, das sie „Rassismus der niedrigen Erwartungen als Problem“ bezeichnet, der sich als Toleranz tarne: „Es ist eine Ungleichbehandlung, wenn man grundsätzlich jemanden, der eingewandert ist, komplett anders behandelt, mit einem Opferstatus belegt und sich dann als Held der Antidiskriminierung romantisiert“, so die Buchautorin gegenüber „TIP“.

Mit Blick auf ihre eigene Entwicklung spricht Balci davon, mit ihren Eltern ein „schweinegroßes Glück“ gehabt zu haben. Die aus der Türkei stammenden Eltern seien aus einer archaischen Kultur ge-

kommen und hätten in Sippenzwang-Zusammenhängen in den Dörfern gelebt. Die Eltern hätten aber einen humanistischen Grundgedanken gehabt, so Balci: „Den haben sie sehr stark hier auch an uns Kinder vermittelt, weil sie gemerkt haben: Sie leben in einem Umfeld, in dem das möglich ist.“

Linke im Bund mit Islamisten

Trifft die These der Neuköllner Integrationsbeauftragten zu, wonach der Bezirk ein „Mini-Labor“ sei, in dem deutschlandweite Entwicklungen frühzeitig sichtbar werden, dann muss sich Deutschland auf eine brisante politische Entwicklung gefasst machen. In Neukölln ist es bei der Bundestagswahl im Februar Ferat Koçak von der Linkspartei gelungen, der SPD das Direktmandat im Bezirk abzunehmen. Bis dahin hatte die SPD den Wahlkreis in mehr als sieben Wahlperioden gewonnen. Neukölln ist damit der erste „West“-Wahlkreis, den die Linkspartei erobert hat.

In dem Berliner Bezirk ist auch zu beobachten, dass Teile der Linkspartei offenbar keine Scheu haben, Unterstützer der islamistisch-terroristischen Hamas als Gäste einzuladen. Im Sommer sorgte der Linke-Bezirksverband Neukölln bundesweit für Schlagzeilen, weil die dortigen Genossen für ein propalästinensisches „Soli-Kiez-Event“ Personen als Gäste geladen hatten, die laut Verfassungsschutz der Terrororganisation Hamas und der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) nahestehen.

Mit dabei auf der Veranstaltung unter dem Motto „Neukölln steht zusammen – Solidarität mit den Menschen in Palästina“ war laut einem Bericht des Berliner „Tagesspiegel“ auch das „Vereinigte Palästinensische Nationalkomitee“. Nach Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzberichts handelt es sich dabei um eine Dachorganisation, unter der sich unter anderem Anhänger der Terrororganisation Hamas versammeln.

HAUSHALT

Berlin pocht auf höhere Zuschüsse

Kostentreiber ist die teure Hauptstadtrolle: Der Bund soll viele Millionen mehr zahlen

Als der Bundestag im Juni 1991 mit knapper Mehrheit beschloss, Berlin statt Bonn (wieder) zur deutschen Hauptstadt zu machen, hatte die Millionstadt an der Spree dafür viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Seinerzeit undenkbar wäre es gewesen, dass ein Berliner Spitzenpolitiker vorschlägt, ein Staatsbesuch könne ruhig auch einmal woanders als in der Hauptstadt stattfinden.

Mit Blick auf solche Besuche erklärte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) nun aber tatsächlich: „Ich würde mir manchmal wünschen, dass sie auch mal in andere Bundesländer gehen. Also da würde mir zum Beispiel Bayern einfallen, die sich ja immer beschwerten, dass sie uns gegenüber zu viel im Länderfinanzausgleich zahlen müssen.“

Sprangers Vorschlag erfolgt, kurz bevor im Herbst zwischen Berlin und dem

Bund die Verhandlungen über einen neuen Hauptstadtfinanzierungsvertrag starten. Nur wenige Wochen zurück liegt zudem ein Blitzbesuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Selenskyj war am 13. August 2025 gegen Mittag in Berlin eingetroffen.

Wie die „B.Z.“ berichtete, hatten die Sicherheitskräfte in der Hauptstadt erst am späten Abend des Vortages von dem Besuch erfahren. Zur Vorbereitung hatte Berlins Polizei damit nur wenige Stunden Zeit: „Es wurde alles in den Dienst gerufen, was irgendwie verfügbar ist, um die Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten“, so der Berliner Chef der Gewerkschaft der Polizei, Stephan Weh.

Möglicherweise waren die Umstände des Blitzbesuchs für den Berliner Senat ein willkommener Anlass, den Hauptstadtfinanzierungsvertrag zum Thema zu

machen. Im Zeitraum von 2017 bis 2027 zahlt der Bund insgesamt rund zwei Milliarden Euro. Vorgesehen ist das Geld für Kultur, Infrastruktur und Sicherheit, die im Zusammenhang mit der Hauptstadtfunktion stehen. Zusätzlich unterstützt der Bund bedeutende Berliner Kultureinrichtungen, etwa die Stiftung Preussischer Kulturbesitz.

7600 Demos im vergangenen Jahr

Berlin helfen diese Bundesmittel auch dabei, mit seinen zahlreichen Museen ein attraktives Touristenziel zu bleiben. Der Zuzug von Bundesministerien, Behörden und Verbänden seit 1991 hat der Stadt zudem gut bezahlte Arbeitsplätze und damit zusätzliche Steuereinnahmen gebracht.

Für Sicherheitsaufgaben von Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz erhält das Land Berlin derzeit vom Bund

jährlich 120 Millionen Euro. Nach Berechnungen der Senatsinnenverwaltung sind künftig aber insbesondere durch erwartete Kostensteigerungen mindestens 350 Millionen Euro im Jahr erforderlich.

Außer für die Absicherung von Staatsbesuchen ist Berlins Polizei auch für den Schutz von Botschaften und Konsulaten zuständig. Besonders personalintensiv ist der Einsatz bei Versammlungen und Demonstrationen. Im vergangenen Jahr war die Berliner Polizei bei über 7600 Demos im Einsatz. Gegenüber dem Sender RBB sagte Spranger: „Für Berlin ist dieses Zusatzgeschäft dauerhaft nicht leistbar.“ Die Senatorin schlug vor, einen neuen Hauptstadtfinanzierungsvertrag nicht für zehn Jahre, sondern für kürzere Zeiträume abzuschließen – oder ihn so zu gestalten, dass flexibler auf die Situation reagiert werden könne. H.M.

KOLUMNE

Zynisch

VON THEO MAASS

Seit einigen Tagen ist der Abschnitt 16 der A 100 eröffnet, und der Verkehr hat große Schwierigkeiten abzufließen. Tatsächlich wäre es dringend geboten, den Abschnitt 17 in Angriff zu nehmen. An dessen Endpunkt wäre mit der Abfahrt Frankfurter Allee und dem Endpunkt Storkower Straße auch der Ostteil Berlins an den inneren Autobahnstadring angeschlossen. Die jetzige Abfahrt am Treptower Park ist deswegen problematisch, weil dort die Elsenbrücke über die Spree abgerissen und bislang nicht erneuert wurde.

Auf der Brücke wurden schon im August 2018 die in Süd-Nord-Richtung führenden Fahrspuren für den Kraftfahrzeugverkehr komplett gesperrt. Die damaligen Verkehrslenkerinnen – beide von den Grünen – hatten also alle Zeit der Welt, die Brücke zu erneuern. Aber die beiden waren vorzugsweise damit beschäftigt, Autofahrer zu terrorisieren. Nun erweist sich die Baustelle Elsenbrücke als Hindernis für den Verkehrsfluss am vorläufigen Endpunkt der A 100.

Wenn die Grünen nun im Berliner Abgeordnetenhaus die Forderung erheben, den Abschnitt 16 der A 100 einfach zu sperren – gnädigerweise nur zeitweise – dann ist das zynisch, denn das jetzt auftretende Problem haben sie damit selbst geschaffen. Assiiert werden die Grünen im Landesparlament von den beiden zuständigen Stadträten in Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick. Beide gehören – Überraschung – auch den Grünen an. „Wir werden darauf bestehen, dass man uns erläutert, an welcher Stelle Fehlannahmen getroffen wurde“, droht Antje Kapek, Sprecherin der Grünen für Verkehrspolitik im Abgeordnetenhaus.

Die Idee ist eigentlich gar nicht schlecht. Nur andersherum. Es ist dringend erforderlich, dass jemand die Akten durchforstet und feststellt, warum die Erneuerung der Elsenbrücke so lange dauert. Eigentlich könnte die Berliner CDU diese Aufgabe mühelos übernehmen, denn die betroffene Senatsverwaltung wird jetzt von der CDU geführt. Ansonsten müsste die AfD das übernehmen.

MELDUNG

Berlins Schulen verbessern sich

Berlin – Der Bildungsmonitor 2025 der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ stellt Berlins und Brandenburgs Schulen ein schlechtes Zeugnis aus. Berlin verbesserte sich allerdings geringfügig vom 12. auf den 11. Platz der 16 Bundesländer, Brandenburg ist vor der „Roten Laterne“ Bremen vorletzter. Bayern und Sachsen nehmen hingegen die beiden Spitzenplätze ein, knapp dahinter folgen Hamburg und Baden-Württemberg. Hamburg konnte sich im Vergleich zu 2013 stark verbessern. Insgesamt hätten sich bundesweit die Leistungen der Schüler aber verschlechtert. Die Zahl der Schulabbrecher ist hoch. Deutschlands Schulen sind nicht mehr europäische oder gar Weltspitze. Das Niveau liegt sogar unter EU- und weltweitem Durchschnitt. Eine der Ursachen sehen Experten in der Überforderung vieler Schulen durch die hohe Zahl von Ausländerkindern. F.B.

● MELDUNGEN

US-Militär an Polens Grenze

Warschau – Königsberg und die NATO-Ostflanke stehen unter Druck. Russische Drohnen verletzten in diesen Tagen den polnischen Luftraum, Flughäfen wurden geschlossen, die Luftabwehr griff ein. Polen rief daraufhin den Artikel 4 des NATO-Vertrags an und das Bündnis reagierte mit der Operation „Eastern Sentry“ zur Verstärkung der Ostflanke. Königsberg gilt als gefährlichster Vorposten Russlands in Europa: Iskander-Raketen, Ostseeflotte, modernste Luftabwehr – es eine Festung mitten im NATO-Raum. Im Zentrum der Sorge steht die Suwałki-Lücke, der schmale Korridor zwischen Polen und Litauen. Polen hatte Königsberg bereits 2023 symbolisch in „Królewiec“ umbenannt. US-Präsident Donald Trump erklärte am 3. September nach seinem Treffen mit Polens Staatschef Karol Nawrocki in Washington, die amerikanische Militärpräsenz werde bestehen bleiben – und fügte hinzu: „Wir werden mehr Soldaten dorthin verlegen, wenn sie das wünschen.“ C.R.

Doppeltes Geld für Grönland

Brüssel – Die EU will die Finanzmittel, die sie an Grönland überweist, mehr als verdoppeln. Laut dem EU-Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit, Michael McGrath, sollen aus dem nächsten mehrjährigen Etat mehr als eine halbe Milliarde Euro an Grönland fließen. Insgesamt will die EU im kommenden siebenjährigen EU-Haushalt für Grönland mehr als 530 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Michael McGrath erklärte, Grönland und die Überseegebiete Frankreichs und der Niederlande seien wichtige Vorposten Europas. Wie der EU-Kommissar weiter betonte, verankere Grönland die EU in der Arktis und nehme dort aufgrund seiner Geschichte, seiner Ressourcen und seiner geostrategischen Bedeutung einen besonderen Platz ein. Grönland selbst ist kein Mitglied, sondern nur mit dem EU-Mitglied Dänemark assoziiert. Es war nach einem Referendum 1982 mit Wirkung zum 1. Januar 1985 aus der damaligen Europäischen Gemeinschaft ausgetreten. H.M.

US-Minister droht Prügel an

Washington – Eine neue Qualität in Sachen Umgangsformen scheint sich in der Trump-Regierung durchzusetzen. Nach markigen Worten und derben Sprüchen wird nun schon mit Prügel gedroht. So jedenfalls berichtet es das Magazin „Politico“ unter Bezug auf verlässliche Quellen. Bei einem Dinner soll US-Finanzminister Scott Bessent seinem Kollegen Bill Pulte, Direktor der US-Wohnungsbaufinanzierungsbehörde, im Streit zugerufen haben: „Wieso sprichst du mit dem Präsidenten über mich. Ich hau dir eine rein. F... dich!“ Ein Stil, den man eher aus arabischen Parlamenten her kennt. Zudem ist es nicht das erste Mal, dass Bessent derart ausfällig wird. Auch Tech-Milliardär Elon Musk drohte er bereits Schläge an, als der noch für Donald Trump das „Ministerium für Regierungseffizienz“, kurz DOGE genannt, leitete. J.E.



Nachgestellte Szene: Weibliche Teenager-Killer töten schwer bewaffnet in Schweden für Clans

Bild: shutterstock.com

BANDENKRIMINALITÄT

Immer mehr Mädchen töten in Schweden für Geld

Kaum ein anderes Land in Europa hat eine solch hohe Mordrate und nirgends so viele Kinder, denen diese Bluttaten zur Last gelegt wird

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Schweden hat ein Kriminalitätsproblem: Das Land hat eine im Europavergleich hohe Mordrate, insbesondere Banden üben Gewalt primär in den Städten aus. Die Hauptstadt Stockholm aber auch die anderen Metropolen sind davon immer häufiger betroffen. Drogengeschäfte und die damit erzielten hohen Geldumsätze befeuern neue Taten. Ob Göteborg oder Malmö – besonders schwere Gewaltdelikte nehmen spürbar zu und erreichten jüngst auch ländliche Gebiete.

Ab 2015 nahmen Schüsse mit Todesfolge dramatisch zu. Statistiker zählten im Jahr 2022 genau 391 Schießereien, was einen bisherigen Rekord darstellt. Und der könnte bald sogar übertroffen werden. Denn fast täglich stirbt mittlerweile

in Schweden ein Mensch durch Schusswaffengebrauch.

Abseits der Statistik sorgen immer öfter Fälle für Aufsehen, in die Jugendliche verwickelt sind. Letztes Jahr standen drei von ihnen in einem aufsehenerregenden Fall vor Gericht. Für drei Morde sollen sie jeweils 13.000 Euro als Lohn vom organisierten Verbrechen erhalten haben. Ein 16-Jähriger war der Hauptangeklagte. Mit Freunden erschoss er einen 39-jährigen Familienvater vor den Augen seines zwölfjährigen Sohnes – er war in einer Unterführung einem Drogengeschäft im Weg. Der Trend, junge, vorzugsweise Strafmündige (in Schweden bis 15 Jahre) mit der vagen Aussicht auf schnelles Geld anzulocken, nimmt weiter zu.

Bei der organisierten Kriminalität spielt auch die Herkunft eine Rolle, was in Schweden – ähnlich wie in Deutschland

– gern vollständig ausgeblendet wird. Die aktuellen Daten diskutieren Politiker nun im Zusammenhang mit einer weitestgehend gescheiterten Integration nach erfolgter Einwanderung.

Eine Statistik des Instituts Brå (Nationaler Schwedischer Rat für Verbrechensprävention) zeigte bereits 2018, dass die Wahrscheinlichkeit, in dem skandinavischen Land strafrechtlich relevante Taten zu begehen, bei zwei im Ausland geborenen Eltern drei Mal höher sei als bei zwei in Schweden geborenen Eltern.

Mädchen sind so brutal wie Jungs

Die Polizei verdächtigt in dem spektakulären Fall von 2024 irakische Kurdenbanden, die aus der Türkei heraus operieren. Eine Diskussion über die Herkunft der Täter war in dem Land bisher streng verpönt. Tatverdächtige wie Verurteilte wer-

den auch in den Medien stets als „Schweden“ bezeichnet. Die finanziell reizvollen Möglichkeiten der Banden locken dabei vermehrt junge Mädchen an. Ihr Vorgehen sei besonders brutal, sagte jüngst die Stockholmer Staatsanwältin Ida Arnell. Mädchen müssten sich als mindestens so hart geben wie Jungs.

Bisher gingen Strafverfolger nicht von jugendlichen weiblichen Auftragskillern aus, hatten solche Täterprofile überhaupt nicht im Visier. Aber allein 2024 mussten sie überraschenderweise gegen 280 Mädchen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren ermitteln. Dabei ging es um Verfahren wegen Gewaltverbrechen bis hin zu Mord und Totschlag. Die Zusammenhänge zum Bandenmilieu sind dabei noch nicht exakt genau aufgearbeitet.

Der Siegeszug der Banden setzte vor über zehn Jahren ein. Lange blieb eine Antwort der Politik aus. Inzwischen sieht die Regierung die Entwicklung allerdings als „systemische Bedrohung“. Bis in die Polizei, die Lokalpolitik, das Sozialsystem und das Justiz- und Bildungswesen sind die Banden nach neuesten Erkenntnissen von Ermittlern inzwischen vorgedrungen. Razzien der Polizei wurden bereits durch mutmaßliche interne Tipgeber immer wieder vereitelt. Und auch in den Jugendhaftanstalten sind die Banden präsent.

Auswahl wie im Videospiel

Verschlüsselte Internetseiten dienen vorrangig als Anwerbeplattform für jugendliche Killer-Aspiranten. „Generell sind die Kinder in diesen Chats auf Blut aus“, so Arnell. Das gelte ebenso für Mädchen. Schwedens Polizei fehlen dazu aber noch grundlegende Erkenntnisse. Jugendarbeiter schlagen indes Alarm – waren 2014 noch 34 im Alter zwischen 15 und 20 Jahren verdächtig, Mord, Totschlag oder Verletzungen mit Todesfolge begangen zu haben, vervielfachte sich der Wert bereits auf 167 im 2023.

Dennoch stellen junge Männer weiter die Mehrheit, doch die Zahl mordverdächtiger Mädchen steigt unaufhörlich. Eine neue Verbrechenstudie soll nun die Hintergründe der dramatischen Entwicklung aufklären. Sorgen bereitet den Schweden auch die Strategie der Banden, für Rache oder Mordpläne Fremde und Jugendliche als Täter auszuwählen. Die könnten dann wie in einem Videospiel wählen, auf welche Weise sie das ihnen genannte Opfer angreifen, berichtet Arnell – eine 15-Jährige habe sich in einem aktuellen Fall bewusst für den Kopf entschieden, obwohl sie den Mann auch durch die Tür hätte erschießen können. Für den Kopfschuss soll es vermutlich mehr Geld gegeben haben. Die Regierung diskutiert nun eine Strafmündigkeit mit 13 Jahren als Teil eines Maßnahmenpakets.

KRISE

Frankreich aktuell der kranke Mann Europas

Trotz Neuernennung von Sébastien Lecornu zum Regierungschef ist Präsident Macron extrem geschwächt

Nach nur neun Monaten ist Frankreichs Premierminister François Bayrou mit seinem Mitte-Rechts-Kabinett gescheitert. Damit musste der sechste Premier unter Präsident Macron seinen Rücktritt einreichen. Macron reagierte umgehend und ernannte Verteidigungsminister Sébastien Lecornu zum neuen Regierungschef. Eine Auflösung der Nationalversammlung vermied er, denn Neuwahlen könnten Marine Le Pens Rassemblement National (RN) oder das Linksbündnis in die Nähe der Macht bringen. So versucht er, mit einem weiteren Regierungswechsel Zeit zu gewinnen. Doch seine Handlungsfähigkeit ist bereits stark eingeschränkt.

Bayrous Vertrauensfrage war ein zweifelter Versuch, Unterstützung für einen harten Sparkurs zu erzwingen. Frankreich ist mit rund 3,3 Billionen Euro

(114 Prozent des BIP) hoch verschuldet. „Frankreich hat seit 51 Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt mehr“, klagte Bayrou. Sein Sparhaushalt sah Kürzungen von fast 44 Milliarden Euro vor, unter anderem sollten Feiertage gestrichen werden. Doch dieser rigorose Kurs brachte eine Mehrheit der Franzosen gegen ihn auf. Protestaufrufe kursierten seit Wochen, erneut mischte sich in Paris der Geruch von Tränengas unter die Abendluft. Internationale Beobachter sprechen von einer Krise historischen Ausmaßes, manche nennen Frankreich bereits den „kranke Mann Europas“.

Während Macron innenpolitisch auf den letzten Metern seiner Amtszeit tammelt, verliert er auch außenpolitisch an Gewicht. Sein Anspruch, Frankreich als Führungsmacht zu positionieren, ver-

blasst im Schatten der inneren Krise. Zwar engagiert sich Paris weiterhin in der Ukraine-Frage, doch Macrons Stimme wird leiser. Die Außenpolitik leidet unter dem Eindruck, dass die Grande Nation nicht mehr in der Lage ist, ihre Rolle als Ordnungsmacht wahrzunehmen.

Profiteur der Misere ist das Rassemblement National. Parteichef Jordan Bardella fordert Neuwahlen und spricht vom Ende von Macron. Doch dieser setzt auf einen weiteren technokratischen Regierungschef, was als bloße Verzögerungstaktik gewertet wird. Ob Lecornu die Wogen glätten kann, ist fraglich. Die nächsten Monate versprechen Spannungen zwischen Straße und Regierung.

Über den Triumphhoffnungen des RN liegt aber nach wie vor ein Schatten. Le Pen wurde bekanntermaßen wegen Ver-

treuung von EU-Parlamentsgeldern verurteilt und darf fünf Jahre lang kein Amt bekleiden, also auch nicht 2027 für das Präsidentenamt kandidieren. Sie hat Berufung eingelegt, diese wird im kommenden Januar beginnen. Es ist schwer absehbar, wie lange der Prozess dauern wird. Nun droht ein Wahlkampf mit Unwägbarkeiten. Viele Anhänger glauben ohnehin, dass alles getan werde, um die Partei vom Machtantritt fernzuhalten. Das könnte die Märtyrerrolle stärken.

Trotz der juristischen Bürde bleibt der Aufstieg des RN in den Umfragen ungebremst. Angetrieben von Unzufriedenheit mit Macron und dem Ruf nach einem politischen Neuanfang steht Le Pens Partei bereit. Die Justizfrage ist jedoch der große Unsicherheitsfaktor auf ihrem Weg an die Macht. Peter Entinger

VON CHRISTIAN RUDNITZKI

Vielen Telekom-Kunden flatterte diese Tage ein Angebot ins Haus: „T Phone 3“. Im ersten Moment lasen die meisten intuitiv „iPhone“ und dachten an eine neue Apple-Version. Erst beim genaueren Hinschauen wurde klar: Dahinter steckt ein europäisches „AI-Phone“, ein Geflecht globaler Abhängigkeiten – und ein Lehrstück, wie Deutschland sowie Europa ihre digitale Eigenständigkeit verspielen.

149 Euro kostet das neue Telekom-Smartphone – mit Vertrag nur einen Euro. „Wir machen das T Phone 3 zum KI-Phone und ermöglichen den mobilen KI-Einstieg für jedermann“, sagt Rodrigo Diehl, Vorstand der Telekom Deutschland. Was nach Fortschritt klingt, ist vor allem Massenmarkt-Strategie. Denn das T Phone 3 ist eine Mogelpackung – ein Trojanisches Pferd im Magenta-Design. Außen: „KI für alle“. Innen: Abhängigkeit von China und den USA.

Die technische Grundlage des T Phone 3 zeigt die geringe europäische Substanz. Produziert wird das Gerät vom staatsnahen chinesischen OEM Wingtech, das die Hardware entwickelt und fertigt. Vermarktet wird es zwar unter der Marke Telekom, stammt aber aus China. Wingtech erregte Aufmerksamkeit durch die Übernahme des niederländischen Chip-Herstellers Nxp – ein sicherheitsrelevanter Fall, der heftige Debatten in Den Haag und Brüssel auslöste. Der Prozessor stammt von Qualcomm (USA), das Betriebssystem Android von Google (USA), die KI-Schicht von Perplexity (finanziert von Bezos, Nvidia und SoftBank mit China-Bezügen). Branding und Vermarktung kommt von der Deutschen Telekom. Ergebnis: chinesische Fertigung, US-Software und Chip – europäische Wertschöpfung: Fehlanzeige.

Auch die Eigentümerstruktur der Telekom verdeutlicht die Zwickmühle. Der Bund und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) halten zusammen rund 28 Prozent der Anteile, institutionelle Investoren wie BlackRock oder Vanguard weitere große Blöcke. Das Management steht damit zwischen politischen Erwartungen und Renditeforderungen. Im Aufsichtsrat sitzen unter anderem Stefan Ramge (Bundesfinanzministerium) und Stefan Wintels (KfW). Doch zu Themen wie Wingtech oder Perplexity schweigen beide – wie die Politik insgesamt.

Medienberichte von „Chip“, „Welt“ und „Zeit“ urteilen nüchtern: ein solides Einstiegsgerät, aber kein technologischer Durchbruch. Vieles ließe sich mit der Perplexity-App auf jedem anderen Smartphone erledigen. Die angebliche Neuerung erschöpft sich in einer Vorein-



Hat „beste Verbindungen“ nach China: Das KI-Smartphone der Telekom T Phone 3

Bild: Telekom

DAS T PHONE 3

Die Telekom verspielt unsere digitale Souveränität in China

Nur um sich ein paar Marktanteile im Reich der Mitte zu sichern, reiht sich Deutschland und die EU schleichend in das chinesische Infrastrukturnetz ein

stellung – vergleichbar mit einer Waschmaschine, die groß mit einem „Jeans/Dunkelwäsche“-Programm wirbt, das im Kern nur den Standardwaschgang leicht anpasst: praktisch, aber kein technischer Fortschritt.

Transparenz ist gefordert

Die Telekom positioniert das T Phone 3 als Alternative zu iPhone und Android-Premiumgeräten. Doch ohne echte europäische Alternative bedeutet dies: stärkere Einbindung in chinesische Lieferketten. Hinzu kommt die undurchsichtige Investorenstruktur von Perplexity. Wer kontrolliert am Ende die Daten der Nutzer? Bei Apple und ChatGPT oder Huawei ist zumindest klar, in welchem Rechtsraum die Daten landen. Beim T Phone 3 bleibt diese Frage offen. Deutschland

reicht sich so unbemerkt in ein chinesisches Infrastrukturnetz ein. Kommt es zu geopolitischen Spannungen, könnten Produktion, Updates und Sicherheits-Patches schnell in fremder Hand liegen.

Das T Phone 3 verdeutlicht: Deutschland hat weder eigene Hardware- noch Betriebssystemkompetenz. Staatliche Stellen schweigen, statt Verantwortung zu übernehmen. Gefordert wären Transparenzpflichten bei Lieferketten und Investoren sowie eine aktive Nutzung der Aufsichtsratsmandate von Bund und KfW zur Klärung von Sicherheitsfragen.

Entscheidend bleibt jedoch der Aufbau einer EU-Technologie – Hardware, Betriebssysteme und Edge-KI statt bloßer Regulierung. Ohne eigene Chipfertigung bleibt KI-Souveränität Illusion. Das geplante Intel-Werk in Magdeburg hätte ein

Meilenstein werden können, doch es wurde stattdessen ein grünes Fiasko.

Souveränität für Marktanteile

Das T Phone 3 ist mehr als ein Handyangebot. Es ist ein Lehrstück europäischer Blindheit – und zugleich eine Mahnung. Während die öffentliche Debatte sich an Akkus, Displaygrößen und Kameraqualität festhält, wächst im Hintergrund die Einbindung in ein chinesisches dominiertes Infrastrukturmuster.

Die Telekom mag sich damit vielleicht kurzfristig Marktanteile sichern, doch Europa bezahlt mit langfristigen Abhängigkeiten den Preis. Die eigentliche Frage lautet daher nicht, wie günstig ein Smartphone sein kann, sondern ob wir bereit sind, unsere digitale Souveränität Schritt für Schritt preiszugeben.

MUT ZUR WENDE

Neue IW-Studie zum Verbrenner-Aus

Die Zukunft des Automobilstandorts Deutschland entscheidet sich in den diversen Regionen

Deutschland bleibt ein Autoland – noch. Die Branche erwirtschaftet noch Hunderte Milliarden Euro und beschäftigt Millionen Menschen. Doch der strukturpolitische Druck steigt. 2035 droht das Aus für neue Verbrenner-Modelle, und bei der E-Mobilität hat Deutschland Nachholbedarf. Generell stammt noch jedes fünfte Auto aus deutscher Fertigung, aber nur jedes zehnte ist ein E-Auto. Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) zeigt: Der Wandel bricht regional ungleich über das Land herein.

Die Transformation ist unaufhaltsam: Elektrifizierung, Vernetzung, autonomes Fahren – deutsche Hersteller verlieren Marktanteile, etwa in China, wo ihr Anteil an neuen E-Autos auf rund fünf Prozent gesunken ist. Gleichzeitig läuft der Produktionsverlagerungsprozess auf Hoch-

touren. Exporte aus Deutschland sind seit zehn Jahren um ein Viertel eingebrochen. Die Fahrzeugproduktion sank von 5,6 auf 4,1 Millionen Einheiten – ein Minus von fast 30 Prozent. Binnen weniger Jahre gingen über 50.000 Arbeitsplätze verloren.

Regional zeigt sich die Lage brisant. Ein Viertel aller Landkreise und kreisfreien Städte gelten als Auto-Hotspots – dort liegen fast drei Viertel aller industriellen Auto-Jobs. In diesen Regionen bildet der Automobilsektor bis zu neun Prozent aller Arbeitsverhältnisse ab – bundesweit sind es im Schnitt nur 3,4 Prozent. Besonders prekär ist die Lage dort, wo der Verbrenner-Anteil über sieben Prozent liegt – etwa in Salzgitter, in Bamberg oder rund um Kassel. Andere Zentren wie Stuttgart oder Heilbronn profitieren von wirtschaftlicher Diversifikation und stützen

ihre Transformation bereits durch Investitionen in neue Technologien.

Deutlich wird die Problematik im Saarland. Dort ist der Autosektor Leitindustrie. Der Wandel zur E-Mobilität gefährdet tausende Jobs. Ähnlich sieht es in Niedersachsen aus, wo Salzgitter mit seinen Motorenwerken auf eine lange Tradition zurückblickt. Ein weiteres Risiko ist die internationale Konkurrenz. Während Deutschland über Förderung diskutiert, bauen die USA mit dem „Inflation Reduction Act“ milliardenschwere Subventionen auf, die Unternehmen anlocken. China kontrolliert zudem große Teile der Batterielieferketten. Für deutsche Hersteller könnte es unattraktiv werden, neue Werke hierzulande anzusiedeln.

Immerhin: Der Aufbruch ist nicht gänzlich ausgeblieben. Rund 180.000

Menschen arbeiten bereits rund um Elektrifizierung, Automatisierung und Digitalisierung. Der Bereich Elektromotor allein wächst teils um fast 50 Prozent gegenüber 2021. Aber ob diese neuen Jobs die wegfallenden ersetzen können, bleibt unsicher. Das IW mahnt: Politik muss jetzt handeln – mit Infrastruktur, Förderung und verlässlichen Rahmenbedingungen –, um die industrielle Substanz in Deutschland zu sichern.

Die Zukunft des Autolandes Deutschland entscheidet sich in den einzelnen Regionen. Gelingt der Spagat vom Verbrenner-Erbe hin zur Elektromobilität, bleibt Deutschland Industrieland. Verpasst man den Umbruch, könnten einzelne Standorte an Fahrt verlieren – mit Folgen für Beschäftigung, Steuern und Standortattraktivität. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Ölsanktionen gegen Russland

Washington – US-Präsident Donald Trump fordert von allen NATO-Mitgliedstaaten einen Kaufstopp für russisches Öl. Trump erklärte seine Bereitschaft, weitere wesentliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Zur Bedingung machte er jedoch, dass alle NATO-Staaten auf Öllieferungen aus Russland verzichten und China Strafzölle auf den Kauf russischen Erdöls auferlegt. Laut einem Bericht der „Financial Times“ verlangt Trump zudem von der EU, Importe aus China und Indien mit einem Zollsatz von 100 Prozent zu belegen. China und Indien sind Hauptabnehmer von russischem Öl. Von den NATO-Staaten beziehen zurzeit die Türkei, Ungarn und die Slowakei Rohöl aus Russland. Die von Trump von der EU geforderten Zölle von 100 Prozent auf Importe aus China und Indien bergen aus Sicht der Europäer die Gefahr von Gegenmaßnahmen im Handel. Zudem können sie über starke Preissteigerungen bei Importen die Inflation anheizen. *H.M.*

Volksbanken bieten Krypto an

Neu-Isenburg – Deutschlands Volksbanken zeigen zunehmendes Interesse an Kryptowährungen wie Bitcoin und Ethereum. Laut einer aktuellen Umfrage des Genoverbands beschäftigen sich inzwischen 71 Prozent der Institute mit möglichen Angeboten zum Kryptohandel. Im Vorjahr waren es noch 54 Prozent. Der Trend zeigt klar in Richtung digitale Vermögenswerte – doch der Weg zur Umsetzung ist oft lang. Trotz wachsender Bereitschaft müssen sich Kunden weiterhin gedulden. Rund 17 Prozent der interessierten Banken gehen davon aus, dass es bis zu zwei Jahre oder länger dauern könnte, bis Krypto-Produkte tatsächlich zur Verfügung stehen. Für viele bleibt der Zugang zu Bitcoin & Co. somit vorerst Zukunftsmusik. Gut ein Fünftel (21 Prozent) geht von einem Zeitrahmen von sechs bis zwölf Monaten aus. Ein Drittel (33 Prozent) plant technische Lösungen innerhalb von höchstens fünf Monaten einzuführen. *J.E.*

Jüngere sind oft unzufrieden

Hamburg – Fast die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland fühlt sich in ihrem Job unwohl – das zeigt eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Appinio im Auftrag der Job-Plattform Indeed. Von den befragten Arbeitnehmern im Alter von 18 bis 67 Jahren gaben 43,8 Prozent an, ihren Job zu hassen. Besonders alarmierend: 14,7 Prozent verspüren den Frust sogar täglich. 29,1 Prozent berichten, zumindest gelegentlich negativ über ihren Job zu denken. Die Folgen reichen von Frust und Überforderung über den Wunsch nach Jobwechsel bis zu Krankmeldungen. Auffällig ist der Unterschied zwischen den Altersgruppen: Während ältere Generationen ihrem Beruf tendenziell positiver gegenüberstehen, ist die Unzufriedenheit unter der Generation Z besonders stark ausgeprägt. Laut Indeed könnte eine mit dem Alter wachsende Resilienz ein möglicher Grund für diese Entwicklung sein. *J.E.*

KOMMENTAR

Kiew schießt über das Ziel hinaus

HERMANN MÜLLER

Es hat nie an Warnungen gefehlt, Russland werde irgendwann seine Gaslieferungen an Deutschland als politische Waffe einsetzen. Die damaligen Warnungen haben sich bestätigt. Inzwischen musste Deutschland aber lernen: Auch die Warner von damals betrachten Energieexporte offenbar selbst als Hebel, um ihre nationalen Interessen durchzusetzen. Dafür, dass er auf exorbitante Zölle gegen Europäer verzichtet, hat sich US-Präsident Donald Trump die Zusage der EU-Kommissionspräsidentin gesichert, die EU werde aus den USA Energie im Wert von 750 Milliarden Dollar importieren.

Auch für Polen ist es offenbar selbstverständlich, im Danziger Hafen Öllieferungen für die Schwedter PCK-Raffinerie nicht zu entladen, um über die Eigentümerstruktur der Raffinerie in der Uckermark mitreden zu können. Der staatlich dominierte polnische Mineralölkonzern Orlen würde gern die Mehrheitsanteile an der PCK-Raffinerie übernehmen. Ein weiteres Beispiel, wie Energielieferungen als Hebel genutzt werden, liefert die Regierung Kiews im Umgang mit Ungarn und der Slowakei.

Ukrainische Streitkräfte haben während des zurückliegenden Sommers mindestens dreimal durch Drohnenangriffe Anlagen der Pipeline beschädigt, die Ungarn und die Slowakei mit Öl versorgt. Der erste Angriff auf Pumpstationen der Druschba-Pipeline in der russischen Region Brjansk erfolgte am 13. August. Ein zweiter Angriff am 18. August auf dasselbe Objekt führte dann zur Unterbrechung des Ölfusses nach Ungarn und in die Slowakei. Die Abhängigkeit Ungarns von russischem Rohöl lag zuletzt bei etwa 86 Prozent. Die Slowakei ist nahezu zu 100 Prozent von russischem Öl abhängig.

Entsprechend fielen die Reaktionen in Budapest und Pressburg auf die Attacken aus. Ungarns Außenminister Péter Szijjártó warf der Ukraine vor, sie schade mit den Angriffen auf die Pipeline-Infrastruktur „nicht in erster Linie Russland, sondern Ungarn und die Slowakei“. Tatsächlich sind China und Indien mit zusammen fast drei Milliarden Einwohnern die eigentlichen Großab-

nehmer russischen Öls. Was an Öl in die Slowakei und nach Ungarn fließt, sind im Vergleich mit diesen Ländern sprichwörtliche „Peanuts“.

In einem gemeinsamen Brief an die EU-Kommission erinnerten die Außenminister Ungarns und der Slowakei daran, dass „die EU und ihre Mitgliedstaaten die Ukraine in den vergangenen Jahren mit hunderten Milliarden Euro unterstützt haben“.

Bewusste Sabotage durch Kiew

Mittlerweile ist der Streit zwischen Budapest und Kiew weiter eskaliert. Premier Viktor Orbán beschuldigt die ukrainische Führung wegen der Angriffe auf die Ölpipeline inzwischen der Erpressung. Nach Darstellung der ungarischen Regierung soll Selenskyj eingeräumt haben, dass die Druschba-Pipeline deshalb beschossen wird, weil Ungarn die EU-Mitgliedschaft der Ukraine nicht unterstützt.

Im Verhältnis zwischen den Regierungen in Berlin und Kiew herrscht dagegen in einem politisch sehr brisanten Punkt auffälliges Schweigen. Die Bundesanwaltschaft hat im August 2025 europäische Haftbefehle gegen mehrere ukrainische Staatsangehörige erlassen. Die insgesamt sieben Ukrainer stehen im Verdacht, im September 2022 in der Ostsee Sprengsätze an den Nord-Stream-Pipelines angebracht zu haben. Der mutmaßliche Koordinator des Anschlags auf kritische Infrastruktur zur Energieversorgung Deutschlands sitzt derzeit in Italien in Auslieferungshaft. Die Bundesanwaltschaft geht laut Medienberichten bei ihren Ermittlungen auch Hinweisen auf staatliche Beteiligung nach. Es muss geklärt werden, ob die mutmaßliche Tätergruppe vom ukrainischen Staat unterstützt wurde – etwa durch die Ausstellung gefälschter Reisepässe. Bislang laufen die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, ein Prozess ist noch nicht absehbar.

Sollte sich der Verdacht auf staatliche Unterstützung beim Anschlag auf die Gaspipelines jedoch erhärten, muss das deutsche Verhältnis zur ukrainischen Regierung deutliche Konsequenzen erfahren. Noch mehr Schweigen würde Deutschland auf der internationalen Bühne zur Lachnummer machen.



Verweigern die Suche nach Ursachen für den Niedergang ihrer Partei: Die SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und Bärbel Bas

LEITARTIKEL

Auf zum letzten Gefecht

RENÉ NEHRING

Was da was? Am vergangenen Wochenende führen die beiden Koalitionspartner CDU und SPD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zum wiederholten Male historische Tiefstwerte ein. Laut Landeswahlleiterin erreichte die CDU in den Stadträten und Kreistagen des größten deutschen Bundeslandes im Landesergebnis 33,3 Prozent (2020: 34,3 Prozent), während die SPD auf 22,1 Prozent (2020: 24,3 Prozent) kam.

Doch trotz der Wählerklatsche gaben sich Christ- und Sozialdemokraten weitgehend unberührt. Die CDU feierte, dass sie immerhin die mit Abstand stärkste Partei im Land geworden ist, und die SPD zeigte sich erfreut, dass ihr Absturz nicht so dramatisch ausfiel, wie ihn Demoskopien in Aussicht gestellt hatten. Beide Regierungsparteien zusammen trösteten sich zudem damit, dass die AfD keine Bürgermeister- oder Landratsposten gewonnen hat und auch in den anstehenden Stichwahlen keine gewinnen werde.

Bloß nicht nach der Ursache fragen

Vor allem die Haltung der Sozialdemokraten, die noch vor wenigen Jahren an Rhein und Ruhr absolute Mehrheiten in Serie

holten, kann nur erstaunen. Von einer ersten Ursachenforschung, warum ihnen die Wähler seit Jahren davonlaufen, keine Spur. Stattdessen twitterte SPD-Chef Klingbeil lapidar, die wirtschaftliche Lage habe die Wähler umgetrieben, und er versprach, nicht nachzulassen bei Wach-

gen um die Folgen der ungesteuerten Zuwanderung haben sowie um die innere Sicherheit und nicht zuletzt um ihre wirtschaftliche Existenz. Bei all diesen Themen verfolgt die SPD jedoch einen Kurs, der gegen die breite Mehrheitsmeinung in der Wählerschaft steht (das gilt auch für das Thema soziale Sicherheit, wo die Genossen sich vor allem für die Bezieher staatlicher Leistungen einsetzen und weniger für diejenigen, die mit ihren Steuern diese Leistungen ermöglichen).

Wende – oder Ende?

Noch wenige Tage vor der NRW-Wahl nannte Bas Forderungen nach einer Reform des Sozialstaats „Bullshit“. Die Ergebnisse von Rhein und Ruhr offenbaren, dass selbst jene Wähler, in deren Namen zu handeln die SPD-Spitze vorgibt, sehr wohl wissen, dass es auf dem bisherigen Weg nicht mehr weitergeht.

Seit über 150 Jahren singen Sozialdemokraten auf Parteitag mit Inbrunst das Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung „Die Internationale“. In dessen Refrain heißt es: „Völker, hört die Signale! / Auf zum letzten Gefecht!“ Wenn die Genossen von heute weiter die Signale unserer Zeit überhören, werden sie möglicherweise schon bald zum letzten Gefecht ihrer Partei gerufen – der dann auch die letzte Stunde schlagen könnte.

Die Haltung der Sozialdemokraten, die noch vor wenigen Jahren an Rhein und Ruhr absolute Mehrheiten holten, kann nur erstaunen

tum und Arbeitsplätzen. Auch die Co-Parteivorsitzende Bas sprach von Unzufriedenheit, vermied jedoch jedes Nachdenken darüber, welche Ursachen diese Unzufriedenheit wohl haben könnte.

Dabei liegen die Antworten auf der Hand. Befragungen zu den wichtigsten Problemen der Bürger zeigen seit Jahren stabil, dass die Deutschen vor allem Sor-

PORTRÄT

Richterin des Jahres

Am 26. September dürfte eine der wichtigsten Wahlen des Bundestages stattfinden. Dann werden die drei neuen Bundesverfassungsrichter gekürt. Dass dieses in früheren Jahren eher unspektakuläre Ereignis plötzlich von so großer Bedeutung ist, hat auch mit Frauke Brosius-Gersdorf zu tun. Wegen ihrer umstrittenen Ansichten zu diversen politischen Themen hatte ihre von der SPD unterstützte Kandidatur die noch junge Große Koalition den Sommer über in eine Vertrauenskrise geführt.

Nachdem aus CDU und CSU kein Einlenken zu vernehmen war, zog Brosius-Gersdorf letztlich ihre Kandidatur zurück. Um den Unionsparteien quasi eine Friedenspfeife zu reichen, präsentierte die SPD nun eine Ersatzkandidatin, an der anscheinend rein gar nichts auszusetzen ist. Die 48-jährige **Sigrid Emmenegger** beschäftigte sich bislang weniger mit abtreibungs- und gesellschaftspolitischen Themen als mit drögen technischen

Rechtsfragen, wenn es ums Bauen und Planen von Energieleitungen geht. Am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ist sie Richterin im Revisionsssenat, der auch als „Energiesenat“ bezeichnet wird.

Emmenegger kommt aus der Praxis. Sie nimmt damit all denjenigen den Wind aus den Segeln, die noch bei der Juraprofessorin Brosius-Gersdorf kritisiert hatten, für ein Richteramt zu kandidieren, obwohl sie niemals als Richterin tätig war. Dabei war das in der Geschichte des Bun-

desverfassungsgerichts eher die Regel als die Ausnahme: Roman Herzog, Jutta Limbach, Ferdinand Kirchhof oder Andreas Voßkuhle kamen alle aus den Tiefen der akademischen Theorie.

Bei Voßkuhle hat Emmenegger an der Albert-Ludwigs-Universität ihrer Heimatstadt Freiburg über die „Gesetzgebungskunst“ in der Zeit um 1900 promoviert. Danach war sie Richterin an Verwaltungsgerichten in Rheinland-Pfalz und schnupperte bereits von 2009 bis 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin Voßkühles am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Seit 2020 ist sie in Leipzig als Bundesverwaltungsrichterin tätig.

Wenn sie vom Parlament zur Verfassungsrichterin gewählt wird, wird sie vielleicht mit dem Makel leben müssen, nur zweite Wahl gewesen zu sein. Weil davon aber auch der Koalitionsfrieden abhängt, dürften viele ihre Wahl auch die zur „Richterin des Jahres“ sehen. **H. Tews**



Richterin Sigrid Emmenegger

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Deutschlands Dornröschenschloss

Schlange stehen für ein Weltwunder im Allgäu – Die Schlösser König Ludwigs II. von Bayern sind neuerdings UNESCO-Welterbe

VON STEPHANIE SIECKMANN

Schloss Neuschwanstein, der aus Stein errichtete architektonische Traum von König Ludwig II. von Bayern, ist in diesem Jahr zum Weltkulturerbe ernannt worden. Endlich. Den Titel trägt das Schloss, das von 1869 bis 1892 erbaut wurde, jedoch nicht allein. Vielmehr ist das gesamte Portfolio der Schlösser, die der bayerische König hat gestalten lassen, von der UNESCO mit dem Titel geehrt worden. Auch Linderhof, Herrenchiemsee und das Königshaus am Schachen dürfen sich seit dem 12. Juli Weltkulturerbe nennen.

Es ist kaum zu glauben, dass Schloss Neuschwanstein erst jetzt diese Ehre zuteilgeworden ist. Die Dreiflügelanlage, die im Stil der Neoromantik erbaut wurde, ist seit Langem eine der meistbesuchten Sehenswürdigkeiten Deutschlands. Rund eine Million Gäste bestaunten im Jahr 2024 die königlichen Räume wie Thronsaal, Schlafzimmer und Sängersaal.

Die Besucherschlangen, die sich Tag für Tag vor dem Einlass bilden und schon am frühen Morgen endlos lang erscheinen, konkurrieren mit denen der größten Touristenattraktionen Europas. Nur wenige Orte, wie zum Beispiel Mont-Saint-Michel (rund drei Millionen Besucher), locken mehr Besucher an. Besonders Gäste aus Fernost zieht es zu diesem Märchenschloss im Ostallgäu.

Was die Architektur betrifft, wählte Ludwig II. für seine Bauvorhaben unterschiedliche Stile. Neuschwanstein wurde in Anlehnung an mittelalterliche Burgen gestaltet. Linderhof wurde als Lustschloss nach dem Vorbild des Rokoko entworfen. Architektonische Grundlage für Schloss Herrenchiemsee war die Zeit des Barock.

Neuschwanstein gilt als das Herzensprojekt Ludwigs II. Mit diesem Bau realisierte der Bayernkönig seine Vision von einem Märchenschloss. Inspiration waren



Inbegriff deutscher Märchenromantik: Das vor traumhafter Kulisse am Alpsee gelegene Schloss Neuschwanstein

für ihn Ritterburgen. Ein Besuch auf der Wartburg, die zehn Jahre vor Baubeginn von Neuschwanstein wiederaufgebaut worden war, regte ihn zu einigen Details an. Ebenso ein Besuch auf Schloss Pierrefonds, das nördlich von Paris in der Nähe von Compiègne gelegen ist.

Der Bauplatz, der Ort an sich, auf dem das Schloss errichtet werden sollte, war dem König von Kindheit an vertraut. Gemeinsam mit seinem Vater und später auch allein, hatte er schon in früher Jugend Ausflüge und Wanderungen zu dem alten Bergfried und zwei Burgruinen unternommen, die sich ursprünglich an diesem Ort befanden. Neuschwanstein steht auf einem steilen Felsen, rund 200 Meter über dem Tal und insgesamt auf einer Höhe von rund 1000 Metern über dem Meeresspiegel.

An dieser Stelle zeigt sich eine Aussicht, die den Blick weit schweifen lässt. Zu sehen gibt es hier einiges. In der Umgebung liegen die Stadt Füssen, der Pöllat- und der Schwansee sowie die beiden dominierenden Berge des Schwangau: der Tegelberg (1881 Meter) und der Säuling (2047 Meter).

Inspiration für Disney

Die Baustelle auf dem steilen Felsen stellte einige Herausforderungen bereit. Zunächst mussten die Burgruinen, die sich an der Stelle des Neubaus befanden, vollständig abgetragen werden. Die Statik musste auf den Fels abgestimmt werden. Dann mussten die notwendigen Materialien hinaufgeschafft werden: Kalkstein aus dem Steinbruch im Schwangau, Mar-

mor aus der Region um Salzburg, Sandstein aus Württemberg. Zudem rund 400.000 Ziegelsteine und rund 2000 Kubikmeter Holz. Tag für Tag waren zudem 200 Handwerker im Einsatz, in manchen Phasen sogar 300 Arbeiter.

König Ludwig II. verfolgte mit seiner Vision vom Schloss Neuschwanstein zwar das Ziel, eine historische Burg zu errichten. Bei der Umsetzung der baulichen Gestaltung setzte er dagegen auf moderne Technik. Für den Transport von Baumaterial ließ er einen Dampfkran einsetzen – für die damalige Zeit eine sehr fortschrittliche Technik. Die Inspektion wurde in die Hände des 1870 gegründeten regionalen Dampfkessel-Überwachungs- und Revisionsvereins (DÜV) gelegt. Später ging der TÜV daraus hervor.

Auch das Gebäude an sich ist sehr fortschrittlich konstruiert. Im Inneren verbergen sich Stahlträger, welche die Holzdecken stabilisieren. Einige Innenräume wie der Thronsaal weisen tonnenförmige Kreuzrippengewölbe auf, die den Räumen ein imposantes Erscheinungsbild verleihen, gleichzeitig aber die Last nur zum Teil tragen.

Bei etwa 6000 Quadratmetern Grundfläche waren für das Schloss 200 Innenräume geplant. Da Ludwig ständig das Geld ausging – die Kosten übertrafen mehrfach die geplanten Ausgaben –, wurden am Ende lediglich 15 Räume und Säle fertiggestellt. Bei der Ausgestaltung der Räume hat der König seine Liebe zur Musik seines Idols Richard Wagner einfließen lassen. Motive aus dessen Opern „Tannhäuser“ und „Lohengrin“ finden sich im Gebäude wieder.

Heute ist Neuschwanstein das weltweit bekannteste deutsche Schloss. Es steht als Symbol für märchenhafte Träume, Phantasie und Romantik. Es ist aber auch das weltweit am häufigsten kopierte und nachempfundene Bauwerk. Sogar Mickey-Maus-Erfinder Walt Disney beeindruckte es. Sowohl das Dornröschenschloss im kalifornischen Disneyland sowie das Cinderella Castle in Disney World Florida und Disneyland Tokio sind von Neuschwanstein inspiriert. Zahlreiche seiner Märchen- und Fantasyfilme nutzten das Gebäude als Kulisse. Nachbauten des Schlosses finden sich heute nicht nur in China und Japan sowie in den USA, sondern auch in Südkorea und Spanien.

Seit vorigen Sommer finden wieder die **Neuschwanstein-Konzerte** statt. Die diesjährige Open-Air-Ausgabe unter anderem mit der lettische Opernsängerin Elina Garanča ist ab 28. September in der arte-Mediathek abrufbar und am 4. Oktober um 21 Uhr auf 3sat im TV zu sehen.

TV-KRITIK

Showdown auf der Münchener Wiesn

Auch in der Fortsetzung „Oktoberfest 1905“ schenken sich die verfeindeten Clans nichts

Fünf Jahre nach der Erstausstrahlung geht es weiter mit dem Krieg der Clans auf der Münchener Wiesn („Oktoberfest 1905“, ab 20. September um 20.15 Uhr im Ersten). Die Verwicklungen sind neu, der Konkurrenzkampf ist geblieben: Welche Brauerei wird auf dem Volksfest mehr Publikum anziehen? „Deibel Bräu“ von Roman Hoflinger (Klaus Steinbacher) oder das Zelt unter Führung von Curt Prank, grandios dargestellt von Misel Maticevic?

Die Autoren entwickeln einen bayerischen Western, in dem man unterm Lederwams nur Finsteres ausbrütet. Da ist Maria Hoflinger (Martina Gedeck), frühere Chefin von „Deibel-Bräu“, deren Mann einst ermordet wurde. Ihr Sohn hat sie in die Psychiatrie wegsperren lassen, weißhaarig ist sie darüber geworden. Ausgerechnet ihr Erzfeind Prank hebt ihre Festsitzung auf, indem er den Klinikleiter mit einer Art Waterboarding foltert. Maria, das sieht man ihren dunkel blitzenden Augen an, traut dem Frieden nicht. Zu Recht!

Pranks Tochter Clara (Mercedes Müller), die den Sohn des gegnerischen Clans geheiratet hat, flüchtet sich in eine Affäre mit einem Musiker, während Colina

Kandl, wegen Mordes lange im Gefängnis und nun frei, innerlich gebrochen ist. In der „Deutschen Eiche“, dem verruchten Lokal, das später durch Rainer Werner Fassbinder berühmt werden sollte, tritt sie als laszive Sängerin auf und verliebt sich in die Chefin Nappi (Lisa Maria Pott-hoff), womit man pflichtschuldigst dem aktuellen Ruf nach Diversität folgt.

Wer sticht wen aus auf dem Fest, das für München ein paar Wochen lang die Welt darstellt? Prank will die erste Achterbahn aus den USA einführen, Colina und Nappi träumen von einem Hippodrom, auf dem sich die Truppe aus der „Eiche“ räkeln soll. Wie in jedem richtigen Western kommt es gegen Ende zum Showdown: Roman Hoflinger fordert –

angestachelt von seiner Mutter – seinen Schwiegervater zum Duell. Festgebunden an langen Leinen umkreisen die Männer einen Baum, bewegen sich unaufhaltsam aufeinander zu, die Läufe der Pistolen erheben. Aber als Hoflinger zu Boden stürzt und Prank die Pistole zum Schuss ansetzt, erscheint hinter ihm urplötzlich Maria Hoflinger mit einem Messer in der Hand.

Was die Drehbuchautoren der Gedeck auf den Leib geschrieben haben, ist die Rolle einer Rachegöttin, die in ihrem Vernichtungswahn jedes Maß verloren hat. Kaum eine Schauspielerinnen könnte diesen Amoklauf so glaubhaft darstellen, ohne ins Chargieren zu verfallen – sie schafft es. Großartig auch Brigitte Hobmeier als Colina Kandl, die sich trotz aller Erniedrigungen auf ihre Stärke besinnt.

Problem des Fortsetzungs-Gebräus: Entfaltete sich der Kampf der Bierbarone in der ersten Staffel noch mit rauschhafter Wucht, kommt die Handlung diesmal nur langsam in Gang. Die Wendungen des Drehbuchs wirken gelegentlich gewollt, Grausamkeiten überzogen. Was bleibt, ist eine bayerische Moritat mit schalem Beigeschmack.

Anne Martin



Dauerverliebt: Clara (Mercedes Müller) und Roman Hoflinger (Klaus Steinbacher)

MELDUNGEN

Thomas Mann in Nidden

Lüneburg – Vom 20. September bis 4. Januar zeigt das Ostpreußische Landesmuseum die Kabinettsausstellung „Thomas Mann in Nidden. Fotografien von Fritz Krauskopf“. Kurz nach seinem Nobelpreisgewinn im Jahr 1929 ließ sich Thomas Mann in Nidden ein Ferienhaus errichten. Der ostpreußische Fotograf Fritz Krauskopf hielt Manns Aufenthalte in berührenden Fotografien fest (www.ol-ig.de). *tws*

Menschen auf der Flucht

Berlin – Mit der Ausstellung „Flucht“ präsentiert das Museum Europäischer Kulturen, Arminallee 25 in Berlin-Dahlem, vom 19. September bis 1. März Fotografien aus Moldau, Armenien und Georgien von Frank Gaudlitz. Zu sehen sind fünfzig Bilder von Menschen inmitten von Verlust, Unsicherheit und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft (www.smb.museum). *tws*

HAPPY BIRTHDAY

Die Peanuts werden 75

Eine launig-spaßige Odyssee durch Misserfolge, Phantasie und ewigen Charme – Ihr Schöpfer hatte deutsche Wurzeln

VON JENS EICHLER

Vom Leben gezeichnet – kein Spruch trifft eine der wohl ikonischsten Comic-Serien der Welt besser als dieser. Die Rede ist von den Peanuts, gezeichnet von Charles M. Schulz. Am 2. Oktober feiern die „größartigsten Erdnüsse“ ihren 75. Geburtstag. Ach du Schreck, hört sich das alt und pessimistisch an. Machen wir es an dieser Stelle doch lieber etwas positiver und feierlicher: Es ist ihr 75. Jubiläum. Hurra! Seit dem ersten Strip im Jahr 1950 haben Charlie Brown, Snoopy und ihre Freunde Generationen zum Lachen, zum Nachdenken und manchmal auch zum Weinen gebracht. Wer kennt nicht Charlie Browns verzweifelten Versuch, einen Football zu kicken, nur um wieder auf dem Rücken zu landen? Seine ebenso engagierten wie erfolglosen Versuche, beim Baseball endlich mal einen Ball mit der Holzkeule zu treffen, um ins Team zu kommen. Oder Snoopys epische Kämpfe gegen den Roten Baron auf seinem Hundehütten-Dach? Die naseweisen Philosophien von Lucy und die Lebensthesen vom Klavier spielenden Schröder?

Peanuts, das ist mehr als nur ein Comic – es ist ein Spiegel der menschlichen Seele, verpackt in kindliche Unschuld und trockenen Humor, stets garniert mit etwas Ironie, Satire und Süffisanz. Die Peanuts blicken dabei auf eine außergewöhnliche Entstehungsgeschichte zurück, geprägt von persönlichen Erlebnissen, gesellschaftlichen Beobachtungen und feinstem Komik. Diese ebenso einzigartige wie tiefgründige Comicserie beleuchtet das Leben in all seine Facetten und schenkt damit den Gedanken ihrer Figuren eine bemerkenswerte Perspektive.

Ihr Erschaffer ließ dabei viele eigene Erfahrungen in seine Arbeit einfließen und schuf damit Charaktere, die bis heute Menschen weltweit berühren. Hinter jeder Figur stehen Inspirationen aus Schulz' persönlichem Umfeld, jede Pointe ist mehr als nur ein bloßer Gag – sie ist oft ein Widerhall menschlicher Gefühle und alltäglicher Herausforderungen. Die Peanuts behandeln Themen wie Freundschaft, Zweifel, Hoffnung und das Scheitern – stets mit einer Mischung aus Melancholie und Witz. Kein Wunder also, dass die Serie zu einem globalen Phänomen wurde, das Generationen bis heute begeistert. Ihre Erfolgsgeschichte ist so facettenreich und überraschend wie ein verheddeter Drachenfaden an einem windigen Tag.

Der schüchterne Träumer

Charles Monroe Schulz, geboren am 26. November 1922 in Minneapolis, Minnesota, war von klein auf ein Kind mit großen Träumen und einer noch größeren Portion Schüchternheit. Sein Vater Carl, ein deutscher Immigrant und Friseur, und seine Mutter Dena mit norwegischer Abstammung nannten ihn schon bald „Sparky“ – nach dem Comic-Pferd „Spark Plug“ aus der Comic-Serie Barney Google. Dieser Spitzname sollte fortan sein Leben prägen, denn Comics waren Schulz' Leidenschaft. Als Junge verschlang er Zeitungsstrips wie Skippy oder Popeye und zeichnete dabei selbst unermüdet. Im Alter von erst 15 Jahren veröffentlichte er sein erstes Bild: Eine Skizze seines Hundes Spike, der später seine weltberühmte Figur Snoopy inspirieren würde.

Schulz' Kindheit war geprägt von Unsicherheiten. Er war ein durchschnittlicher Schüler, der oft übersehen wurde – eine Erfahrung, die später in Charlie Browns Charakter einfließen würde. In der High School scheiterte er in mehreren Fächern, und seine Zeichnungen wurden

vom Jahrbuch-Team abgelehnt. Doch er gab nicht auf. Per Fernkurs lernte er das Zeichnen von der Pike auf mit professioneller Attitüde bei den Art Instruction Schools in Minneapolis, wo er später sogar selbst unterrichtete. Der Zweite Weltkrieg unterbrach seine ambitionierten Karrierepläne: Schulz diente in der U.S. Army, wurde Maschinengewehrschütze und war an der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau beteiligt. Auch diese Erlebnisse hinterließen tiefe Spuren in seinem Gemüt – Themen wie Krieg und Verlust tauchen subtil bei den Peanuts immer wieder auf, etwa in Snoopys Phantasien als Flieger-Ass.

Mit dem Namen gehadert

Nach dem Krieg kehrte Schulz nach Minnesota zurück und begann, seine selbst

Linien, Fokus auf Kinder. Schulz zeichnete jeden Strip selbst – kein Assistent half bei den fast 18.000 Episoden über 50 Jahre. Seine Motivation; „Ich wollte einfach etwas zeichnen, das hoffentlich lustig ist“, sagte er.

Schulz' Privatleben spiegelte sich dabei in der Serie wider. Seine erste Ehe mit Joyce Halverson (1951–1972) brachte fünf Kinder, und jede Menege Familienanekdoten sollten auf einmal mit in seine Werke einfließen. Joyce inspirierte beispielsweise Lucy's dominante Art, und ihre Scheidung im Jahr 1972 beeinflusste ab diesem Zeitpunkt etwas melancholischere Strips. Später heiratete er Jean Forsyth, die ihn bis zu seinem Tod 2000 unterstützte. Schulz' Inspirationen kamen aus dem Alltag: Sein Hund Spike wurde zu Snoopy, eine Cousine Patricia

eine clevere Metapher für die Hilflosigkeit der Jugend. Im Zentrum steht der Antiheld **Charlie Brown**: Der ewige Verlierer mit Glatze (obwohl er acht Haare hat), der nie einen Baseball gewinnt oder einen Drachen fliegen lässt. „Good grief!“

(Ach, du meine Güte) ist sein ständiges Markenzeichen. Dabei sah Schulz sich in seiner schusselig-sympathischen Hauptfigur selbst: „Charlie Brown ist wie ich – einer, der immer scheitert.“ Seine Unfähigkeit, den Football zu kicken, den Lucy immer wegzieht, symbolisiert vergebliche Hoffnungen. Doch Charlie gibt nie auf – eine Lektion in Resilienz.

Snoopy, der Beagle, ist der Star: Zuerst ein normaler Hund, entwickelte er sich zu

Pig-Pen ist ewig schmutzig, **Franklin** – eingeführt 1968 nach dem Mordanschlag auf Martin Luther King – bringt Diversität. **Peppermint Patty** nennt Charlie „Chuck“ und heißt eigentlich Patricia Reinhardt. Sie ist mit **Marcie**, der Brillenträgerin, unzertrennlich – Spekulationen über eine Art „Beziehung“ halten bis heute geradezu hartnäckig an.

Von Misserfolg zur Philosophie

Die Peanuts sind kein bloßer Slapstick; sie sind vielmehr philosophisch. Themen wie Einsamkeit, Angst und Imagination durchziehen die Strips. Charlie Browns Misserfolge spiegeln existentielle Kämpfe wider: „Warum kann ich nicht einfach glücklich sein?“ Schulz adressierte und verarbeitete dabei soziale Aspekte sehr subtil: Franklins Einführung förderte beispielsweise Integration, Peppermint Patty brach mit den klassischen Geschlechterrollen. Selbst religiöse Elemente, wie Linus' Bibelzitat in manchen Weihnachtsspecials, sorgten für Debatten – doch Schulz sah all das eher als universell.

Weniger ist mehr – nach diesem Slogan arbeitete der Künstler und prägte den Peanuts-Stil: Einfach, mit scharfen Linien und minimalen Panels. All das gewürzt mit scharfem Humor aus Kontrasten, einem Mix aus kindlicher Naivität im Gegensatz zu den Weisheiten der Erwachsenen und ihrer Welt.

Der Aufstieg zum Imperium

Charlie Brown und seine Freunde starteten langsam, nahezu betulich. Umfragen in den ersten Jahren zeigen, dass die Peanuts nicht sofort gut ankamen. Sie mussten sich mit der Zeit erst durchsetzen – das galt für ihren optischen Stil, den besonderen Federstrich von Schulz als auch für die Tiefgründigkeit der Texte.

Erst mit der Zeit, als auch immer mehr Jugendliche und Erwachsene einen Zugang zu den Peanuts fanden, explodierte der Erfolg geradezu. Plötzlich waren die Sprüche, die Probleme und der melancholische Umgang damit geradezu angesagt sowie im Trend. 1965 schafften es die Peanuts aufs „Time“-Cover – ein wahrer Ritterschlag. Mit über 2600 Zeitungen erreichten sie bis heute 355 Millionen Leser und generierten einen Umsatz in Höhe von über einer Milliarde US-Dollar durch Merchandising – von Plüsch bis Kleidung. Ihre Geschichten wurden bis heute in 21 Sprachen übersetzt, sie beeinflussten asiatische Manga ebenso wie die internationale Pop-Art-Szene.

Peanuts sind für die Ewigkeit

Trotz derzeit angesagter Marvel-Comics, der ewig jungen Mickey Mouse mit ihren Freunden und der kompletten traditionellen Disneywelt sowie Asterix, Lucky Luke oder Transformers – die Peanuts sind bis heute extrem erfolgreich, weil sie universell sind und absolut zeitlos. Dieser Comic fängt die Essenz des Menschseins ein – Misserfolge, die uns nicht brechen, Phantasie als Flucht, Freundschaft als Trost. In einer Welt voller Unsicherheiten erinnert Charlie Browns Beharrlichkeit uns stets daran: Aufstehen lohnt sich. Aufgeben ist niemals eine Option. Ja, es ist ein Stück vom amerikanisch-positiven Grundcharakter, der aber jedem guttun würde – gerade in Zeiten wie diesen. Die einfache, zeitlose Kunst ehrlicher, empfindsamer Charaktere sorgen für Nostalgie, während Adaptionen neue Generationen ansprechen.

75 Jahre später sind die Peanuts nicht etwa alt – sie sind ewig jung und somit immer im Trend. Ach, Charlie Brown – wir lieben dich für immer.



Beste Freunde seit 75 Jahren: Die Peanuts

Bild: picture alliance/Everett Collection/Courtesy Everett Collection

ausgedachten und gezeichneten Comics zu verkaufen. Seine erste Serie hieß „Li'l Folks“ und erschien von 1947 bis 1950 in der „St. Paul Pioneer Press“. Hier tauchten bereits Elemente auf, welche die Peanuts später definieren würden: Ein Junge namens Charlie Brown und ein Hund, der Snoopy stark ähnelte. Schulz schickte seine Arbeiten an Verlage – und United Feature Syndicate nahm ihn kurz darauf tatsächlich unter Vertrag. Allerdings unter einer Bedingung: Der Name musste geändert werden, da Li'l Folks zu ähnlich zu anderen Comics klang. So wurden die Peanuts geboren, inspiriert vom „Peanut Gallery“, der TV-Show Howdy Doody. Das Kuriose trotz des unglaublichen Erfolgs: Comiczeichner Schulz hasste den Namen bis zuletzt. „Es klingt so unbedeutend, genauso dämlich wie Erdnüsse nun einmal sind“, soll er einmal gesagt haben.

Der erste Peanuts-Strip erschien am 2. Oktober 1950 gleich in sieben Zeitungen. Er zeigte Charlie Brown, der von zwei Kindern begrüßt wird: „Good ol' Charlie Brown ... How I hate him!“ („Guten Morgen lieber Charlie Brown ... man, wie ich ihn hasse“) – ein Vorgeschmack auf die Serie voller Misserfolge und Ironie. Anfangs war der Stil einfach: Runde Köpfe, dicke

Swanson zu Peppermint Patty, und ein Freund aus der Kunstschule zu Charlie Brown. Sogar das kleine Rote-Haarige-Mädchen, Heather Wold, das von Charlie Brown imaginär angehimmelt wird, basierte auf Donna Johnson, die Schulz' Heiratsantrag ablehnte – für ihn ein herzzerreißender Moment, der damit Browns Liebeskummer widerspiegelt.

Charaktere wie aus dem Leben

In den 1950er Jahren wuchs der Erfolg der Peanuts eher langsam – aber stetig. Schulz experimentierte mit Formaten: Von vier Panels zu dreien, und die Charaktere reiften zusehends. Die 1960er Ära war das Goldene Zeitalter – neue Figuren wie Peppermint Patty kamen hinzu, und die behandelten Themen vertieften sich. Schulz arbeitete dabei extrem diszipliniert: Fünf Wochen im Voraus, immer auf der Suche nach dem perfekten Gag. Seine Philosophie: Kinder als Vehikel für erwachsene Themen, weil sich „Kinder-Comics besser verkaufen“. Doch die Peanuts waren nie nur für Kinder – es war eine tief sinnige Meditation über das Leben.

Die Peanuts drehten sich um eine Gruppe von Kindern in einer suburbanen Welt, wo Erwachsene nie zu sehen sind –

einem Phantasie-Meister. Als „Weltkriegs-Flieger-Ass“ kämpft er gegen den Roten Baron, als Joe Cool posiert er cool, und mit Woodstock, dem gelben Vogel, teilt er seine wilden Abenteuer. Snoopy basiert auf Schulz' Kindheitshund Spike, der Erdnüsse fraß (vielleicht ein weiteres Indiz für den Namen seiner Comicserie). Seine Popularität explodierte: Die NASA nannte Raumschiffe nach ihm, und er wurde sogar ein MetLife-Maskottchen.

Eine bunte Truppe

Lucy van Pelt ist die „Klugscheißer-Königin“, eine weibliche Besserwisserin par excellence: Sie betreibt eine Psychiatrie-Bude für fünf Cent pro Beratung und quält irgendwie alle – besonders ihren Bruder Linus.

Linus ist der Intellektuelle im Team mit der Schmusedecke, zitiert gern – und oft – die Bibel und wartet auf den Großen Kürbis.

Und dann wäre da noch **Schroeder**, der große Beethoven-Fan, der Lucys ständige Avancen am Klavier eiskalt ignoriert und einfach „wegredet“.



Während die Linke inzwischen selbst versucht, politische Gegner vom Staatsdienst auszuschließen, hat sie gegen derartige Versuche vor einigen Jahrzehnten, als sie davon betroffen war, noch protestiert: Demonstration gegen den Radikalenerlass 1977 in Düsseldorf

Bild: imago/Klaus Rose

EXTREMISTENBESCHLUSS

Mit dem Adenauer-Erlass ging es los

Seit 75 Jahren versuchen deutsche Regierungen, politische Gegner vom Staatsdienst auszuschließen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bei der Wahl zum Ersten Bundestag am 14. August 1949 erhielt die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 5,7 Prozent der abgegebenen Stimmen und konnte mit 15 Abgeordneten ins Bonner Parlament einziehen. Darüber hinaus erlangte auch die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP) fünf Mandate, weil die Fünf-Prozent-Klausel damals nur eingeschränkt galt. Hierdurch alarmiert, fasste die von Konrad Adenauer (CDU) geführte Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und Deutscher Partei (DP) vor 75 Jahren, am 19. September 1950, einen Beschluss mit dem Titel „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“, der später allgemein nur „Adenauer-Erlass“ genannt wurde.

Adenauer- und Radikalenerlass

Darin hieß es, „dass die Teilnahme von Beamten, Angestellten und Arbeitern im unmittelbaren und mittelbaren Bundesdienst an Bestrebungen oder Organisationen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, mit der Treuepflicht gegen die Bundesrepublik nicht vereinbar ist. Darunter fallen in gleicher Weise links- und rechtsradikale Bestrebungen oder Organisationen.“ Allerdings führte die mitgelieferte Liste verfassungsfeindlicher Organisationen nur zwei aus dem rechten Spektrum auf, während die linke Seite mit elf Organisationen vertreten war.

Obwohl der Erlass sofort auf Kritik stieß, weil er keine Einzelfallprüfungen

vorsah und nur auf die formelle Mitgliedschaft in Parteien, Vereinigungen, Gesellschaften und Komitees abhob, kamen der Bund und die Länder sowie auch die Kommunen der Forderung nach einer „unnachlässigen sofortigen Entfernung“ der „Schuldigen“ aus dem Dienst verbreitet nach: Mehrere tausend Personen – in der Mehrzahl Kommunisten – wurden fristlos entlassen oder aus dem Beamtenverhältnis gedrängt. Doch dabei allein sollte es nicht bleiben.

Im Zuge der 68er-Bewegung rief der Studentenführer Rudi Dutschke die Linke zu einem „Langen Marsch durch die Institutionen“ auf. Daraufhin forderten die seit 1969 in der Opposition befindlichen Parteien CDU und CSU die regierende sozialliberale Koalition auf, die Gefahr einer „Unterwanderung“ durch „Extremisten im öffentlichen Dienst“ zu bannen, obwohl der nach wie vor gültige Adenauer-Erlass diesen Zweck eigentlich bereits hinreichend erfüllte.

Allerdings wollte die von Willy Brandt geführte Regierung demonstrieren, dass ihre neue, versöhnliche Ostpolitik keineswegs zu mehr Milde gegenüber den Kommunisten im eigenen Lande führe. Die Folge war der Beschluss der Bundesregierung und der Regierungen der Länder zur Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst vom 28. Januar 1972.

Dieser sogenannte Radikalenerlass sah eine Regelanfrage beim Bundesamt für Verfassungsschutz vor, wenn sich jemand auf eine Stelle im öffentlichen Dienst bewarb. Sollte der Geheimdienst dabei zu der Erkenntnis gelangen, dass der Betreffende in irgendeiner Weise in verfassungsfeindliche Aktivitäten verwickelt sei, wurde die Einstellung verwei-

gert. Außerdem waren Entlassungen von „Radikalen“ möglich. Letztendlich lief der Beschluss auf ein Berufsverbot hinaus, weil den abgelehnten Bewerbern Tätigkeiten wie Lehrer, Postbediensteter oder Eisenbahner praktisch verwehrt blieben.

Während der Zeit der Gültigkeit des Erlasses kam es zu rund dreieinhalb Millionen Anfragen beim Verfassungsschutz, die in etwa 1250 Fällen zur NichtEinstellung der Bewerber führten und des Weiteren mehr als 250 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst zur Folge hatten. Dabei traf es vorwiegend Linke, womit der Radikalenerlass ganz eindeutig in der Tradition des Adenauer-Erlasses stand. So wurden in Bayern zwischen 1973 und 1980 102 Bewerber aus dem linken Spektrum abgelehnt, aber nur zwei, die der rechten Szene angehörten.

Verstoß gegen Menschenrechte

Der Erlass von 1972 stieß auf deutlich mehr öffentlichen Widerstand und Kritik im In- und Ausland als die Direktive der Adenauer-Regierung von 1950, obwohl das Bundesverfassungsgericht in seinem sogenannten Extremistenbeschluss vom 22. Mai 1975 bestätigte, dass der Staat von seinen Dienern „mehr als nur eine formal korrekte ... Haltung“ erwarten könne. So gehöre zu den Pflichten der Beamten und Angestellten zweifellos auch die Distanzierung von Gruppen und Bestrebungen, „die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren“.

Die von linker Seite orchestrierten Proteste gegen den Radikalenerlass führten schließlich zu dessen Aufhebung, die je nach Bundesland zwischen 1985 und

1991 erfolgte. Darüber hinaus entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg am 26. September 1995, also fast auf den Tag genau 45 Jahre nach dem Adenauer-Erlass, dass die bundesdeutsche Praxis gegen die Artikel 10 (Freiheit der Meinungsäußerung) und 11 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 verstoße. Daher verurteilte das Gericht die Bundesrepublik zur Zahlung von Schadensersatz an die wegen ihrer Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) aus dem Staatsdienst entfernte Lehrerin Dorothea Vogt.

Ungeachtet dessen wird nun wegen der angeblichen Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Partei Alternative für Deutschland (AfD) zur Jagd auf AfD-Mitglieder geblasen, die im öffentlichen Dienst tätig sind. Als Mittel zum Zweck dient diesmal eine Reform des Disziplinarrechtes des Bundes vom April 2024, mit der das aufwendige verwaltungsgerichtliche Disziplinarverfahren zur Entlassung angeblicher Verfassungsfeinde durch eine einfache Disziplinarverfügung der zuständigen Behörde ersetzt wurde.

Dabei signalisierten besonders zwei Bundesländer, das Ampel-regierte Rheinland-Pfalz und Bayern mit seiner Regierung aus CSU und Freien Wählern, sich auf diese Weise möglichst schnell von allen AfD-Mitgliedern trennen zu wollen. In Vorbereitung dessen wurde die AfD in das „Verzeichnis extremistischer und extremistisch beeinflusster Organisationen“ aufgenommen. Damit bleibt den eventuell Betroffenen wohl wieder nur eine Klage beim EGMR in Straßburg.

WUSTRU

Ein Heim für die Hohenzollern

Das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau begeht am 29. September seinen 25. Geburtstag. Das Privatmuseum im Landkreis Ostprignitz-Ruppin nimmt das zum Anlass, an einer komplett neu konzipierten Ausstellung zu arbeiten. Jeden Montag veröffentlicht es neue Inhalte zu den Umbauarbeiten. Regelmäßig sind dies Videos zu den Beweggründen für den Umbau sowie Einblicke in den Ablauf und Stand des Prozesses (www.instagram.com/bpm_wustrau/reels/?next=%2F).

Gründer des Museums war Ehrhardt Bödecker, doch die Gründungsgeschichte reicht bis zu dessen Schwiegervater Hans Weber zurück. Der gründete 1949 als Komplementär mit Georg Michaelis als Kommanditisten die Weberbank als Kommanditgesellschaft auf Aktien. 1966 starb der Bankgründer bei einem Reitunfall, und der Schwiegersohn übernahm die Leitung der Bank.

Der 1925 in Zwickau geborene gebürtige Sachse hatte Jura, Wirtschaft und Geschichte in Berlin und den USA studiert und als Amtsrichter, Verwaltungsrichter und Rechtsanwalt gearbeitet. Unter seiner Leitung fusionierte die Weberbank 1994 mit der Berliner Industriebank zur Weberbank Berliner Industriebank. Im Jahr darauf ging Bödecker in den Ruhestand.

Auch die Besitzverhältnisse wechselten. Hielt bei ihrer Gründung 1949 Hans Weber vier Fünftel des Aktienkapitals, so ist die Weberbank heute eine Tochter der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam (MBS), also nicht mehr mehrheitlich in Familienbesitz.

So verwundert es nicht, dass Bödecker nach seinem Eintritt in den Ruhestand nicht nur die Zeit, sondern auch



Regentenabteilung des Museums

das Geld hatte, sein Herzensprojekt, die Schaffung eines Museums zur Geschichte des von ihm bewunderten Hohenzollernstaates, zu verwirklichen. 6,7 Millionen Mark aus Privatvermögen investierte er in das Projekt. So ließ er für die 220 Objekte seiner Privatsammlung, die den Grundstock bildeten, in Hans Joachim von Zietens Geburtsort einen zweistöckigen Backsteinbau errichten.

2023 konnte als Ergänzungsbau ein Veranstaltungshaus bezogen werden. Für jenen Neubau zeichnete schon nicht mehr der Museumsgründer verantwortlich. Ehrhardt Bödecker starb 2016 in Preußens Hauptstadt Berlin.

Um die Arbeit seines Werkes über sein Lebensende hinaus abzusichern, hatte er bereits 2007 die Ehrhardt-Bödecker-Stiftung gegründet. Noch zu seinen Lebzeiten, 2013, wurde sein Sohn Andreas Bödecker deren Vorsitzender, und das ist er heute noch.

Manuel Ruoff

● **Brandenburg-Preußen Museum**, Eichenallee 7a, 16818 Wustrau, Telefon (033925) 707-98, Telefax (033925) 707-99, E-Mail: museum@bpm-wustrau.de

VON WOLFGANG KAUFMANN

Auf dem Heimweg von der Transpazifik-Regatta von Los Angeles nach Hawaii machte der US-amerikanische Segler Charles Moore 1997 eine schockierende Entdeckung: „Als ich auf die Oberfläche des vermeintlich unberührten Ozeans blickte, sah ich, soweit das Auge reichte, Plastik. Es schien unglaublich, aber ich fand keine freie Stelle. Eine Woche lang schwammen überall Plastikabfälle um mein Boot: Flaschen und ihre Verschlüsse, Verpackungen, Bruchstücke, egal zu welcher Tageszeit.“

Kurz darauf prägte der Ozeanograph Curtis Ebbesmeyer für die von Moore durchquerte Region die Bezeichnung „Großer Pazifischer Müllstrudel“. Dabei handelt es sich um kein Einzelfänomen. Vielmehr existieren fünf solcher Strudel in den Ozeanen unseres Planeten, die immer dort auftreten, wo Meeresströmungen und Winde große Wirbel bilden, so etwa auch im Südpazifik, Nord- und Südatlantik und dem südlichen Teil des Indischen Ozeans. Dabei übertrifft der Große Pazifische Müllstrudel im Norden des Stillen Ozeans aber alle anderen Ansammlungen von Unrat auf den Weltmeeren an Größe und Dichte, weswegen er auch sarkastisch „Siebter Kontinent“ genannt wird.

Der Große Pazifische Müllstrudel erstreckt sich über eine Fläche von rund 1,6 Millionen Quadratkilometern – das ist das Viereinhalbfache des Territoriums der Bundesrepublik. Hier sollen sich 1,8 Billionen Plastikteilchen mit elf Zentimetern pro Sekunde im Kreis bewegen. Dabei fällt es allerdings schwer, die Grenzen des Strudels zu bestimmen, weil der fragmentierte Müll vielfach unter Wasser schwebt und daher nicht von Satelliten- oder Flugzeugkameras erfasst werden kann. Das gelingt letztlich nur bei größeren Objekten direkt an der Oberfläche wie Flaschen, Tüten, Eimern, Kabeltrommeln, Autokindersitzen und Behältern aller Art.

Gefahr für den Menschen wächst

Die Gesamtmenge an Plastikmüll, die derzeit in den Weltmeeren kreist und im Übrigen auch außerhalb der Strudel zu finden ist, wird auf rund 100 Millionen Tonnen geschätzt – wobei in jeder einzelnen Minute der Inhalt eines Mülltransporters hinzukommt. Daher ist inzwischen 88 Prozent der Ozeanfläche der Erde mit Plastik verschmutzt. In manchen Regionen wie dem Mittelmeer kommt bereits ein Mikroplastikteilchen auf zwei Plankton-Lebewesen.

Die Folgen all dessen sind verheerend. Meerestiere der verschiedensten Art verschlucken das Plastik, das sich dadurch im Körper anreichert und innerhalb der Nahrungskette bis zum Menschen weitergegeben wird, bei dem es unter anderem Krebs auslösen kann.



90 Prozent weltweit stammen aus nur zehn Flüssen: Plastikmüll im indischen Bangalore

Bild: picture alliance/dpa/Jagadeesg Nv

UMWELTVERSCHMUTZUNG

Ganze „Kontinente“ aus Müll bedrohen das Leben in unseren Meeren

Plastikabfall in unvorstellbaren Mengen: Schon die sichtbaren Abfallteppiche erscheinen gigantisch. Doch unter der Oberfläche der Ozeane sammeln sich noch viel größere Kunststoffmassen

Größere Teile führen zudem nicht selten zum Tod der Vögel, Fische, Wale und Schildkröten durch Erstickung oder Verletzungen innerer Organe. Biologen schätzen, dass pro Jahr rund eine Million Seevögel und 100.000 andere Meereslebewesen durch die Aufnahme von im Wasser treibenden Plastikmüll sterben. In den Mägen verendeter Wale fanden sich teilweise bis zu 40 Kilogramm Kunststoff.

Dazu kommt eine bislang noch weitgehend unbeachtete Gefahr. Manche Organismen wie Muscheln und Algen driften mit Plastikteilen in fremde Ökosysteme, wo sie bereits durch ihre bloße Anwesenheit Schaden anrichten können. Andere Arten wiederum finden in den Müllstrudeln Schutz vor Fressfeinden und vermehren sich dadurch zu stark.

So schlimm der Anblick des Großen Pazifischen Müllstrudels und anderer Verschmutzungen an der Oberfläche der Weltmeere auch sein mag – im Vergleich zu dem, was auf dem Meeresgrund passiert,

ist das Ganze noch vergleichsweise harmlos. Kenner der Tiefsee befürchten, dass die Plastikkonzentration auf dem Boden der Ozeane mittlerweile fast einhundert Mal höher liegt als an der Wasseroberfläche, weil 94 Prozent des Mülls irgendwann auf den Grund sinken. Dort sorgen der Sauerstoff- und Lichtmangel dafür, dass die Kunststoffe nicht zerfallen. Forscher, die bis zu 6000 Meter abtauchten, sichteten oft mehr als 300 große Plastikgegenstände pro Quadratkilometer Meeresboden – und Mikroplastik wurde selbst am tiefsten Punkt aller Meere im Marianengraben östlich der Philippinen elf Kilometer unter der Wasseroberfläche nachgewiesen.

Vor allem aus Asien und Afrika

Vor diesem Hintergrund sind Maßnahmen zur Vermeidung des Eintrags von Plastikmüll in die Weltmeere auf jeden Fall sinnvoll. Kritiker mahnen indes an, dass diese vorrangig dort ansetzen soll-

ten, wo die größten Plastikmengen in den Ozean gelangen. Und hierzu gibt es mittlerweile eindeutige Erkenntnisse. So steht fest, dass nur ein geringer Teil des Plastiks in den Meeren von Schiffen stammt – entweder als Ergebnis illegaler Müllentsorgung an Bord oder als Nebenwirkung des Fischfangs, bei dem ständig Gegenstände wie Fischkisten im Wasser landen oder Kunststoffnetze beziehungsweise -seile verloren gehen. Der übergroße Rest kommt vom Land, wobei die westlichen Industriestaaten am Ende der Rangliste der Verursacher stehen.

Im Strandgut auf der unbewohnten Insel Inaccessible Island im Südatlantik fanden Forscher unzählige Plastikflaschen, aber fast nur solche aus asiatischen Ländern. Dazu passen die Ergebnisse von Studien der International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) und ähnlicher Organisationen, denen zufolge 90 Prozent des Plastiks in den Ozeanen von nur zehn

Flüssen ins Meer geschwemmt werden. Davon strömen acht durch Asien und zwei durch Afrika. Hieraus ergibt sich dann auch eine Rangliste der Staaten, welche die schlimmsten Meeresverschmutzer sind, sofern es um den Eintrag von Plastikmüll geht.

An der Spitze steht hier China, das für rund ein Drittel des Plastiks in den Weltmeeren verantwortlich zeichnet, was maßgeblich aus dem Müll resultiert, den der ins Ostchinesische Meer mündende Jangtsekiang mit sich führt. Ebenso ist der Gelbe Fluss für das Ökosystem des Pazifiks eine ernste Gefahr. Ansonsten stammt der Kunststoff in den Meeren vor allem auch aus dem Indus und dem Ganges sowie aus dem Mekong. Dazu kommen die beiden großen afrikanischen Ströme Nil und Niger als weitere Quellen riesiger Plastikmengen, welche die Ozeane unseres Planeten auf vermutlich schon nicht mehr umkehrbare Weise geschädigt haben.

REISEN

Zu langweilig, zu dreckig, zu voll

Viele angeblich interessante Touristenattraktionen entpuppen sich vor Ort als herbe Enttäuschungen

Viele Orte und Dinge rund um die Welt muss man einfach gesehen haben. Auf manche „Attraktionen“ kann der Tourist allerdings auch verzichten. Welche der Sehenswürdigkeiten am stärksten überbewertet und also enttäuschend sind, veraten aktuell zwei Ranglisten. Die eine stammt von der Sprachlernplattform Preply und die andere von dem Unternehmen Radical Storage, das sich auf Gepäckaufbewahrungssysteme spezialisiert hat.

In beiden Fällen wurden die Google-Bewertungen von Attraktionen auf Schlüsselbegriffe durchsucht, mit denen die Reisenden Kritik oder Frustration äußerten. Dabei gab es zwei eindeutige Spit-

zenreiter: Bei Preply war dies der Times Square in New York an der Kreuzung Broadway und Seventh Avenue, der oftmals den wenig schmeichelhaften Beinamen „Touristenfalle“ erhielt. Dagegen belegte bei Radical Storage der mexikanische Badeort Cancún den ersten Platz. Hier reihen sich über mehr als 20 Kilometer Bettenburgen aneinander, die der sogenannten Maya-Riviera jegliche Authentizität rauben.

Zu den besonders häufig genannten Ärgernissen zählen unangemessen hohe Preise. Sehr oft wird in diesem Zusammenhang auch das Riesenrad London Eye in der britischen Hauptstadt erwähnt.

Ebenso wirkt eine hohe Kriminalität abstoßend. So ist die berühmte Flaniermeile La Rambla von Barcelona ein wahres Eldorado für Taschendiebe. Dazu kommen aggressive Straßenverkäufer, welche die Touristen bedrängen. Dieses Phänomen tritt vor allem in der arabischen Welt auf. Als Musterbeispiel hierfür gilt der „Gauklerplatz“ Djemaa el Fna in der marokkanischen Metropole Marrakesch.

In anderen Fällen wird bemängelt, dass die gepriesenen Sehenswürdigkeiten wenig spektakulär, um nicht zu sagen langweilig seien. Der Preply-Auswertung zufolge trifft das unter anderem auf das Brüsseler Manneken Pis und die Kleine

Meerjungfrau in Kopenhagen zu. Ansonsten stören sich die Besucher den Google-Bewertungen zufolge an Dreck, Lärm, chaotischen Verkehrsverhältnissen und der Präsenz von Obdachlosen oder Drogensüchtigen. Die chinesische Hauptstadt Peking kommt dabei vor allem wegen ihrer extremen Luftverschmutzung schlecht weg, während beim Hollywood Walk of Fame in Los Angeles das schmutzige Gesamtambiente anekelt. Darüber hinaus sind viele Sehenswürdigkeiten in Indien in den Negativ-Rankings vertreten. Das resultiert aus dem hektisch-lautstarken Treiben und der extrem verstörenden Armut im Umfeld.

Allerdings ist der Tourismus oft selbst dafür verantwortlich, dass eine Sehenswürdigkeit zur Enttäuschung wird. Wenn die Gäste aus aller Welt keinen Respekt vor den Naturwundern oder geschichtlichen Zeugnissen zeigen, dann gibt es am Ende Betretungsverbote wie an den Maya-Stätten in Mexiko, durch die ein Besuch sehr viel weniger lohnt. Ansonsten stellt vielfach bereits die schiere Masse der Touristen ein Problem ersten Ranges dar. Das gilt beispielsweise für die Blaue Lagune auf Island oder den Eiffelturm in Paris, wo sich nun am Zugang zu den Warteschlangen Zweitwarteschlangen bilden. W.K.



KÖNIGSBERGER GEBIET

Auf dem Weg zum Freilichtmuseum

Zahlreiche Städte im nördlichen Ostpreußen setzen auf ihre deutschen historischen Wurzeln, um Besucher anzulocken

VON BÄRBEI BEUTNER

An einem Mittwochvormittag im Juli holte mich ein guter und sehr kompetenter Freund ab, und es ging gemeinsam von Königsberg zunächst nach Insterburg. Die Autobahn an Tapiaw vorbei lässt manche Sehenswürdigkeit „links liegen“, so die restaurierte Burg mit dem Gut Langenfeld, heute ein Hotel, Tagungs- und Urlaubsort.

Mehrmals war ich schon in Insterburg und hatte die restaurierten Viertel gesehen, den Theaterplatz und die Theaterstraße, aber nun putzt sich die Stadt auf besondere Weise heraus. Sie will „deutsch“ aussehen. Die Häuser aus der Gründerzeit sollen möglichst „original“ wirken, sie zeigen Haustüren aus Holz mit alten Klinken und Schlossern. Ein Fotomotiv ist eine Hauswand, bedeckt mit einem Stadtbild vom alten Insterburg.

Aber dann sprang uns eine Garage mit einer bemalten Wand in die Augen. Dort ging der Dichter E. T. A. Hoffmann vorbei, und im Fenster mit alten Fensterläden saß sein Kater Murr und betrachtete den neu gepflasterten Hof. Das Café „Stollenhof“ präsentierte sich als „Historische Leckerei“ und lud zu kleinen Törtchen und riesigen Gläsern Kaffee ein.



Deutsches im Stadtbild: Das Café Stollenhof in Insterburg

Bild: Beutner

Insterburg will „deutsch“ aussehen

Die heutige Stadtverwaltung, ein gut erhaltenes Gebäude aus deutscher Zeit, war früher ein Gymnasium. Der Direktor wohnte in einer Villa daneben, auch dieses Gebäude ist gut erhalten und renoviert. Die „Klops-Akademie“ im Bauhausstil aus den 20er Jahren ist gut erhalten und aufgearbeitet, und dahinter steht original die Frieda-Jung-Schule. Mein Begleiter konnte mir alles zeigen, was mit der Dichterin Frieda Jung zu tun hatte, während Besuchergruppen hin und her strömten und eifrigen Stadtführerinnen an den Lippen hingen.

Die enge Verbindung von Frieda Jung (1865–1929) zu Insterburg sieht man an der Grundschule, die nach ihr benannt wurde, und das Haus, in dem sie in Insterburg wohnte: ein schmalbrüstiges Haus mit einer Tafel, blau gestrichen. Geboren wurde Jung in Kiaulkehmen im Kreis Gumbinnen als Tochter eines Lehrers.

„Heimatchdichterin“ wird sie genannt, auch von Margarete Kudnig, die 1985 eine Neuauflage eines Arbeitsheftes der Landsmannschaft Ostpreußen zum 100. Geburtstag der Dichterin bewirkte und die

Bezeichnung „Heimatchdichterin“ nachdrücklich positiv benennt. Im Handumdrehen ist man heute von Insterburg aus in Gumbinnen, die neue Autobahn macht es möglich. Der Ausflug im Juli endete mit einem Besuch in Trakehnen, aber es sollte nicht die einzige Rundfahrt zu alt-neuen Kulturdenkmälern bleiben.

Ein anderer russischer Freund fuhr mit mir an der „Straße der Ruinen“ entlang von Gerdauen nach Friedland. Vorher hielten wir bei der Kirche von Allenburg, ein Zeugnis gelungenen Wiederauf-

baus. Leider war die Kirche zu, und es regnete in Strömen. An der „Straße der Ruinen“ konnte ich nur Allenau fotografieren, aber ich erfuhr, dass es eine private Organisation gibt, die sich „Ruinenretter“ nennt. Ehrenamtliche Mitarbeiter entfernen Unkraut, säubern und sichern und decken Teile der Gebäude mit Spezialtüchern ab. Ihre Leistung wurde besonders sichtbar bei der von Andreas Schüler 1846 erbauten Kirche in Mehlauken.

In Friedland ist die Kirche St. Georg fast fertig und steht auf einem anspre-

chenden Areal. Die Stadt wartet, modern und herausgeputzt, auf ihre Gäste.

Zeugnis eines gelungenen Wiederaufbaus

Labiau empfing uns regnerisch. Das Wetter ließ die Stadt trübe und sogar hässlich erscheinen, aber der Marktplatz und der Hafen, wo die Deime in das Haff mündet, zeigen neue Möglichkeiten. Der Hafen hat eine neue Mauer mit einem schmiedeeisernen Gitter bekommen. Es soll ein Jachthafen werden, von dem aus Touristen eine Rundfahrt über das Haff machen können. Zeitpläne gibt es schon, und der Marktplatz, neu und schön gepflastert, hat schon Parkplätze für Busse und Autos. Das ganze Viertel wächst dem Tourismus zu. Auf der einen Seite ein modernes Gebäude mit Bank und Geschäften, auf der anderen ein neues Café, das vergrößert werden soll.

Das Schloss muss besonders die deutschen Betrachter anrühren. Es steht da, abschreckend angesichts der Frage, wie viel Arbeit da noch investiert werden muss, aber es lädt schon zur Besichtigung ein. Am Wochenende gibt es Führungen. Und was steht auf dem Schild? „Samok Labiau“ mit kyrillischen Buchstaben.

Wer feudale Ferien oder Heilkuren machen möchte, sollte ein Stück weiter nach Rinderort fahren. Das Leuchtturm-museum dort ist eine Attraktion, und in dem uralten Dorf gibt es ein neues Hotel, das den Gästen allen Komfort bietet. Man kann sich sportlich betätigen und Fahrräder ausleihen, medizinische Betreuung in Anspruch nehmen und sich körperlich er-tüchtigen.

Alles zeigt positive Entwicklungen der Kaliningrader Oblast. Dass mehrere Millionen Touristen in der Hauptsaison anreisen, ist begreiflich. Gäste aus China und aus Indien haben schon die kleine Dorfkirche in Heiligenwalde besucht. Das Stadtbild in Königsberg prägen Menschen aus aller Welt.

WARTENBURG

Im alten Kornspeicher entsteht ein soziales Zentrum

Dem denkmalgeschützten Gebäude drohte der Verfall – Dank EU-Mitteln wird es zu neuem Leben erweckt

In Wartenburg, einer malerischen Kleinstadt im südlichen Ostpreußen, erwacht der alte Kornspeicher zu neuem Leben. Das historische Bauwerk, das lange leer stand und dem der Verfall drohte, wird mit Hilfe eines Zuschusses von über 1,7 Millionen Euro aus dem Programm „Europäische Fonds für Ermland-Masuren 2021–2027“ zu einem Zentrum, das Tradition bewahrt und der Zukunft dient.

Anstelle stiller Mauern und veralteter Balkenkonstruktionen entsteht nun das „Zentrum für Aktivierung und soziale Dienste“, das allen Einwohnern offen stehen soll, Familien, Senioren, Jugendlichen sowie Menschen, die Unterstützung benötigen. Geplant ist ein Ort, an dem Begegnung, Bildung, Beratung und kulturelle Teilhabe selbstverständlich werden.

Geplant sind unter anderem Angebote zur Stärkung familiärer Bindungen, zur Förderung eines konstruktiven Miteinanders sowie Maßnahmen, die Familien unterstützen und soziale Kompetenzen nachhaltig fördern.



Bleibt erhalten: Die Fassade des alten Kornspeichers in Wartenburg

Bild: D.K.

Die Modernisierung des Gebäudes erfolgt mit großer Rücksicht auf seinen denkmalgeschützten Charakter. Die Fassade bleibt erhalten, während im Inneren neue tragende Strukturen aus Stahlbeton geschaffen werden. Verstärkte Fundamente, ein neues Dach, stabile Decken und moderne Fenster, dazu Aufzüge und barrierefreie Zugänge geben dem Speicher seine neue Gestalt.

Sorgsam durchdachte Planung

Die künftige Raumaufteilung ist sorgfältig durchdacht. Im Erdgeschoss entstehen ein Gemeinschaftsraum mit Kücheneinrichtung, Büros für die Familienhilfe sowie Archiv- und Lagerräume. Das erste Obergeschoss wird für Beratungen und Verwaltungsaufgaben genutzt, während im Dachgeschoss ein Konferenzsaal, eine Computer- und Fotowerkstatt sowie Räume für soziale Organisationen eingerichtet werden. Damit wird das Gebäude zu einem Zentrum, das verschiedene Bedürfnisse miteinander verbindet.

Auch das Außengelände wird aufgewertet. Vorgesehen sind ein Parkplatz mit Stellplätzen für Menschen mit Behinderung, ein Bereich für Müllentsorgung sowie eine überdachte Zone für Begegnungen. Der Wartenburger Bürgermeister Grzegorz Matloka betonte die Bedeutung des Projekts in einem Interview mit den folgenden Worten: „Der Speicher wird umfassend modernisiert und in ein zeitgemäßes Zentrum für Aktivierung verwandelt. Es wird offen sein für die Bevölkerung, für soziale Vereine und lokale Initiativen. In diesem erneuerten Raum können Workshops, Schulungen, Begegnungen und Maßnahmen zur sozialen Integration stattfinden. Das Zentrum wird barrierefrei sein, auch für Menschen, die sich am Rande der Gesellschaft befinden.“

Die Investition, die fast zwei Millionen Euro beträgt, ist weit mehr als ein reines Bauvorhaben. So wird ein Bauwerk, das die Geschichte der Stadt widerspiegelt, umfassend renoviert und mit einer neuen Funktion versehen. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Heerde, Traute, geb. **Bergatt**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. September

Pischon, Waldemar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. September

Wüsthoff, Gerda, geb. **Hetz**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Grundei, Ursula, geb. **Sachs**, aus Fischhausen, am 23. September

Lingat, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hensen, Anneliese, aus Banners, Kreis Mohrunen, am 21. September

Kuhr, Waltraut, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September

Lasberg, Brunhilde de, geb. **No-reike**, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 24. September

Muczanski, Richard, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September

Piaszenski, Bruno, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September

Tischmann, Artur, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 20. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Mrowitzki, Christel, geb. **Holzke**, aus Mohrunen, am 21. September

Richter, Siegmund, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September

Völzke, Waltraut, geb. **Burkandt**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September

Waschk, Gerda, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September

Zippert, Kurt, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 20. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brandau, Hildegard, geb. **Brozio**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 20. September

Tribuleit, Hanna, geb. **Gutzeit**, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 22. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Katzenski, Adolf, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Kyewski, Gustav, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 24. September

Nikschik, Richard-Ewald, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 25. September

Pichler, Ruth, geb. **Blanck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. September

Röhrs, Liesbeth, geb. **Niewierra**, aus Neidenburg, am 22. September

Stetzka, Adolf, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 19. September

Tauferner, Gudrun, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. September

Wannags, Hildegard, geb. **Kulesa**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. September

Warstat, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bott, Lisbeth, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. September

Brodowski, Frieda, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 21. September

Gebhardt, Hildegard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 19. September

Kamann, Ernst, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 24. September

Kleine, Else, geb. **Wiesjahn**, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 22. September

Lackas, Christel, geb. **Komossa**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. September

Sievers, Helga, geb. **Kukla**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 23. September

Wagner, Hedwig, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 19. September

Wielk, Heinz, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Worszeck, Gertrud, geb. **Kohs**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Alsleben, Irma, geb. **Buttkus**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September

Altenkirch, Georg, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 20. September

Brunner, Margarete, geb. **Godau**, aus Craz, Kreis Fischhausen, am 20. September

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Chlupka, Irene, geb. **Grimm**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 25. September

Dora, Gerd, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 20. September

Franzke, Gertrud, geb. **Pelz**, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 22. September

Grigull, Johannes, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 21. September

Köppen, Ingrid, geb. **Münsterberg**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 22. September

Kummerow, Edith, geb. **Fabian**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September

Teige, Alfred, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gellert, Elfriede, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 22. September

Gerards, Hans, aus Lyck, Blücherstraße 9a, am 24. September

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis, gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Greschkowiak, Ursula, geb. **Fröhlian**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 20. September

Grütmacher, Fritz, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 23. September

Kaminski-Philippe, Marta, geb. **Kaminski**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 19. September

Kürschner, Martha, geb. **Faak**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. September

Kulms, Elli, geb. **Kösling**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. September

Plaumann, Günter, aus Ortelsburg, am 22. September

Rotter, Hildegard, geb. **Zymak**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 19. September

Schäfer, Gertrud, geb. **Thäsler**, aus Lötzen, am 24. September

Schöne, Margarete, geb. **Laupichler**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 20. September

Tegelhütter, Irmgard, geb. **Böhm**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 23. September

Walter, Manfred, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 21. September

Winski, Siegfried, aus Mohrunen, am 25. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Christeleit, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. September

Gudergan, Ruth, geb. **Kobus**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 24. September

Hahn, Helmut, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. September

Harz, Christel, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 23. September

Hennig, Rudi, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 25. September

Klimmek, Werner, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 21. September

Matzick, Dietrich, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 23. September

Nahas, Ursula, geb. **Ehlert**, aus Lyck, am 22. September

Ollesch, Rosemarie, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 21. September

Rekowski, Gotthilf, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 21. September

Teller, Renate, geb. **Heinrichs**, aus Wehlau, am 23. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Biallas, Helena, geb. **Kownatzki**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 21. September

Brozio, Günter, aus Lyck, am 25. September

Dietrich, Margarete, geb. **Herbst**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 22. September

Friedrich, Ruth, geb. **Rahn**, aus Stobbenort, Kreis Treuburg, am 24. September

Gerkau, Rudolf, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 22. September

Hardt, Edith, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. September

Hermanns, Helmut, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 20. September

Klimmek, Erich, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 23. September

Krahm, Elly, geb. **Ochs**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 19. September

Marquart, Marianne, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. September

Moritz, Rudolf, aus Dorf Trakehen, Kreis Ebenrode, am 23. September

Nowack, Käte, geb. **Woldeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. September

Patruck, Bernhard, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 21. September

Pessara, Hans, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 21. September

Reis, Erika, geb. **Schulz**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. September

Rohloff, Horst, aus Wehlau, am 21. September

Schubert, Ingeborg, geb. **Saemann**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 21. September

Vogelbacher, Irmtraut, geb. **Ruppenstein**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 25. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ditz, Irma, geb. **Bödder**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 25. September

Drawe, Wolf-Rüdiger, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. September

Faulstich, Veronika, geb. **Buyny**, aus Reimanswalde, Kreis Treuburg, am 23. September

Gritto, Otto, aus Wilmersdorf, Kreis Wehlau, am 23. September

Hölnzer, Lore, geb. **Bauroth**, aus Soldahnen, Kreis Lötzen, am 24. September

Pott, Klaus Rüdiger, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 22. September

Schröder, Hildegard, geb. **Blume**, aus Rosenfelde, Kreis Wehlau, am 24. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Lietzau, Christine, geb. **Nowitzki**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 19. September

Wald, Gisela, geb. **Fiedler**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 20. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Paul, Wilfried, Vorfahren aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 20. September

Zusendungen für die Ausgabe 40/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 40/2025 (Erstverkaufstag 3. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 23. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Handarbeits-Ausstellung

Kunst mit Nadel und Faden – Freitag, 3. Oktober, bis Sonntag, 5. Oktober, jeweils von 11 bis 17 Uhr, St. Johannis-Kloster, Schleswig: Die Ausstellung

„Kunst mit Nadel und Faden“ zeigt alte und neue Arbeiten aus der Ukraine und aus Ostpreußen.

Es gibt Gesticktes, Genähtes, Gehäkelt sowie Gestricktes, auch Fotokarten, Holzarbeiten und allerlei Geschenkartikel.

Für Leckermäuler gibt es Marmeladen, Bärenfang und Konfekt. Alles in herbstlichem Flair. Sie werden von Katharina Kharytych,

Eckernförde, und Ulrike Madeya, Kiel, vorgestellt, die die Ausstellung auch persönlich betreuen. Zum Verweilen und Genießen laden die beiden Damen zu Kaffee und Torte ein. Der Erlös der Verkaufsausstellung kommt bedürftigen Ukrainern und Ostpreußen zugute. *Ulrike Madeya*



Kunstwerke aus dem Frühjahr

Bild: Ulrike Madeya

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



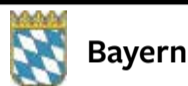
Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Online

Pforzheim - Die Landesgruppe Baden-Württemberg hat nun eine eigene Internetseite. Auf www.ostpreussen-bw.de finden Sie interessante Informationen über Ostpreußen und den Landesverband der Landsmannschaft Ostpreußen in Baden-Württemberg.

Dr. Georg Müller
1. Landesvorsitzender
Adolf-Sautter-Straße 41 a
75181 Pforzheim

Sie können auch eine E-Mail schreiben an: kontakt@ostpreussen-bw.de



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat

Hof - Sonnabend, 20. September, 11 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: gemeinsames Essen zum Tag der Heimat.

Wolfskinder

Nürnberg - Dienstag, 30. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1 Langwasser: Gunnar Adolphi hält einen Vortrag mit Filmausschnitten beim Treffen der Ost- und Westpreußen mit Pommern über die ge-



Der Internetauftritt der LO-Landesgruppe Baden-Württemberg: https://ostpreussen-bw.de/ Bild: Screenshot der Seite

fährliche Reise der sogenannten Wolfskinder aus Königsberg nach Litauen und deren weiteren Schicksalen.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Treffen der Elbinger

Bremerhaven-Lehe - Sonnabend, 4. Oktober, 10 bis etwa 17 Uhr, Haus am Blink, Adolf-Butenandt-Straße 7: Heimatkreistreffen Elbing-Stadt und Elbing-Land.

Sr. Ingeborg Rebischke aus Oldenburg, Heimatkreisvertreterin der Elbinger, hat mit einigen Helferinnen und Helfern die Organisationsarbeit übernommen. Sie erbittet Ihre Anmeldung unter Telefon (01523) 3868955, damit dem Lokal die Anzahl der am Büfett benötigten Mahlzeiten mitgeteilt werden kann.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg-Neustadt - Sonnabend, 20. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Bach-Saal, Gemeindehaus, Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4: Tag der Heimat. Das Gemeindehaus des Michels liegt nahe der U3 Haltestelle Baumwall beziehungsweise Landungsbrücken oder ist mit den Buslinien 16 und 17 Haltestelle Michaeliskirche zu erreichen. Der Tag der Heimat 2025 findet statt unter dem Leitwort „80 Jahre: Erinnern / Bewahren / Gestalten“. Veranstalter ist der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V. Gäste sind herzlich willkommen.

Elchniederung

Hamburg-Niendorf - Donnerstag, 25. September, 14 Uhr, Einlass ab 13.30 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17: Treffen der Heimatkreisgemein-

schaft Elchniederung. Der Treffpunkt ist fünf Minuten zu Fuß von der U2 Haltestelle Niendorf Markt entfernt. Mit Schabbern und Gesang wird der Herbst begrüßt. Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee und Kuchen gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen.

PAZ wirkt!



BdV-Landesvorsitzender: Siegfried Ortman, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden, E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Terminübersicht

Stockstadt - Sonntag, 28. September, 15 Uhr, Begegnungsstätte der katholischen Kirchengemeinde, Jakob-Friedrich-Nold-Straße 6: Tag der Heimat des BdV-Kreisverbands Groß-Gerau.

Wiesbaden - Sonntag, 21. September, 11 Uhr, Biebricher Schloss, Rheingaustraße 140: Zentraler Tag der Heimat.

Wetzlar - Sonntag, 28. September, 14 Uhr, Stadthalle Wetzlar, Brühlbachstraße 2: Tag der Heimat des BdV-Kreisverbands Wetzlar.

Wiesbaden - Donnerstag, 16., bis Freitag, 17. Oktober: Zweitägige Exkursion nach München, Sudenteutsches Landesmuseum und Haus des deutschen Ostens.

Wiesbaden - Mittwoch, 22. Oktober, 17.30 Uhr: Videokonferenz des Geschäftsführenden Vorstands.

Wiesbaden - Sonnabend, 13. Dezember, 11 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal: Gesamtvorstand.

Termine und Uhrzeiten werden im Zuge der Projektplanungen ergänzt und können sich ändern. Aktuelle Termine sind einzusehen unter Internet: www.bdv-hessen.de/veranstaltungen



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirttenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Anklam - Mittwoch, 24. September, 18 Uhr, Wallanlage am Steintor: Gedenken zum 30. Jahrestag des Mahnmals für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg und weltweit. Alle Landsleute und Heimatfreunde von nah und fern sind mit Angehörigen, Freunden und Bekannten sehr herzlich zu einem feierlichen Gedenken eingeladen. Dieses wird vom Posaunenchor „Anklamer Land“ musikalisch umrahmt. Manfred Schukat



Vorsitzender: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke

Führungswechsel

Unterlüß - Die langjährige Vereinsvorsitzende Dr. Barbara Loeffke hat es für angemessen erachtet, aus Altersgründen ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten einzuschränken. So hat sie bereits im Jahre 2021 ihren Vorsitz in dem Verein „Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke-Gedächtnisvereinigung“ in jüngere Hände gegeben, nachdem sie diesen als Vermächtnis ihres 1974 verstorbenen Ehemanns H.-L. Loeffke jahrzehntelang geführt hatte. Dieser hat mit seinem im Jahre 1957 in Lüneburg gegründeten „Ostpreußischen Jagdmuseum - Wild, Wald und Pferde Ostpreußens“ den Grundstein für das

30 Jahre später gegründete „Ostpreußische Landesmuseum“ in Lüneburg gelegt.

Als weitere Entlastung hat Loeffke auch die Abgabe des Vorsitzes in der Landesgruppe Niedersachsen vorgesehen. Da es ihr krankheitsbedingt nicht möglich war, dieses Prozedere durchzuführen, war sie damit einverstanden, dass der Unterzeichner dieser Zeilen an ihrer statt die Neuwahl organisierte. Loeffke erteilte ihm Auftrag und Vollmacht. Eine andere Vertretung als Vereinsvorsitzender schied aus, da die Satzung hierfür zwei Bezirksgruppenvorsitzende fordert; es gibt jedoch nur einen.

So kam es dann am 26. Juli zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der Landesgruppe, bei der der einzige Bezirksgruppenvorsitzende Helmut Papke zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde.

Aufruf

Unterlüß - Personen und Gruppen werden gebeten, sich beim neugewählten Vorsitzenden, Helmut E. Papke zwecks Reorganisation der Gruppen und Kontaktdaten zu melden. Dies gilt insbesondere für die Bezirksgruppen der Städte Braunschweig und Hannover. Dr. K. Uffhausen

Bericht

Oldenburg - Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg setzte ihr Jahresprogramm fort mit einem Vortrag von Horst Buschalsky „Vertriebene Salzburger Protestanten kamen vor 290 Jahren (1731-1734) nach Preußisch-Litauen (Ostpreußen)“, den er leider krankheitshalber nicht persönlich vortragen konnte und der deshalb von Frau Mentz und Frau Borchers vorgelesen wurde. Die Schilderung des historischen Rahmens, sowohl in der Salzburger Heimat als auch im Preußenland mit einem Ausblick auf die Situation nach der erneuten

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Vertreibung aus Ostpreußen, gab eine fundierte Darstellung dieser für Ostpreußens Entwicklung so wertvollen Bevölkerungsgruppe. Die Hinzufügung des Exulantenlieds „I bin ein armer Exulant“ und des Gedichts „Meinen Salzburger Ahnen“ von Agnes Miegel, deren Mutter Helene Hofer aus einer Salzburger Exulantenfamilie stammte, ergänzten die Darbietung in unterhaltsamer Weise. Durch die Ankündigung in der Lokalzeitung war der Zuspruch sehr groß und der Vortrag fand exzellente Zustimmung. *Dr. Gisela Borchers*

Erntedank

Oldenburg – Mittwoch, 8. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38: Erntedank-Nachmittag mit dem Schwerpunkt: „Die Ernte im Hausgarten“. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Markttag

Bonn – Sonntag, 21. September, 10 bis 18 Uhr, Münzplatz: Markttag

des historischen Deutschen Ostens. Besucher sind herzlich willkommen.

Herbsttagung

Gütersloh – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14: Herbsttagung. Aus organisatorischen Gründen bitte bis spätestens zum 10. Oktober bei Margitta Romagno, Luisenstraße 17, 42655 Solingen, E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de oder E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de anmelden. Die Tagungspauschale beträgt 20,- Euro pro Person. In der Tagungspauschale sind der Eintritt sowie das Mittagessen und Kaffee und Kuchen enthalten. *Klaus-Arno Lemke*

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kurische Nehrung

Dresden – Dienstag, 23. September, 14 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Die Kurische Nehrung.

Erntedank

Limbach-Oberfrohnna – Sonnabend, 27. September, 14 bis 16 Uhr, Heinrich-Mauersberger-Raum, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest, Brauchtumsveranstaltung.

Die Veranstaltung „Erntedankfest wie in der Heimat Ostpreußen“ der Landesgruppe Sachsen/Kreisgruppe Limbach-Oberfrohnna ist offen für alle Interessenten. Für einen kleinen Imbiss wird gesorgt. Wer eigene Geschichten aus dieser Zeit zu berichten weiß, wird gern zu einem kleinen Vortrag eingeladen.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Kreistagssitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 4. Oktober, 9.30 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Kreistagssitzung. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder, die stellvertretenden Kirchspielvertreter sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt. *H. R. Kressin*

Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Wiedersehen nach 74 Jahren

Klischen – Bei strahlendem Wetter fand im August das erste Memelländer Picknick in Klischen statt. Wie in den 1940er und 1950er Jahren trafen sich alte und neue Memelländer auf einem Bauernhof, um gemeinsam zu beten, zu feiern und zu singen. Anna Gelszus war so freundlich, die Gesellschaft auf ihren wunderschön gelegenen Hof einzuladen. Nach einer kurzen Andacht, die dankenswerter Weise von Pfarrer Mindaugas Zilinskis gehalten wurde, und dem gemeinsamen „Vaterunser“ wurde ausgiebig für das leibliche Wohl gesorgt. Die Sänger des DKV Memel erfreuten mit deutschen Volksliedern und natürlich mit dem Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“. In Gesprächen stellte sich heraus, dass die Gastgeberin und Martha Maria Skwirblies aus Prökuls, heute wohnt sie in Memel, in einer Konfirmandengruppe waren und zusammen am 12. August 1951 von Pfarrer Baltris konfirmiert wurden. Nach 74 Jahren trafen sich die beiden, die nur wenige Kilometer auseinander wohnen, wieder. Der Dank galt allen Mitwirkenden. *H. R. Kressin*



Zusammen konfirmiert, jetzt wiedergetroffen: Anna Gelszus und Martha Skwirblies *Bild: Heiko Roland Kressin*

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stenweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen mit MV

Osterode am Harz – Sonnabend, 20. September, 9 Uhr, Stadthalle, Dörgestraße 28: Mitgliederversammlung (MV) und Jahrestreffen mit folgendem Programm: 9 Uhr: Einlass in die Stadthalle für die

Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode um 9.45 Uhr; 11 Uhr: Einlass in die Stadthalle zum Jahrestreffen; 12 Uhr: Feierstunde, 13.15 Uhr: Unterhaltungsprogramm mit dem Heimatsänger BernStein; anschließend gemütliches Beisammensein. Am 19. September kann nach Absprache das Heimatmuseum besichtigt werden.

Ostpreußische Handarbeit Werkwoche in Helmstedt
6. bis 12. Oktober
Es sind noch Plätze frei
Telefon (040) 41400826

Rätsel

deutsches Mittelgebirge	Verkehrsmittel	langschwänziger Papagei	engl.-amerik. Längemaß	ugs.: Gelegenheitsarbeiter	Zeiteinheit	jene	Figur aus der „Sesamstraße“	festgelegter Zeitpunkt	Kurzhaalsgiraffe	duftende Gartenblume	deutlich	Stirn schmuck des Hirsches	Ei der Laus
Gesichtskreis					an jener Stelle				Trauben auspressen				
Sultanat am Arabischen Meer			in Eile; keuchend	Kanton der Schweiz			Bundesstaat der USA				das Unsterbliche	Teil der mechanischen Uhr	
		längere Kostümjacke für Frauen			Titel arabischer Fürsten				Held der griechischen Sage				
Abkürzung für senior				Empfehlung	germanischer Wurfspiess		elektronische Post (engl.)			eine Zahl			
eine Verwandte	franz. Schriftsteller (Emile)	amerik. Filmlegende (James)	Krankheitskeim				kräftig schützen	poetisch: Adler	Bratraum im Herd				
überdies, dazu			französisch: Freund	sittliche Gesinnung	Stadt in NRW, am Hellweg			Feingewicht für Edelmetalle		poetisch: Löwe	Fluss durch Weimar	hierisches Milchorgan	
							Laubbaum, Ruster	Ausgabe-stelle in Büchereien					
Kleidungsstück	Grundstoffteilchen			ein Naturwissenschaftler	Ablassprediger zur Zeit Luthers	Gastspielreise				meist ungiftige Schlange		Insel in der Ostsee	
Vorfahr		Ausblick			Raubfisch		schlecht, mangelhaft	europäischer Staat (Eire)	Ärger, Verdross				
				vertikale Ausdehnung	Binnenstaat in Zentralafrika				das junge Getreide	chemisches Zeichen für Selen			
				Formgeber	Aufschlag für geliehenes Geld		Frau Jakobs im A. T.		Ruhepause	abgestochenes Rasenstück	Begrenzung einer Fläche		
						Apfelsine	Kfz-Zeichen Cham		Geldschrank; Bankfach				
	franz. Herrscheranrede	schadhafte Stelle, kleine Öffnung					üblich, gewöhnlich	australischer Laufvogel	Wohlgeschmack-geruch				
				heftiger Unwille	verschieden					Quellfluss der Weser	Flachland		
	Spaß, Vergnügen (ugs.)			dt. Maler: ... Noide				Kleider-Mantelstoff					
	portug. Fußballer (Cristiano)	norwegische Popgruppe	Klostervorsteher	eine Farbe	tiefes Bedauern				Haushaltsplan	Internet, WWW (Kurzwort)	ein Wacholderbranntwein		
	Buchstabenrätsel							Durchfahrt, Durchgang					
	Teil, Anteil	großer asiatischer Singvogel, Star			Oper von Verdi				ital. Barockmaler (Guido)				
					großartig, unglaublich			scherzhaft: eilig laufen					

Magisch: 1. kühren, 2. Grunzen, 3. gelehrt

Mittelworträtsel: 1. Blüemchen, 2. Arbeiter, 3. Partikel, 4. Mäuschen, 5. Schlosser, 6. Spender, 7. Druesen

Schüttelrätsel: So ist's richtig:

Schüttelrätsel

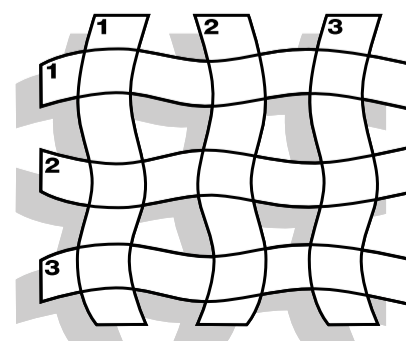
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EFGLOR	EKOR	AEL	AFSS	AMRU	AALST	EEOS	EEPR
					OPT		
AEK			AEELL				
EORS	OSU				AES		
			AEMRS				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Vorgehen, Verfahren.

1	LEBER					KAFFEE
2	MIT					SCHUTZ
3	STAUB					FILTER
4	KAMM					BANK
5	AUTO					LEHRE
6	SEIFEN					HERZ
7	TALG					FIEBER



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Geräusch beim Zerbrechen von Glas
- 2 Tierlaut (Schwein)
- 3 wissenschaftlich gebildet

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Heimatkreistreffen

Verden – Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16: 76. Heimatkreistreffen. Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus

ist ausgeschildert. Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonntag ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.



Wehlau

Kreisvertreterin: Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de
Stellvertreter: Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de
Internet: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, bis Sonntag, 5. Oktober, bis 16 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm: Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr: Eröffnung der Mitglie-

dersammlung, 11 Uhr: Feierstunde zu 70 Jahre Patenschaft des Landkreises Diepholz für den ostpreußischen Landkreis Wehlau, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Fortsetzung der Mitgliederversammlung, 17 Uhr: Abendessen, Teilnahme nach vorheriger Anmeldung, 19 Uhr: gemütliches Zusammensein mit Erzählungen Musik, Gesang und Zeit zur Unterhaltung.

Sonntag, 5. Oktober, 10 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein im Park der Freudenburg, 11 Uhr: Gedenken am Wehlauer Stein im Park des Kreishauses Syke, 12 Uhr: Führung im Wehlauer Heimatmuseum und der Sonderausstellung über Nachkriegssiedlungen „Raum ist in der kleinsten Hütte, anschließend ist Zeit zur Unterhaltung, 16 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

Gerd Gohlke, Schriftleiter

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, Freudenburg, Amtsfreiheit 1, Vorwerk: Mitgliederver-

sammlung der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. im Rahmen der Feier zum 70-jährigen Bestehen der Kreispatenschaft mit folgender Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch die 1. Vorsitzende; Gedenken an Verstorbene; Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; Festrede „70 Jahre Kreispatenschaft“; Grußworte des Landrats, des Bürgermeisters; Feststellung der Beschlussfähigkeit – bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Ver-

sammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet –; Annahme der Tagesordnung; Wahl: Verhandlungsleitung, Protokollführung, Jahresberichte des Vorstandes, a 1. Vorsitzende, b. 2. Vorsitzender – Familienforschung, c. Schatzmeister – Kassenbericht, d. Mitgliederbetreuung, e. Heimatkreisdatei, d. Internetauftritt, Bildarchiv, f. Heimatbrief, Archiv, Heimatmuseum, g. Aktuelles aus der Heimat; Bericht der Kassenprüfer über Haus-

halt 2024; Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes; Wahlen: Wahl eines Beisitzers / Beisitzerin; Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2026; Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2026; Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder; Anfragen und Anregungen der Mitglieder; Schlusswort der Vorsitzenden; Ostpreußenlied.

Margot Löwe, Dirk Reinsberg und Rainer Sendacki

ANZEIGEN



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Christa Wank

* 19. April 1924
in Domnau,
Kreis Bartenstein

† 16. August 2025
in Dortmund

Die Verstorbene war langjährige Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise und Präsidentin des BdV-Frauenverbandes.

In Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Christa Wank im Jahre 2003 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



Ostpreußisches Landesmuseum

Freitag, 26. September, 18.30 Uhr, Eintritt 6,- Euro: **„Kant-Stadt Lüneburg“ – ein revolutionärer Denker im Museum**, Vortrag von Museumsdirektor Dr. Joachim Männert. Zugleich Eröffnung der 76. Carl-Schirren-Tage mit einem Grußwort von Elisabeth Motschmann. 2024 wurde auf der ganzen Welt die 300. Wiederkehr des Geburtstags von Immanuel Kant gefeiert. Zugleich entsteht in Lüneburg das „Kant-Museum im Ostpreußischen Landesmuseum“, die erste Dauerausstellung der Bundesrepublik über den berühmten Philosophen. Anfang 2026 soll sie eröffnet werden. Die traditionsreiche Hanse- und Salzstadt Lüneburg wird damit auch zur „Kant-Stadt“, obgleich der Königsberger Ostpreußen nie verlassen hat. Kant Leben ist deutlich vielfältiger als angesichts seines geregelten Tagesablaufs vermutet wurde. Aber weniger das Leben, als vielmehr das ungeheure breite philosophische Wirken steht

im Mittelpunkt der Ausstellung. Dr. Männert führt in die Ausstellung ein: Wie stellt man philosophische Ideen mit musealen Methoden aus?

Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per

E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Visualisierung des Baus

Bild: Sunder-Plassmann&Partner Gbr

ANZEIGE

Plidder pladder - Regenschirm

Hochwertiger
Stockschirm
mit
Automatikfunktion,
100 cm
Durchmesser,
Kunststoffgriff und
Stahlstock,
Gewicht: 340 g

Bestellung:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@ostpreussen.de

Je
30,- Euro
incl. Porto und
Verpackung



In tiefer Trauer und voller Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Marianne Hansen

geb. Wilhelm

* 19. März 1931
Jodlauken, Kreis Insterburg

† 21. August 2025
Seefeld (Holstein)

Mit ihr verlieren wir eine treue Ostpreußin und Nordenburgerin, die sich durch ihr großes Engagement um die Heimatkreisgemeinschaft, den Kreis Gerdaun und ihre Heimatstadt Nordenburg verdient gemacht hat. Als Vorstandsmitglied und Kirchspielvertreterin von Nordenburg (1986–1995) legte sie 1988 mit ihrer Initiative, den Heimatbrief Kreis Gerdaun ins Leben zu rufen, die finanzielle Grundlage für die Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft bis heute. Bis 1995 war sie als Schriftleiterin des Heimatbriefes tätig, danach stand sie uns als Ältestenratsmitglied mit Rat und Tat zur Seite. 2009 erhielt Marianne Hansen das Silberne Ehrenzeichen der Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Heimatkreisgemeinschaft Gerdaun e.V. Stiftung Kreis Gerdaun
Walter Mogk · Kreisvertreter und Vorsitzender des Stiftungsvorstands

KÖNIGSBERG

Kluges Unternehmertum: Waggonfabrik L. Steinfurt

Die Wirtschaftschronologie einer ostpreußischen Erfolgsgeschichte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zu den bekanntesten und größten Industriebetrieben in der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg zählte die Waggonfabrik L. Steinfurt, deren Geschichte bis zum 13. Januar 1830 zurückreichte. Damals gründete der 25 Jahre alte Benjamin Leopold Steinfurt nach dem Besuch der Gewerbeakademie in Berlin eine Metallspritzen- und Maschinenfabrik in der Badergasse, die hydraulische Pressen, Pumpen und Spritzdüsen herstellte. 1832 expandierte das kleine Unternehmen zum ersten Mal, was durch Darlehen aus dem Freundes- und Verwandtenkreis aber erst möglich wurde. Doch nur ein Jahr später, nämlich 1833, zeigte Steinfurt dann auf der zweiten Kunst- und Gewerbeausstellung in Königsberg das Modell einer Dampfmaschine aus eigener Produktion.

Zehn Jahre danach reichte der Platz in der dicht bebauten innerstädtischen Badergasse schon nicht mehr aus, weshalb der Betrieb auf ein neues Grundstück am Weidendamm östlich des Königsberger Doms umziehen musste, wo auch eine eigene Gießerei entstand. Ab 1845 wurden hier Dampfmaschinen und Dampfkessel sowie weiterhin auch Pumpen und Pressen produziert. 1856 erfolgte zudem der Bau des ersten und einzigen Dampfschiffs der Metallspritzen- und Maschinenfabrik mit 50 Tonnen Tragfähigkeit, welches binnen sechs Monaten vom Stapel lief.

Nach dem Tode des Firmengründers im Jahr 1864 führte dessen Sohn Leopold Steinfurt das Unternehmen fort. Dieses nahm 1865 unter neuerlicher Erweiterung der Anlagen den Bau von Eisenbahnwaggons auf, woraus schließlich die Umbenennung des Betriebes in Waggonfabrik L. Steinfurt resultierte.

Als erstes lieferte das Werk 50 offene Güterwagen an die Königlich Preußische Ostbahn, deren Streckennetz seit 1860 von Berlin bis zur russischen Grenze



1. Ein Güterwagen aus dem Jahr 1920, 2. Im Hammerwerk wurden die Teile zurechtgehämmert, 3. in der Gießerei wurden in den Formen die einzelnen Metallteile hergestellt, 4. Eisener Durchgangswagen Klasse 3 aus dem Jahr Bild: Bildarchiv Ostpreußen

reichte. Nach der Übertragung der Firmenleitung an den Maschinenbauingenieur Fritz Heumann gingen 1867 weitere Bestellungen der Ostbahn und der Rheinisch-Westfälischen Eisenbahnen ein. Der Waggonbau wurde somit zu einer einzigen Erfolgsgeschichte, in der nach nur fünf Jahren nach Beginn der Produktion bereits der 500. Güterwagen die Fabrikhallen verließ.

Am 1. April 1871 wurde das Erfolgsgeschichte in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, welche die Steinfurtschen Erben mit 80.500 Talern auszahlte. Nur ein Jahr später begann die Produktion der ersten Personenwaggons für die Ostpreußische Südbahn von Pillau

nach Königsberg. Doch in der Zeit der Gründerkrise ging der Umsatz drastisch zurück, woran auch der Bau von Wagen für die Königsberger Pferdestraßenbahn nichts Wesentliches änderte. Doch die Geschäftszahlen verbesserten sich ab 1882 wieder. Zwei Jahre später überstieg der Umsatz dann sogar schon die magische Grenze von einer Million Mark.

Expansion und Vergrößerung

1886 wurde Heumann Alleininhaber der Firma und beteiligte sich an einem Lieferanten-Kartell von 14 norddeutschen Waggonfabriken, das regelmäßige Bestellungen der preußischen Eisenbahnverwaltung erhielt. Um der wachsenden Zahl

von Aufträgen gerecht zu werden, zog das Unternehmen zwischen 1903 und 1909 auf ein wiederum größeres Areal in der Arndtstraße an den Pregelwiesen im Stadtteil Rathshof um, wo es sowohl über einen Bahnanschluss als auch über Ladebrücken am Fluss verfügte. Das erleichterte die enorme Aufstockung des Maschinenparks für die Holz- und Metallbearbeitung, weswegen anschließend nicht mehr nur Güter-, Personen- und Spezialwaggons aller Art, sondern auch Lkw-Anhänger, Autokarosserien und Möbel produziert werden konnten.

Nach dem Tode von Fritz Heumann im November 1905 wurde die Firma im April 1906 in eine GmbH überführt, als

deren Geschäftsführer Heumanns Sohn Felix fungierte. Die weitere Expansion endete während des Ersten Weltkrieges aufgrund unzureichender Material- und Brennstofflieferungen.

Weil wegen des Versailler Diktates unzählige Eisenbahnwaggons an die Siegermächte übergeben werden mussten, erlebte das Waggon-Werk ab 1920 einen Aufschwung infolge der nötigen Neubestellungen seitens der Reichsbahn. Dieser ermöglichte die erneute Umwandlung – diesmal in eine Aktiengesellschaft mit 14 Millionen Mark Grundkapital, was am 18. Oktober 1922 entsprechend verkündet und registriert wurde.

Die Produktion lief bis 1944

Diesem vermeintlich freudigen Ereignis folgte dann aber die bittere Ernüchterung im Jahr darauf. Angesichts der Hyperinflation und wegbrechender Aufträge nach dem Ende der Reparationsleistungen geriet die traditionsreiche Waggonfabrik L. Steinfurt AG in wirtschaftliche Turbulenzen. An deren Ende stand aber eine erneute Konsolidierung, die auch durch die Weltwirtschaftskrise nicht unterbrochen wurde: So kam es im hundertsten Jahr des Bestehens des Unternehmens zur Auslieferung des 30.000. Waggons.

Die Produktion auf dem Gelände in Rathshof, wo inzwischen auch noch Guss- und Schmiedeteile, Holzelemente für Bau- und Tischlerzwecke sowie Metallkonstruktionen aller Art hergestellt wurden, ging bis zum August 1944 unverändert weiter.

Am 8. April 1945 besetzten sowjetische Truppen das Werksgelände, sorgten aber ab dem 18. Februar 1946 für eine Wiederinbetriebnahme der Produktion unter dem neuen Namen „Wagonsawod“.

Die Waggonfabrik L. Steinfurt AG jedoch wurde 1956 pro forma nach Hamburg verlagert und zwölf Jahre später wegen Vermögenslosigkeit aus dem Handelsregister gelöscht.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Lausitzer als neue Indianer Polens

Die Lausitz ist mittlerweile Vehikel, mittels slawischer Geschichte Identität zu konstruieren

Nach Jahrzehnten der kommunistischen Zentralisierung erlebte Polen 1999 nicht nur mit den 16 neuen Woiwodschaften viele Rückgriffe auf größere historische Regionen wie Klempolen oder Niederschlesien, sondern in etwa zeitgleich in schulischer Heimatkunde sogar die Vermittlung kleinräumigerer historischer Einheiten. So ist westlich des Flüsschens Queis [Kwisa] in polnischen Schulatlanten spätestens seit 1998 – und anders als bezogen auf die politischen Grenzen der heutigen Woiwodschaft Niederschlesien – in anderer Flächenfärbung nun die historische Zugehörigkeit zur Nieder- und der Oberlausitz verzeichnet.

In Lauban [Lubań] wurde 2019 der örtliche Fußballklub von Górnik (Bergarbeiter) in Łużyce (also Lausitz) umbenannt, es gibt in Lauban eine Schrebergartenkolonie Łużyce, seit einigen Jahren die Lausitzer Genossenschaftsbank oder in Sagan [Żagań] seit 2013 das Museum der Schlesisch-Lausitzer Grenzregion [Muzeum Pogranicza Śląsko-Łużyckiego]. Im Herbst 2021 bildete sich gar die Lausitzer Allianz [Łużycki Alians], die in Polen aus slawischer Verbundenheit eine Interessenvertretung für Lausitzer Regionalisierungsbestrebungen installierte. Damit

bildet sie faktisch auch einen Puffer, der es unmöglich machen soll, auf deutscher Seite an den Restteil Schlesiens anzuknüpfen. Das findet Unterstützer etwa beim deutschen Lusatia-Verband in der Oberlausitz, dem ein paralleles schlesisches Bekenntnis in der nördlichen Oberlausitz nicht geheuer ist und der auf eine vorrangige Oberlausitzer Identität drängt. Wenn westlich von Schlesien schon in Polen nur die Oberlausitz liegt, gibt es für Schlesien damit in Deutschland quasi erst recht keine Existenzberechtigung mehr.

In der Praxis verstehen manche deutsche Partner die aus Polen stammende slawisierende Umdeutung oft nicht recht. Ein Beispiel: Obwohl Welkersdorf [Rzasiń] bereits hinter dem Queis [Kwisa] – also bereits außerhalb der Oberlausitz – liegt, wurde dort vor 20 Jahren in slawischer Verbundenheit ein Bogen zur Oberlausitz geschlagen. Die Grundschule des polnischen 570-Seelen-Dorfes trägt seit 2005 den Namen des 2011 durch Benedikt XVI. selig gesprochenen Alois Andritzki. Der wurde 1914 in Radibor bei Bautzen, im heute deutschen Teil der Oberlausitz, geboren und 1943 im KZ Dachau ermordet. Der sorbisch-katholische Priester gilt als Märtyrer im Bistum Meißen.



Die Andritzki-Grundschule mit dem Andritzki-Porträt auf der Fassade in Welkersdorf Bild: Till Scholtz-Knobloch

Zur feierlichen Namensgebung der Grundschule von Welkersdorf fand damals ein Treffen der Einwohner mit Ex-Welkersdorfern an der Burgruine Talckenstein [Zamek Podskale] statt – verbunden mit einem deutsch-polnischen Gottesdienst. Diese Verbundenheit fand 2012 in der Bildgestaltung am Schulhaus noch eine Fortsetzung. Zum ersten Jah-

restag der Seligsprechung im Juni 2012 ließ die Schule ein Porträt Alois Andritzki anfertigen. Das Gemälde wurde bewusst so gestaltet, dass es im marianischen Andritzki-Gedenkraum in der Pfarrkirche von Radibor einen zentralen Platz erhielt – und motivierte zugleich die Partnerschaft zwischen der Schule in Welkersdorf und der sorbischen Gemein-

schaft in Radibor. Faktisch hat Welkersdorf so jedoch im Fehlen eines passenden slawischen Bezugs einen anderen slawischen Bezug herbeigezaubert. Die Bezugnahme auf Andritzki mag vielen alten Welkersdorfern und erst recht den Sorben in der deutschen Nachbarschaft schmeicheln, doch faktisch hätte auch jeder Indianer oder Eskimo einen gleichen Umfang an echter historischer Verbundenheit mit Welkersdorf dokumentieren können. Ein solcher fehlt also, wenn man von allgemeinen Bezügen innerhalb benachbarter Regionen einmal absieht.

Für das wirtschaftsschwache polnische Randgebiet zwischen Lausitzer Neiße und Queis indes erfüllt die Aufwertung auch eine andere Rolle. Mit der Begründung einer vom übrigen Niederschlesien unabhängigen Identität öffnen sich neue Fördertöpfe und die Hebung eines engermaschigen regionalen Selbstbewusstseins. Und so ist bei der verbogenen Identitätssuche zumindest positiv festzuhalten, dass der Lausitzhype auch eine Ausdrucksform ist, dem traditionellen Zentralismus etwas entgegenzusetzen und eine dauerhafte Verbundenheit der Einwohner mit ihrem Lebensumfeld zu schaffen. Till Scholtz-Knobloch

HEIMATTREFFEN

Wenn Steine sprechen könnten

Beim „Tag der Heimat“ in Anklam wurde speziell an das Kriegsende 1945 gedacht und Frieden angemahnt

VON FRIEDHELM SCHÜLKE

Jeder, der Veranstaltungen vorbereiten muss, weiß: Es ist nicht einfach, sich immer wieder etwas einfallen zu lassen, damit viele Menschen sich rufen lassen. Doch das ist dem Bund der Vertriebenen im Vorpommern e.V. am 30. August wieder gelungen. Vorsitzender Manfred Schukat konnte zum landesweiten Tag der Heimat MV 2025 mehr als 400 Besucher im Volkshaus Anklam begrüßen. Gleich fünf Mal mahnten große Buchstaben des Wortes „Frieden“ über der Bühne, umrahmt von vielen Heimatfahnen aus Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien, dem Sudetenland und Siebenbürgen. Auf allen 50 Tischen prangten leuchtende Sonnenblumen.

Schukat eröffnete den Tag der Heimat und überbrachte die Grüße der Bundes- und Landtagsabgeordneten, des Landrates und der Pommerschen Landsmannschaft. Er gedachte an 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs mit Flucht, Vertreibung und Verlust der Heimat im Osten des damaligen Deutschlands und erinnerte an 30 Jahre Denkmal für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen von 1945, welches am 24. September 1995 in der Wallanlage am Steintor Anklam als erstes seiner Art in Mecklenburg-Vorpommern errichtet wurde.

So war das Tagesthema vorgegeben: „Wenn Steine sprechen“. Darauf ging auch Pfarrer Christian Bauer aus Hohen-



Maurer Gustav Szameitat alias Friedhelm Schülke: Er präsentiert Original-Mauersteine und Dachziegel, sie mahnen den Frieden an

schon Minderheit Stettin, Thomas Krause, gedacht.

Feierlich trug Vorstandsmitglied Stefan Thomassek unter den Klängen der Stettiner Kreuzpolka eine große Erntekrone rund um den Saal bis zur Bühne, wo

trugen auf der Bühne deutsche und polnische Volks- und Heimatlieder vor und gewannen sofort die Herzen des Publikums. Ein Grußwort überbrachte Rudolf Fischer, Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Berlin. Er berichtete von einem Projekt in Rabstein in Nordböhmen, wo seine Berliner Gruppe gemeinsam mit den Tschechen erst kürzlich einen Gedenkstein für die Opfer des dortigen Nachkriegslagers errichtet hatten.

Ziegelsteine aus der Heimat

Passend zum Thema war der Verfasser dieser Zeilen selbst in eine Maurerkluft geschlüpft und erschien mit einer steinbeladenen Schubkarre im Saal und auf der Bühne. Dort stellte er sich als der Maurer Gustav Szameitat aus Bokellen vor und präsentierte aus 33 Jahren Reisetätigkeit viele mitgebrachte Mauersteine und Dachziegel aus der Heimat, so aus Danzig, Fischhausen, Gilge, Pillkallen, Cadinen, Lauenburg, Stolp, Stettin, Glatz und anderen Orten. Sie wurden meist aus Schutthaufen geborgen, weil in allen die Reliefs der einstigen Ziegeleien noch deutlich zu erkennen sind. Je nach Wahrnehmung flüstern, sprechen oder schreien sie als Mahnung: Frieden – Frieden – Frieden, der wichtigsten Frage unserer Zeit.

Aber auch der fröhliche Aspekt kam nicht zu kurz – eine zünftige Saalrunde Kräuterlikör für eine namentlich aufge-

zählte Geburtstagsrunde, darunter die 100-jährige Helene Teetz geb. Peleikis von der Kurischen Nehrung. Musikalisch umrahmt wurde der Vormittag von den Kirmes-Musikanten Ribnitz-Damgarten mit professioneller Instrumentalmusik, ehe die Mittagspause folgte.

Der Nachmittag trug dem gemütlichen Beisammensein Rechnung. Das befreundete Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten kommt gern zu den Heimattreffen nach Anklam und brillierte diesmal wieder eine ganze Stunde mit neuen Einstudierungen. Ob beim Fahnenstücken, Stelzentanz, Darstellungen von Erntebäuerchen – die 40 Kinder und Jugendlichen unter ihrem Leiter Holger Hurlig gaben ihr Bestes und wurden mit kräftigem Applaus belohnt.

Inzwischen hatten sich die oberschlesischen Damen vom „Echo von Kupp“ in knallroten Kostümen umgekleidet und präsentierten ein einstündiges Nonstop-Programm. Auch zeitgenössische Stimmungslieder waren dabei, die das Publikum begeistert mitsang. Das hatte selbst der Veranstalter nicht erwartet, sodass Gäste und Gastgeber ein sehr erfreuliches Fazit ziehen können – auch dank vieler Spenden und des fleißigen Einsatzes von 30 ehrenamtlichen Helfern am Einlass, Büchertisch, Bärenfangverkauf, Essenausgabe, beim Ein- und Ausräumen des Saales, der Gästebetreuung und an den Kassen. Danke – Danke – Danke!



Oberschlesier zu Gast in Pommern: Die Gruppe „Echo von Kupp“ mit der Erntekrone

mockter in seiner Morgenandacht ein. Der Geistliche thematisierte das Bibelwort: „Wenn diese schweigen werden, so werden die Steine schreien“ (Lukas 19, 40).

Im Totengedenken wurde stellvertretend für andere des mit 61 Jahren viel zu früh verstorbenen Vorsitzenden der deut-

sie bei einem plattdeutschen Erntedankgedicht aufgelesen wurde und so während des ganzen Tages über der Veranstaltung schwebte. Begleitet wurde der Einzugszug vom Ensemble „Echo von Kupp“ aus Oppeln in echten oberschlesischen Trachten. Die temperamentvollen Damen

HINTERPOMMERN

Die „Venus von Kolberg“

Ein 6000 Jahre altes Fruchtbarkeitssymbol sorgt für Aufsehen

Ein Bauer machte im Jahr 2022 einen sensationellen Fund auf seinem Feld in Wobrow [Obrot] südlich von Kolberg. Der Ort liegt nahe des Flüsschens Persante, das in Kolberg in die Ostsee mündet. 1937 hatte das Guts- und Bauerndorf 250 Einwohner in 49 Haushalten.

Als er die kleine Skulptur barg, sie ist nur zwölf Zentimeter groß, ahnte er sicher nicht, welch spektakulären Fund er gemacht hat. Denn die Archäologen bezeichnen die kleine unscheinbare Figur aus Kalkstein mit Muschelschalenspuren

als „Fund des Jahrhunderts“ in Polen. Es ist auch die erste Figur dieser Art, die jemals nördlich der Karpaten entdeckt wurde.

Sie zeigt eine stilisierte weibliche Figur mit betonten, aber verzerrten anatomischen Merkmalen. Gesichtszüge sind kaum zu erkennen, die Gliedmaßen sind nur angedeutet. Es wird vermutet, dass die Figur vor 6000 Jahren von Bauern hergestellt wurde, die sich in der Nähe des Flusses Persante während der Jungsteinzeit niedergelassen hatten. Glättungsspu-



Seltener Fund: Ein Fruchtbarkeitssymbol

ren auf den Brüsten und Hüften deuten darauf hin, dass es möglicherweise regelmäßig von den ursprünglichen Besitzern der Figur gehandhabt wurde. Die Archäologen sind sich sicher, dass es sich bei dem Artefakt um ein Fruchtbarkeitssymbol handelt.

Im Juni dieses Jahres wurde nach Abschluss der Untersuchungen in mehreren Fachzeitschriften über diesen Fund berichtet. Zu besichtigen ist die „Venus“ derzeit im Militär- und Waffnenmuseum in Kolberg.

Brigitte Stramm

MELDUNGEN

Kutterrudern, Hexen und Hansetage

Stettin – Beim ATP-Turnier mischte zunächst auch das deutsche Trio Rudi Mollerker, Henri Squire und Diego Dedura mit, schied aber vor dem Halbfinale aus. Das traditionsreiche Sandplatzturnier gewann der Spanier Pablo Llamas Ruiz im Finale gegen den Argentinier Thiago Augustin Tirante. TS

Greifswald – Am 13. und 14. September wurde die Deutsche Meisterschaft im Kutterrudern auf der Kurzstrecke von 1000 Meter mit 28 Crews und auf der Langstrecke von 5000 Meter mit 21 Crews ausgetragen. Der Ryck wurde dazu halbseitig gesperrt. TS

Stolp – Am vergangenen Wochenende wurden „500 Jahre Luthertum“ mit einem Orgelkonzert, einer wissenschaftlichen Sitzung im Roten Speicher und einem Gottesdienst in der Kirche des Heiligen Kreuzes gefeiert. Erster Pastor der Nikolaikirche war Christian Ketelhot (1492–1546). TS

Penkun – Der landesweite Festakt zum Tag des offenen Denkmals fand am 14. September auf dem Schlossgelände Penkun statt. Einer der Höhepunkte: Jörg Meiners Vortrag „Berühmt in Deutschland – Schloss Putbus und sein Neuaufbau nach 1865“ in der Orangerie Putbus. TS

Stargard – Bei der Stihl Timbersports®, einer Extremsport-Wettkampfschere im Sportholzfall in Barskewitz bei Stargard, siegte Szymon Groenwald (20) aus Bad Polzin. Als polnischer Meister wird er an der Weltmeisterschaft Ende Oktober in Mailand teilnehmen. TS

Demmin – Peter Lingoth vom Rassegeflügelzuchtverein Demmin wurde in der vergangenen Woche mit dem Landestierzuchtpreis von Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) ausgezeichnet. Verdient gemacht hat er sich mit der Zucht von Sussex- und Brahma-Hühnern. TS

Poberow – Zwischen Swinemünde und Kolberg wurde ein Hotel mit 13 Stockwerken, 1200 Zimmern für 3000 Gäste und ein Aquapark errichtet. Dafür fällt man 1500 Bäume. Letzte Hürde zum Betrieb des umstrittenen Hotelprojekts war eine Umweltgenehmigung der Gemeinde Rewahl. TS

Barth – Zu den „Barther Hexennächten“ wird noch bis 17. Oktober eingeladen. Hintergrund: Zwischen 1578 und 1653 kam es in Barth zu über 40 Hexenprozessen. Angeklagt wurden Gelehrte und Heilerinnen. Daran wird bei Rundgängen erinnert. Termine: 19. September, 3. und 17. Oktober jeweils um 21 Uhr. TS

Stralsund – Am 4. September unterzeichneten die Bürgermeister von Wismar und Stralsund einen Kooperationsvereinbarung zu den Hansetagen 2028 und 2029. Zu Zeiten der mittelalterlichen Hanse, seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, waren die Hansestädte regelmäßig auf dem Hansetag zusammengelassen. Dort wurden Handelsfragen erörtert und gemeinsame Beschlüsse gefasst. Diese Tradition der Hansetage greift der Städtebund mit dem „Internationalen Hansetag der Neuzeit“ wieder auf. Jedes Jahr ist eine andere Hansestadt Gastgeberin. BS

„Ostpreußische Literatur wäre arm ohne Wiechert“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wieder eine herrliche Geschichte, wie sie nur in der PAZ vorkommen kann: lehrreich, erstaunlich, überraschend und liebenswert heimatnah“

Christian Bente, Dresden
zum Thema: Mönche prägten einst das Land (Nr. 36)



Ausgabe Nr. 37

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WEM NÜTZT ES?

ZU: RAMELOW WIRFT MIT FALSCHEN MOTIVEN RICHTIGE FRAGEN AUF (NR. 36)

PAZ-Chefredakteur René Nehring geht hier ein sehr komplexes Problem an. Die Bauchschmerzen des Bodo Ramelow lassen wir mal weg.

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass Bundesrepublik Deutschland und Verfassungspatriotismus sehr gut zusammenpassen. Ein relativ hoher Freiheitsgrad korrespondiert hier mit einer relativ geringen Verpflichtung. Das steht einer Freiwilligkeit nicht im Wege. Nehring meint, ich interpretiere, wir sollten wieder eine Nation des aufrechten Ganges werden (Bloch). Niemand revitalisiert eine Leiche. Wir sind auf dem Weg zu einer multi-ethnischen Nation.

Das Alte hat nicht funktioniert. Nach enormen Leistungen und Irrwegen blieben nur: unconditional surrender und die Gnade der Sieger. Wir sind in einer Häutungsphase, die noch lange dauern wird, das müssen wir aushalten. Die sogenannte Rechte sollte dem Militär-Hoax nicht auf dem Leim gehen, die Linke macht es sowieso nicht. Zuallererst steht immer die Frage: Cui bono? *Jan Kerzel, Diespeck*

ALLE WOLLEN MANAGER SEIN

ZUM WOCHENRÜCKBLICK: UNSINN ALS SYSTEM (NR. 35)

Jahr für Jahr müssen wir uns mit dem Thema Ausbildung beschäftigen. Immer wieder geht es darum, dass Lehrstellen nicht besetzt werden können, weil nicht genügend Kinder geboren worden sind.

Was mir fehlt, ist eine deutliche Aussage zu den Ursachen. Über viele Jahre war es völlig uncool, Kinder in die Welt zu setzen, und wenn, dann höchstens nur ein Kind. Die Priorität war eine andere: Freizeit über alles. Kommen die Kids dann in die Schule, wird ihnen eingehämmert, gut zu lernen und nach dem Abitur zu studieren. Endlich ist die Grundschulzeit vorbei, aber was geschieht? Aus vielen Grund-

schulen kommen bis zu 70 Prozent auf ein Gymnasium. Nach ein bis zwei Jahren ist Schluss mit Abi. Wer hat das zu verantworten? Meistens kommt ein Schweigen.

In den Schulen wird zu wenig auf das „tägliche Leben“ eingegangen. Es reicht nicht, wenn eine Lehrkraft im Unterricht die Frage nach den Berufswünschen stellt. Da gibt es dann Schüler, die schlicht antworten: „Manager“. Begründet wird das damit, dass man dabei richtig viel Geld verdienen kann. Man wird also Manager mit viel Geld, und jeden Tag pünktlich um 16 Uhr ist Feierabend. Ende.

Nach Beendigung der Schule kommt dann bei vielen nicht unbedingt eine Berufsausbildung oder ein Studium. Jetzt kommt: „Ich muss mich erst finden.“ Das kann dann schon bis zu zwei Jahre dauern. Und dann? Eine andere Gruppe begibt sich gleich in die soziale Hängematte. Es gibt dann noch jene, die studieren wollen, aber noch nicht die Richtung wissen. Das kann auch dauern.

Aber es gibt sehr viele junge Menschen, die das alles sehr ernst nehmen und ein Ziel haben. Ich bin froh, dass es sie noch immer gibt, sonst sähe es in unserem Land noch schlimmer aus. Ich habe aber auch durchaus Verständnis dafür, dass jene gelegentlich auch Frustration haben, wenn Arbeitsfähige nicht arbeiten wollen. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

SELBSTGERECHTE EXILANTEN?

ZU: NICHT VERGESSEN, SONDERN PRÄSENT (NR. 34)

Natürlich schätze und liebe ich Ernst Wiechert. Die ostpreußische Literaturszene wäre arm ohne ihn. Und doch lese ich mit Erstaunen im Beitrag zum 75. Todestag des Autors, dass die deutsche Literaturszene inklusive Wiechert im Nachkriegsdeutschland offensichtlich Schwierigkeiten mit den Exilanten hatte: „Zu laut übertönte die Selbstgefälligkeit der aus dem Exil zurückgekehrten Schriftsteller, allen voran die selbstgerechte Erika Mann, die öffentliche Meinung“, heißt es im Text. Deshalb sei Wiecherts Stimme

nicht mehr gehört worden, er sei sogar verhöhnt worden. Wenn das auch Wiecherts Denkweise war, dann bin ich die längste Zeit sein Fan gewesen.

Die Frage sei erlaubt: Wer ist selbstgerechter: die Künstler, die im Lande blieben, in die sogenannte Innere Emigration gingen, sich mit den Machthabern arrangierten, oder diejenigen, die nach Verlust ihrer Heimat, Diskreditierung ihrer Werke bis zur Bücherverbrennung das unsichere Exil wählten (wie Tausende deutscher jüdischer und nicht-jüdischer Musiker, Autoren, Regisseure, bildende Künstler und politische Gegner)?

Natürlich gab es zahlreiche Lehrer, Ärzte, Schriftsteller, Geistliche, die im Lande blieben, weil ihre Familien, ihre Fangemeinde, ihre Gemeinde sie brauchten. Wie schreibt Raissa Dawydowna Orlowa-Kopelewa (die das Thema am eigenen Leib erfahren hatte) schon 1984?: „Menschen werden zu Dissidenten, weil sie das Böse, weil sie Lüge und Unrecht nicht tolerieren wollen.“ Und sie stellt die des Öfteren gehörte, unbequeme, bedenkenswerte Frage: „Sind die Werke von Dissidenten grundsätzlich moralisch höher zu bewerten als die der Daheimgebliebenen?“

Selbstgerechtigkeit ist das falsche Wort für die aufrechte Haltung von Exilanten. *Antje Olivier, Wuppertal*

OSTPREUSSENS GUTE SCHULE

ZU: OSTPREUSSEN ALS WIEGE DER EDLEN WISSENSCHAFT (NR. 33)

Vor zirka einem Jahr hatte ich zum ersten Mal von der *Preußischen Allgemeinen* erfahren. Ich habe mich von da an das erste Mal etwas ausführlicher mit Ostpreußen beschäftigt, wie ich zu meinem Beschämten bekennen muss. Nachdem ich einmal eine Übersicht bekannter Personen aus Ostpreußen gefunden hatte, fragte ich mich, was wohl der Grund für die hohe Zahl von Berühmtheiten aus Ostpreußen war. Was und wie wurde wohl in den Schulen gelehrt? Das würde mich interessieren. *Gerd Fricke, Saitama/Japan*

KOLLEKTIVE VERARMUNG?

ZU: REICHT ES SPÄTER FÜR DIE RENTE? (NR. 31)

Als gegen Ende der 1990er Jahre zunehmend Werbung für die Rente in den Medien lief und Bekannte sowie Kollegen darauf reagierten und nervös wurden, vertrat ich die klare Meinung: Kümmert euch um das Leben, geht Risiken ein, genießt die Zeit, nehmt euch Freiheiten heraus, macht Dinge, die sich andere nicht trauen und vergesst die Rente und die ganze Angstmacherei, weil die Wahrscheinlichkeit, diese überhaupt zu erreichen, gar nicht gegeben ist. Alles kann passieren.

Eines meiner Hauptargumente nach Erfahrungen mit zwei Systemen war vor allem, dass sie überhaupt nicht die Absicht haben, so vielen Millionen Babyboomern überhaupt jemals eine auskömmliche Rente zu zahlen. Eher führen sie Kriege. Auf jeden Fall jedoch kann man den Mächtigen nicht eine Sekunde über den Weg trauen, wenn es um das eigene Leben und Überleben geht, weil der Mensch in keinem der Gesellschaftssysteme im Vordergrund steht, sondern der totale Materialismus.

Das Gezerre ums Geld in den Familien bis in höchste staatliche Gremien ist der tägliche Begleiter. Wahnsinn von der Wiege bis zur Bahre und der Teil nutzloser Beamter und sonstiger Faulpelze, die Geschäftigkeit vortäuschen und Schwerarbeit leisten, wenn sie ein Blatt Papier über den Kopierer schieben, wird täglich größer, weil jeder seine Angehörigen und Bekannten gut versorgt wissen will und seine Position nutzt, um diesen einen Posten zu vermitteln.

Dabei ist alles ganz einfach, wenn man umsetzt, was die Basis ist für eine funktionierende Wirtschaft, in der die Wertschöpfungskette nicht durch hirnrisige Gesetzgebungen blockiert sowie durch das Ausleben von Hirngespinnsten vorsätzlich drangsaliert wird. 2030 ist das große Ziel der kollektiven Verarmung. Allein die Bezeichnung Kollektiv lässt einen erschauern, steht es doch für die Ignoranz der Vernunft. *Gregor Scharf, Leipzig*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Drei Stimmen – Ein starkes Team!

Infektionen sind Teil des Lebens. Gefährlich wird es erst, wenn Politik, Medien und Pharmaindustrie sie instrumentalisieren.

■ In Infektionen verstehen – statt fürchten liefern zwei profilierte Mediziner und eine Naturwissenschaftlerin einen fundierten, kritischen und allgemein verständlichen Blick auf die Welt der Infektionskrankheiten und Impfungen. Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Prof. Dr. Karina Reiß und Dr. Claus Köhnlein analysieren nicht nur die biologische Wirkweise von Bakterien, Viren und Impfstoffen, sondern hinterfragen auch die politische, mediale und wirtschaftliche Dimension, die die moderne Infektionsmedizin geprägt hat. Zudem nehmen sie explizit Stellung zur Coronapandemie, zu früheren »Pseudopandemien« wie der Schweinegrippe und zu systemischen Problemen im Umgang mit Krankheit und Angst.

Wissenschaftlich fundiert und allgemein verständlich

Dieses Buch räumt auf – mit Mythen, Alarmismus und mediengetriebenem Aktionismus rund um Infektionen und Impfstoffe. Ein zentrales Anliegen ist die Entdramatisierung des Themas Infektionen. Leser erfahren, warum viele Mikroben harmlos oder sogar nützlich sind – und wie mit Angst bewusst Politik gemacht wird.

Drei Stimmen – ein starkes Team!

Mit Bhakdi, Reiß und Köhnlein schreiben drei profilierte, fachlich versierte Stimmen der Medizin beziehungsweise Naturwissenschaft, die jahr-

zehntelange Erfahrung und kritisches Denken vereinen – authentisch, unabhängig und mutig. Eine Kombination aus medizinischer Aufklärung, gesellschaftlicher Relevanz und verständlicher Sprache macht *Infektionen verstehen – statt fürchten* zu einem besonderen Buch für alle, die sich nicht mit einfachen Antworten zufriedengeben. Es bietet faktenbasiertes Wissen, medienkritische Analyse und konkrete Orientierungshilfe für selbstbestimmte Gesundheitsentscheidungen.

Ein Buch für alle, die verstehen wollen, statt blind zu glauben. Für Menschen, die sich nicht länger von Angst regieren lassen – sondern von Wissen leiten.

Dr. Sucharit Bhakdi, Dr. Karina Reiß & Dr. Claus Köhnlein: Infektionen verstehen – statt fürchten gebunden • 343 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 991 610 • 23,- €

www.kopp-verlag.de

VON BETTINA MÜLLER

Irgendetwas stimmt hier nicht. Dieser Gedanke kann Reisenden aus deutschen Millionenstädten schon mal spontan in den Kopf schießen. Am Würzburger Bahnhof ist es nämlich verdächtig ruhig. Kein Geschrei, keine Randalen, so wie man es zum Beispiel aus Köln gewohnt ist. Aber ist es auch sicher? Ja! Zwei Sicherheitskräfte drehen in der Bahnhofshalle diskret ihre Runden und mustern jeden eindringlich. „Cop Söder“ hat offenbar alles richtig gemacht. Das könnte man meinen, ist aber natürlich Quatsch, denn Würzburg besteht nicht nur aus einem sonnenbeschiedenen Bahnhof.

Verstörend für Großstadtplanzen ist es allemal, dass es in dieser fränkischen Stadt, die Ende 2024 offiziell insgesamt 132.215 Einwohner zählte, tatsächlich sehr sauber ist. Das fällt sofort auf. Wie schön könnte es zum Beispiel in Köln, dieser rheinischen Stadt der Dauer-Frohnaturen, sein, wenn nicht jeder Depp seinen Müll auf die Erde schmeißen würde. Aber es soll hier ja nicht um Müll gehen, sondern um Würzburg. Dem schönen Würzburg mit seinem Weltkulturerbe: der Würzburger Residenz. Und die lässt sich vom Bahnhof aus mit der Straßenbahn, notfalls aber auch zu Fuß erreichen.

Weltkulturerbe ist die Residenz bereits seit 1981, die Grundsteinlegung ist natürlich wesentlich älter. Diese war im Jahr 1720, als Balthasar Neumann als Architekt beauftragt wurde. Neumann schuf ein Gesamtkunstwerk, das heute Besucher aus aller Welt anlockt.

Barock-Overkill

Es kann aber sein, dass der Besucher danach einen Barock-Koller bekommt, vor allem, wenn das nicht sein favorisierter Architekturstil ist. Das ist einerseits schade, andererseits verständlich, doch man schweigt, weil man die gastfreundlichen Würzburger nicht vor den Kopf stoßen will. Bauhaus-Bewunderer oder Freunde von Tiny Houses werden jedoch so ihre leichten Schwierigkeiten haben. Der Überfluss verwirrt, überfordert.

Dabei könnte ein Glas Wein aus dem Bocksbeutel hilfreich sein, denn es fördert das klare Denken – so die von Winzern verbreitete Mär. Das trinkt man am besten an beziehungsweise auf der Alten Mainbrücke, die bei Einheimischen und Touristen gleichermaßen vor allem für ihren „Brückenschoppen“ beliebt ist.

Das geht so: Man kauft sich also Wein, stellt sich auf die Brücke und dann – ja dann, ist man einfach so da. Steht in der Gegend herum, gestikuliert, trinkt, redet, wirft einen Blick auf die Stadt mit dem



Früher der Sitz der Fürstbischöfe, heute ein Museum mit dem berühmten Treppenfresko von Giovanni Battista Tiepolo: Die Würzburger Residenz vom Hofgarten aus gesehen

Kiliansdom, während in der Ferne die eigentümliche Architektur von St. Johannis auffällt, diesem ungewöhnlichen Bauwerk mit den zwei nach oben hin immer schlanker werdenden achteckigen Pyramidentürmen.

Sie war die zweite evangelische Kirche überhaupt, die 1895 in dieser Stadt errichtet wurde. Nach dem Bombenangriff vom 16. März 1945 brannte sie aus, übrig blieb nur die Turmuine. Von ihr ausgehend schuf dann ein Münchner Architekt etwas Neues. Und das war nicht nur eine Kirche, sondern zugleich auch ein Mahnmahl. So dominiert der Krieg in gewisser Weise auch das Stadtbild, während die Waffen in Deutschland zum Glück schon lange schweigen.

Ein Spiegel der Stadtgeschichte

Militärische Sicherheit sollte in Würzburg seit dem 13. Jahrhundert die Festung Marienberg garantieren und den hier residierenden Fürstbischöfen zugleich die Macht sichern. Das gelang nicht immer. Kecke Bauern versuchten 1525 sie einzunehmen. Sie scheiterten, und man möchte gar nicht

wissen, was mit ihnen passierte. Nur so viel: Es gibt noch immer einen Festungskker. Geradezu beschaulich mutet in Anbetracht der turbulenten Vergangenheit der Festung das – von den Einheimischen so genannte – „Käppele“ im Alten Mainviertel an. Es war auch wieder Balthasar Neumann, der die Wallfahrtskirche am Nikolausberg schuf, diese barocke Pracht, die ein völliger Kontrast zur Trutzburg auf dem vermeintlichen uneinnehmbaren Berg war und ist.

Zurück in der Altstadt bekommt man angesichts der vielen Restaurants rasch Appetit nach etwas Deftigem. Eine Mahlzeit kann in Franken durchaus üppig ausfallen. Bestellt man Schnitzel, kann es vorkommen, dass man zwei riesige Fleischlappen auf Spätzle in üppiger Soße serviert bekommt, und irgendwann nach Hause gerollt werden muss. Das ist noch wahrscheinlicher, wenn man eine geschlagene Woche lang gemästet wurde, so etwa in den empfehlenswerten Gaststätten „Zum Karthäuser“ oder dem „Wirtshaus Lämmle“. Das daraus resultierende Übergewicht ist zwar nicht schön, aber jede

Spätzle, jedes „Fleischküchle“ (Frikadelle; Bulette) lohnt sich.

Doch wohin geht jemand, der genug Brückenschoppen genossen hat, alle Glanzpunkte der Stadt abgearbeitet hat, sich auch in dem nördlich von Würzburg gelegenen Veitshöchheim im prächtigen Rokokogarten des kleinen Schlosses verlustigt hat? Wenn man satt ist, aber nicht übersättigt? Dann geht es dorthin, wo jeder früher oder später selbst einmal landen wird. Ja, es ist ein wenig morbide, aber mittlerweile hat sich viel geändert, und Friedhöfe als Erholungsorte sind längst nicht mehr tabu.

Wo Schillers Tochter liegt

Selbst an diesen Stätten trifft man wieder auf den bekannten Barock, auf Gräber mit prachtvollen Putten, die Fackeln tragen, auf überdimensionale Grabstätten, die auf großen Reichtum deuten. Arm scheint Würzburg nie gewesen zu sein. Und man trifft auf einen Engel – und das ist äußerst selten hier –, der in einer Art großer abschließbarer Vitrine vor Wind und Wetter geschützt ist. Das klassizistische Grabmal

der Familie Zeissert/Weisserth gehört wohl zu den außergewöhnlichsten Grabmalern auf dem über 200 Jahre alten Hauptfriedhof. Also dort, wo unter anderem Bankdirektoren, Ehrenbürger, Reichsbahn-Ingenieure, Professoren, Tonofenfabrikanten oder die königlichen Gymnasiallehrergattinnen ihre letzte Ruhe fanden, wo ein Engel schon mal mit Goldornamenten geschmückt wurde und wo die Grabmäler so hoch sind, dass sie sich dem Himmel entgegenzustrecken scheinen.

In diesem Karree ist man „unter sich“, Armengräber findet man dort eher nicht. Zumindest die Ehrenbürger der Stadt mussten lernen zu teilen und sich mit einer – dreigeteilten – Grabplatte zufriedengeben, worauf man zum Beispiel den Namen „Karoline Junot“ findet. Sie war eine Tochter von Friedrich Schiller.

Die abendliche Schließung des Friedhofs macht der Besichtigung ein Ende. Die Besucher tummeln sich sogleich in Richtung Wirtshaus, wo sie die Würzburger Wonnen mit fränkischen Spezialitäten ausklingen lassen.

GRABMÄLER

Namen- und würdelos auf dem Gottesacker

Im September ist der Tag des Friedhofs – Ein Gang auf dem Würzburger Hauptfriedhof zeigt, dass selbst im Tod nicht alle gleich sind

„Endlich und lebendig“ lautet das Motto des diesjährigen Tags des Friedhofs, der seit 2001 an jedem dritten Septemberwochenende stattfindet. Es soll daran erinnern, dass die Würde des Menschen auch über den Tod hinaus elementar ist. Doch sind alle im Tod wirklich gleich? Die Segregation, also die räumliche Aufteilung was zumindest die Grabgestaltung angeht, lässt dies als Makulatur erscheinen.

Auch auf dem Würzburger Hauptfriedhof, diesem 112.727 Quadratmeter großen Gottesacker, der 1806 als allgemeiner Begräbnisplatz entstand, merkt man schnell den Unterschied. Der alte Teil strotzt vor Prunk und Pracht. Dort ist kein Platz für Gräber für Menschen mit knappen finanziellen Ressourcen, schließlich müssen auch die Friedhofsgärtner von ihrer Hände Arbeit leben. Den historisch interessierten Besucher hingegen

freut es, hat er es doch leichter, die Gräber der Reichen und Schönen der Stadt, die das nur zu gerne auch in Stein weißeln ließen, auf kompaktem Raum zu bewundern. Das ist in Würzburg nicht anders als zum Beispiel in Köln, wo es gleich eine ganze „Millionenallee“ gibt.

Reichtum verpflichtet eben, selbst über den Tod hinaus. Und so entstanden in Würzburg im frühen 19. Jahrhundert künstlerisch wertvolle Grabmäler, die teilweise den allgegenwärtigen Barockstil in der Stadt widerspiegelten. Fackeltragende Putten konkurrieren dabei um den Titel „Schönster Engel“.

Honoratioren strebten im Tod nach mehr. Die Grabmäler wurden immer höher, und mittendrin setzte man dann – etwas plump – eine Büste des Toten, so geschehen zum Beispiel am Eingang der pompösen Freiherrlich zu Rhein'schen



Streben selbst im Tod nach Höherem: Grabmal der Familie von Zu Rhein

Familiengruft. Eine mit einer Vielzahl an Ornamenten verzierten Gruft einer Familie, die zahlreiche Würdenträger hervorgebracht hat. So etwa einen Regierungspräsidenten von Unterfranken, der zugleich auch Ehrenbürger der Stadt war.

Ebenso verspielt von der Formensprache ist auch die Grabstätte der Familie des Bautechnikers Franz Karl Buchdrucker, während man bei der klassizistischen Gruft der Familie Buchner – der 1811 geborene Friedrich Buchner stammte aus München – eindeutig noch höher hinauswollte, als man im Leben ohnehin schon war.

Mahnend ruft die Glocke der 1859 eingeweihte Friedhofskapelle die Menschen zur Vernunft auf. Doch umsonst. Man will sie nicht hören. Betreibt lieber weiter Segregation nach dem Tod für den schnöden Mammon. Eine Wahl nach dem Bomben-

angriff vom 16. März 1945 hatten hingegen mehrere Tausend Würzburger nicht mehr, die an jenem Abend zu Tode kamen. 20 Minuten lang hatte die britische Royal Air Force dafür gebraucht, über 90 Prozent der Würzburger Altstadt zu zerstören. Ausgerechnet diejenigen, die am meisten leiden mussten, wurden dann namen- und würdelos in einem Massengrab gestapelt.

Von wegen, im Tod sind alle gleich. Aus einem Sprengbombenbruchstück entstand immerhin eine „Versöhnungsglocke“, und der Bildhauer Fried Heuler schuf eine Denkmalplatte, die in den Boden eingelassen wurde: Elternpaar mit Kind in Totenstarre. Selbst die genaue Anzahl der Toten ist bis heute unklar: schätzungsweise 3600 bis 5000 Menschen. Ihre Namen wird man wohl nie vollständig erfahren.

B. Müller

● FÜR SIE GELESEN

Der zweite Kett-Fall

Chief Inspector Robert Kett ist um Sorge um seine Frau, die vor fünf Monaten entführt wurde. Er und seine drei Töchtern hoffen jeden Tag, sie gesund wiederzusehen. Doch es gibt keine neuen Hinweise. Kett arbeitet trotz einer schmerzhaften Verletzung an einem neuen Mordfall in Norfolk, um auf andere Gedanken zu kommen.

Auf einem Acker wurde eine entstellte Tote gefunden. Erst sieht es nach einem Hundebiss aus, aber laut einer örtlichen Legende tötet ein Dämon Menschen, indem er ihnen die Kehle herausreißt. Kett und seine Kollegen glauben nicht an das Monster. Sie befragen Anwohner und kommen dabei der örtlichen Polizei in die Quere, da der Mord im angrenzenden Suffolk passiert ist. Kett lässt sich nicht gern Grenzen setzen. Wichtig sind nur seine Töchter und dass Billie, seine Frau, zurückkommt. Seinen Kummer lässt er nur in einsamen Stunden zu, denn seine Töchter brauchen seine Zuversicht und Kraft, die Kollegen einen klar ermittelnden und klugen Detective Chief Inspector.

Alex Smith hat in „Die Schatten, die dich jagen“, seinem zweiten Kett-Fall, dessen seelische Verfassung realistisch, einfühlsam, aber auch humorvoll geschildert. Der Krimi weckt Neugier auf weitere Teile. *Angela Selke*



Alex Smith: „Die Schatten, die dich jagen“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, Taschenbuch, 303 Seiten, 14 Euro

Der dritte Kett-Fall

Robert Kett ist durch Verletzungen, die er sich in seinem letzten Fall zugezogen hatte und auch durch die ständige Sorge um seine vermisste Frau, völlig erschöpft. Als nach fünf Monaten endlich ein Hinweis aus London eintrifft, der auf seine Frau hinweist, gibt es kein Halten mehr für ihn, und er fährt mit seinen Kindern nach London.

Der Polizist, der telefonisch von einer verlassenen Villa berichtet hatte, kommt nicht mit dem Leben davon, und Billie, Ketts Frau, die dort gewesen sein soll, ist mit dem Entführer, der angeblich eine Schweinemaske trug, verschwunden. Die Beweise sind eindeutig – in dieser Villa wurden Frauen festgehalten und gefoltert.

Kett ist nicht davon abzubringen, seine Frau zu suchen, obwohl er wegen Befangenheit von der Klärung des Falls abgezogen wurde. Alle Kollegen fragen sich „Was würde Robert Kett hier tun?“, denn er ist als gnadenloser Ermittler bekannt.

Alex Smith schraubt in „Die Angst, die niemals endet“, dem dritten Kett-Fall, die Spannungsschraube weiter an. Der Krimi ist spannend und humorvoll. Ein echter „Pageturner“! *A.S.*



Alex Smith: „Die Angst, die niemals endet“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2025, Taschenbuch, 312 Seiten, 14 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Übernachten vor traumhafter Kulisse

Auf 14 Routen mit dem Wohnmobil atemberaubende Uferstraßen passieren und mediterranes Flair im Angesicht schneebedeckter Gipfel genießen – Der Kunth-Reiseführer zeigt, wie es geht



Berge und Seen zu allen Jahreszeiten mit dem Wohnmobil besuchen. Der neue Kunth-Reiseführer für Südtirol und die oberitalienischen Seen schlägt vielseitige Routen zu Naturschönheiten und Sehenswürdigkeiten

vor. Angaben zu Stell- und Campingplätzen zum Übernachten sowie ein Reiseatlas im Anhang erleichtern die Planung. Als Top gibt es eine passende Playlist mit Liedern, die man sich über Spotify anhören kann. *MRK*

„Mit dem Wohnmobil durch Südtirol und an die Oberitalienischen Seen“, Kunth Verlag, Ostfildern 2025, flexibler Einband, 223 Seiten, 29,95 Euro

GESCHICHTE

Aufstieg der Assyrer und Phönizier

Eric H. Cline thematisiert in der Fortsetzung seines Erfolgsbuchs „1177 v. Chr.“ den Umschwung von der Bronze- zur Eisenzeit und dessen Folgen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahr 1177 v. Chr. kam es im östlichen Mittelmeerraum und Vorderasien zu einem kompletten zivilisatorischen Zusammenbruch – vermutlich dem ersten in der Weltgeschichte überhaupt. Über die Ursachen dieser Zäsur, durch die sämtliche Kulturen im Bereich der Schnittstelle von Europa, Asien und Afrika ins Verderben stürzten, wurde viel gerätselt, bis Eric Cline, der Direktor des Archäologischen Instituts an der George Washington University und Leiter der Ausgrabungen in Megiddo, dem biblischen Armageddon, 2014 seinen international gefeierten Bestseller „1177 v. Chr.“ vorlegte, in dem er schlüssige Erklärungen für die Vorgänge zum Ende der Bronzezeit lieferte.

Zum einen führten gewaltsame Auseinandersetzungen und Erdbeben zum Niedergang von Ugarit, Megiddo, Aschkelon, Babylon, Hattuscha, Troja, Mykene, Pylos und vielen weiteren hochentwickelten Stadtstaaten. Zum anderen gab es aber auch ein systemisches Versagen der damals schon überraschend stark globalisierten Wirtschaft aufgrund anhaltender Konflikte um die für die Bronzeherstellung unverzichtbaren Rohstoffe Kupfer und Zinn, welche seinerzeit die gleiche Rolle spielten wie heute das Erdöl. Anschließend sorgte der Ansturm der nach wie vor nicht sicher identifizierten „Seevölker“ gegen die geschwächten Landmächte für den Anbruch der „Dunklen Jahrhunderte“.

In deren Verlauf erholte sich die Zivilisation wieder, womit es vor allem zum Aufstieg der Assyrer und Phönizier kam. Warum dies möglich war, schildert Cline in seinem informativen Fortsetzungsband „Nach 1177 v. Chr. Wie Zivilisationen überleben“, der den Umschwung von der Bronze- zur Eisenzeit thematisiert, wobei er wie in „1177 v. Chr.“ gezielt immer wieder den Bogen zur Gegenwart schlägt. Ging es ihm zunächst darum, vor kulturellem Verfall und den Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen zu warnen, legt Cline nunmehr mit Blick auf die Vergangenheit dar, durch welche Faktoren Gesellschaften in extremen Krisenzeiten zu Gewinnern werden. Dabei kommt er erneut zu eindeutigen Befunden.

Die Assyrer dominierten, weil sie jede Gelegenheit nutzten, zerstrittene Nachbarvölker zu überwältigen und in einem neuen Großreich zu vereinen. Dagegen profitierten die Phönizier von ihrer intellektuellen Brillanz, durch die sie zur Handelsmacht Nummer Eins im Mittelmeerraum aufstiegen. Das von ihnen entwickelte Alphabet trug entscheidend zu einer neuen und diesmal endgültigen internationalen Vernetzung bei.



Eric H. Cline: „Nach 1177 v. Chr. Wie Zivilisationen überleben“, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2024, gebunden, 500 Seiten, 32 Euro

DEUTSCHES SCHICKSAL

Eine Idylle vor dem Sturm

Christian Hardinghaus erinnert anhand der Figur einer Buchhändlerin an das Leid der Ostpreußen nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs

VON DIRK KLOSE

Die 18-jährige Frieda Wehlau macht im Frühjahr 1940 Abitur in Königsberg. Sie ist nicht nur eine Bücherfreundin, sondern – anders kann man sie nicht bezeichnen – bibliomanisch, aber auf sympathische Art. Durch einen glücklichen Zufall kann sie eine Lehre als Buchhändlerin im Haus der Bücher am Paradeplatz beginnen, das der Kenner unschwer als die damals größte Buchhandlung Europas Gräfe & Unzer erkennt. Sie steigert sich derart in ihre Arbeit, dass ihr Chef, als Otto Konopke wunderbar geschildert, sie geradezu zu Urlauben in den Ostseebädern Rauschen und Cranz zwingen muss.

Jedes Ostpreußenbuch endet wohl mit der Katastrophe von 1945. Während ihres Urlaubs in Cranz erlebt die junge Frau im August 1944 die Bombardierung ihrer geliebten Stadt. Die Tage bis Kriegsende werden immer schwieriger, und als die Rote Armee die Stadt erobert, beginnt ein unbeschreibliches Chaos mit Hunger, Kälte, Seuchen und Tod. Die junge Frau kann sich als Krankenschwester in das St. Elisabeth-Krankenhaus retten, wo sie fast verhungerte und oft sterbende Kinder betreut. Selbst oft am Ende ihrer Kraft treibt sie ihre Phantasie voran. Sie erzählt und erfindet Märchen und kann so die Kinder ein wenig von allem Elend ablenken.

Christian Hardinghaus lässt seinen Roman „Die Buchhändlerin von Königsberg“ versöhnlich ausklingen. Im Sommer 1946, nachdem fast 100.000 Deutsche an

Hunger und Krankheit gestorben waren, weist die Sowjetunion die restlichen Deutschen aus. Frieda kann mit einem der ersten Transporte Richtung Westen fahren. Mit dem Sommer 1950 endet das Buch – etwas unvermittelt in München, wo Frieda mit ihrem aus russischer Gefangenschaft heimgekehrten Mann lebt.

Der Autor erinnert mit diesem Buch an das Schicksal Ostpreußens. Er startet es mit Lokalkolorit aus: Die Familie lebt in der Vorstadt, zur Bücherei geht die Frieda über die Vorstädtische Langgasse zum Pregelufer, überquert am Hundegatt die grüne Brücke, dann die Kneiphofsche Insel und erreicht den Paradeplatz. In Rauschen rudert sie mit dem jungen Offizier Hans auf dem Mühlenteich und fährt mit der Drahtseilbahn über die Stadt.

Hardinghaus hat zahlreiche Zeitzeugen befragt. Besonders dankbar zeigt er sich gegenüber Ursula Dorn, deren bewegende Lebensgeschichte „Wolfsmädchen“ auch in der PAZ (19/2023) vorgestellt wurde. Man kann darüber diskutieren, ob man das Elend in Königsberg romanhaft einfangen kann. Akzeptiert man das, liest man dieses von freundlicher Menschlichkeit bestimmte Buch recht gern.



Christian Hardinghaus: „Die Buchhändlerin von Königsberg“, Piper Verlag, München 2025, broschiert, 386 Seiten, 15 Euro

STETTIN

Zum Gedenken an Kaiser Wilhelm I.

Zwei in einem: Der Stadtrat votierte für ein einheitliches Kaiser- und Kriegerdenkmal

VON JÜRGEN EHMANN

Mitte September des Jahres 1887 verweilte Kaiser Wilhelm I. anlässlich einer Parade des 2. Korps in Stettin. Vermutlich noch unter diesem Eindruck der prächtigen kaiserlichen Parade beschloss der Magistrat der Stadt daraufhin am 21. März 1888, „zur Errichtung eines Denkmals für den geliebten Kaiser Wilhelm in Verbindung mit dem Kriegerdenkmal 60.000 Mark zu bewilligen“.

Ein früher geplantes Denkmal zum Gedenken der Gefallenen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 war bis dahin noch nicht umgesetzt worden. Der Magistrat sah in der Vereinigung eines Kaiser- und Kriegerdenkmals daraufhin „die beste Lösung der immer wieder vertagen Kriegerdenkmalsfrage.“ Quasi zwei in einem. Mit Unterstützung der Behörden sowie der wohlhabenden Bürger Stettins hoffte man, „die Mittel zu einem würdigen Denkmal zu gewinnen, welches zur Ehre Stettins für späte Zeiten ein dauerndes Wahrzeichen bleibt, von unserer Liebe und Dankbarkeit für den heimgegangenen Kaiser zeugt.“

Ausschreiben für Künstler

Eine Finanzkommission empfahl die Bewilligung der 60.000 Mark und sah als Standort den Platz zwischen Pölitzer-, Schiller- und Moltkestraße als geeignet an. Die Stadtverordneten votierten einstimmig für den Antrag zur Errichtung des Denkmals. Die „Neue Stettiner Zeitung“ bemerkte, dass nach Bewilligung von „weiteren 60.000 Mark für das vereinigte Kaiser- und Kriegerdenkmal eine Summe von 120.000 M vorhanden“ sei.

Daraufhin wurde Anfang Juli 1888 ein „Konkurrenz-Ausschreiben an alle Deutschen Künstler“ vom Comité für das Kaiser- und Krieger-Denkmal mit den Unter-



Zu Ehren von Kaiser Wilhelm I. errichtet: Das Kaiser- und Kriegerdenkmal in Stettin

zeichnen Graf von Behr-Negendank, Oberpräsident von Pommern, dem Oberbürgermeister von Stettin Haken, und Freiherr von der Goltz, Landes-Direktor von Pommern, in den Zeitungen veröffentlicht. Ein Reiterbild des Kaisers in Lebensgröße aus Bronze-Guss mit auf dem

Sockel dargestellten Krieger des Pommerschen Armeekorps sollten dem Denkmal zugleich die Bedeutung eines Kriegerdenkmals geben.

Als Standort wurde der Knotenpunkt des Paradeplatzes, des Königsplatzes und der Kaiser-Wilhelm-Straße letztlich aus-

gewählt. Hier war man sich sicher, dass das Denkmal entsprechend optisch präsent sein würde.

Am 1. Mai 1889 entschied ein Preisgericht über sieben in die engere Wahl gekommene Vorschläge, nämlich die von Brunow/Berlin, R. Felderhoff/Berlin, Professor Herter/Berlin, Karl Hilgers/Charlottenburg, Max Kruse/Berlin, Seffner/Leipzig und H. Hidding/Charlottenburg. Das einhellige Urteil: „Keine der ausgestellten Entwürfe entspricht völlig den Anforderungen, um sofort zur Ausführung zu gelangen.“

Gezerrte um die Optik

Das Preisgericht beschloss somit, dem Denkmalausschuss vorzuschlagen, eine nochmalige Ausschreibung unter einer eng begrenzten Zahl von solchen Künstlern zu veranstalten, deren Arbeiten auf der Konkurrenz größere Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben. Den ersten Preis erhielt daraufhin Karl Hilgers/Charlottenburg für seinen Entwurf, der zweite Preis ging an L. Brunow/Berlin und der dritte an Seffner/Leipzig. Der Ausschuss erteilte kurze Zeit später Hilgers den Auftrag, seinen Entwurf umzuarbeiten, um ihm dann die Ausführung des Denkmals vollständig zu übertragen.

Vermutlich war Hilgers noch mit Entwürfen zu anderen Denkmälern wie dem 1892 fertiggestellten Kriegerdenkmal in seiner Heimatstadt Düsseldorf beschäftigt gewesen. Oder gab einen anderen Grund, dass bis zum Besuch Kaiser Wilhelm II. und dessen Gemahlin am 13. Mai 1892 in Stettin immer noch kein Denkmal errichtet worden war?

Stattdessen entwarf Stadtbaumeister Meier anlässlich des Kaiser-Besuches für den Standplatz des später errichteten Kaiser-Wilhelm-Denkmals einen auffälligen Obelisk von 14 Metern Höhe, dessen Spitze eine Krone und an der vorderen

Seite das Bildnis des Kaisers in Medaillon-Form trug.

Im Frühling des Jahres 1893 führte die Erz- und Bildgießerei der Berliner Aktiengesellschaft Schäffer und Walcker in der Lindenstraße die Arbeit an dem Stettiner Denkmal neben weiteren Reiterdenkmälern für die Städte Schwerin, Elberfeld, Mannheim, Bromberg und Gera aus.

Des Kaisers Sohn war begeistert

Die Einweihung des 250.000 Mark teuren Denkmals, zu welchem die Stadt Stettin und die Provinz Pommern jeweils 60.000 Mark und den Restbetrag die Stettiner Bürger aufbrachten, sollte ursprünglich am 18. Oktober 1894 stattfinden, wurde jedoch auf den 1. November verlegt. „Bei einbrechender Dunkelheit begann die Beleuchtung der Stadt, wobei besonders die Feststraße in hellem Glanz erstrahlte. Elektrische Bogenlampen erhellten die Straßen taghell, die Ehrenporten erhielten durch bunte Glühlichter eine wirksame Abenddekoration. Das Berliner und das Königsthor zeigten sich in buntem bengalischem Licht, und das neue Kaiser- und Kriegerdenkmal wurde von elektrischem Licht umstrahlt.“

Der Kaiser sprach sich anerkennend über die künstlerische Vollendung des Denkmals, die Herstellung des Platzes, sowie die Ausschmückung und Illumination der Stadt aus. Anlässlich der Enthüllung des Denkmals erhielten Oberbürgermeister Haken den Roten Adlerorden zweiter Klasse, Professor Hilgers und Stadtbaurath Meyer den Roten Adlerorden vierter Klasse, Bürgermeister Giesebrecht den Kronenorden dritter Klasse, Freiherr von der Goltz und Major Gaede den Roten Adlerorden vierter Klasse.

Nach 1945 wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf Geheiß des von den Sowjets gelenkten kommunistischen Regimes Polen letztendlich abgerissen.

ADOLPH COORS

Vom preußischen Burschen zum US-Bierbrauerkönig

Von einem, der ohne Genehmigung aus dem Königreich Preußen auszog, um in der neuen Welt sein Glück zu finden

Die Geschichte der amerikanischen Biermarke Coors ist untrennbar mit dem Lebensweg eines Mannes verbunden: Adolph Hermann Josef Coors. Wenige wissen, dass der Gründer einer der größten Brauereien der USA ursprünglich ein preußischer Staatsbürger war – geboren in der industriell geprägten Region Barmen im Königreich Preußen, und dass seine Auswanderung nicht nur eine persönliche, sondern auch eine politische sowie wirtschaftliche Entscheidung war.

Coors wurde am 4. Februar 1847 geboren. Die Region, in der er aufwuchs, war ein Zentrum der frühen deutschen Industrialisierung. Doch trotz dieses wirtschaftlichen Aufschwungs war das Leben für viele junge Menschen beschwerlich. Die politischen Unruhen nach der gescheiterten Revolution von 1848, wirtschaftliche Unsicherheit, ein rigides Ständesystem und zunehmende soziale Spannungen bewegten viele dazu, Preußen zu verlassen. Der junge Coors, der früh zum Waisen wurde, entschloss sich daher ebenfalls, sein Glück in der Neuen Welt zu suchen.

Im Alter von 21 Jahren verließ Coors im Jahr 1868 sein Heimatland – heimlich und illegal. Als blinder Passagier versteckte er sich auf einem Schiff nach Amerika,

denn seine Auswanderung war nicht genehmigt worden, was ihn in Preußen offiziell zum Gesetzesbrecher machte. Doch Coors war fest entschlossen, sich eine neue Existenz aufzubauen.

Nach seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten ließ er sich zunächst in Illinois nieder und arbeitete in einer Brauerei in Naperville, wo er sein Wissen über das Bierbrauen vertiefte – eine Kunst, die er bereits in Deutschland erlernt hatte. Seine Herkunft aus dem Land der Biertradition und seine Ausbildung zum Bierbrauer und Mälzer sollte sich alsbald als sein größter Vorteil entpuppen.

In den 1870er Jahren zog es Coors in den Westen nach Colorado, wo der Goldrausch zahlreiche Siedler, Glücksritter – und durstige Männer – angezogen hatte. 1873 gründete er dort gemeinsam mit dem Geschäftsmann Jacob Schueler eine Brauerei in der Stadt Golden, am Fuße der Rocky Mountains. Zunächst unter dem Namen Schueler & Coors Golden Brewery bekannt, kaufte Coors 1880 die Anteile seines Partners und führte die Brauerei fortan unter eigenem Namen.

Die Lage war strategisch gewählt: Das frische, klare Wasser der Rocky Mountains eignete sich hervorragend zur Bierherstellung. Coors brachte deutsche



Coors light ist der Verkaufsschlager der „preußischen“ Marke, die ihre Zentrale immer noch in Golden im US-Bundesstaat Colorado hat

Brautradition mit amerikanischem Unternehmertum zusammen. Sein Ziel war es, ein Bier von gleichbleibend hoher Qualität zu brauen – ein Anspruch, der ihn vom Wettbewerb abhob.

Vom Familienbetrieb zur US-Marke

Schon bald hatte sich Coors Beer einen Namen gemacht. Es wurde nicht nur in Colorado geschätzt, sondern auch weit

darüber hinaus. In einer Zeit, in der viele amerikanische Biere wässrig und von wechselnder Qualität waren, setzte Coors auf Reinheit, Geschmack und Beständigkeit – ganz nach deutschem Vorbild und inspiriert von den Reinheitsgeboten seiner Heimat. Doch der Weg war nicht ohne Hürden. Während der Prohibition (1920–1933), als in den USA Alkohol verboten war, überlebte Coors durch die Produkti-

on von Malzprodukten und Limonaden – ein kluger Schachzug, der die Brauerei wirtschaftlich über Wasser hielt.

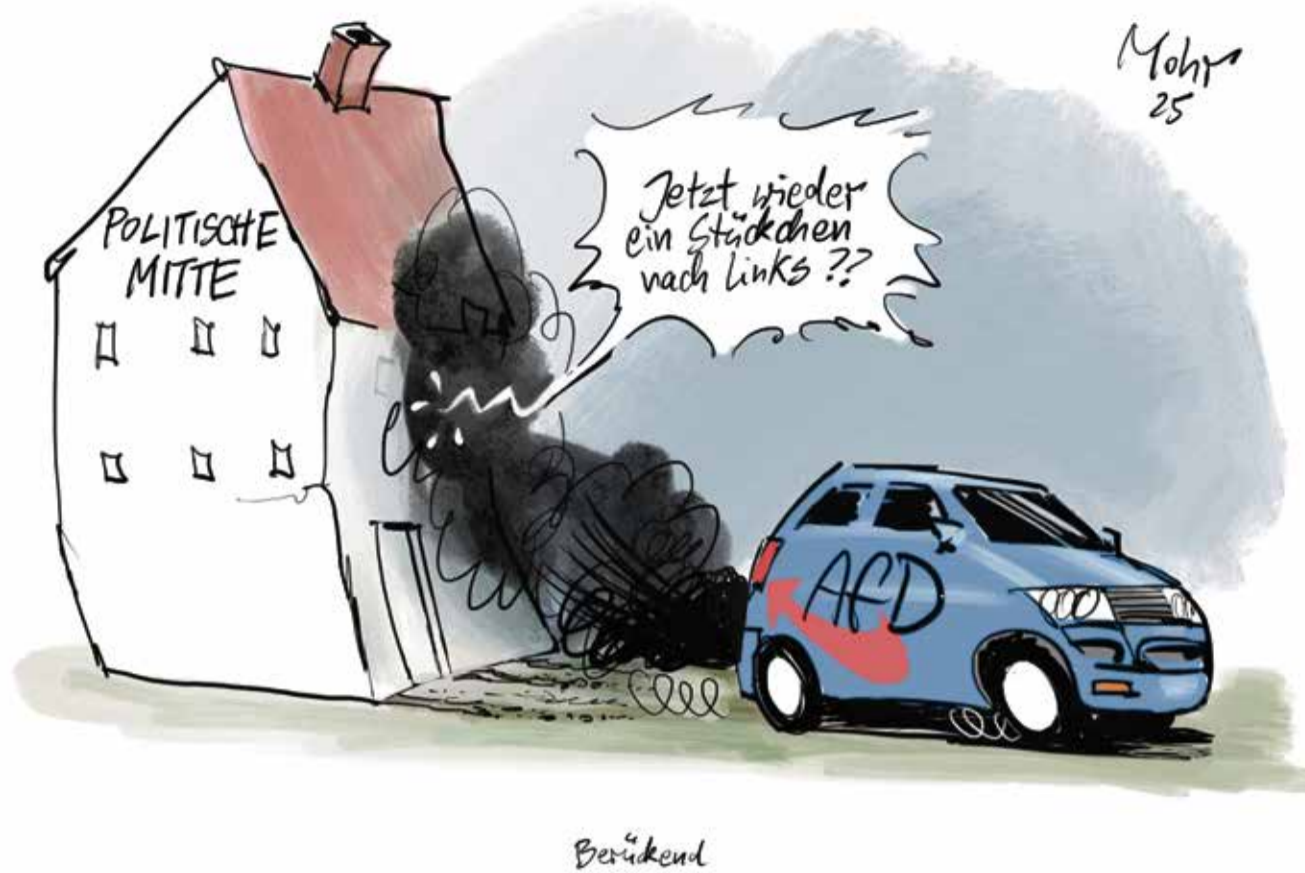
Aber auch nach dem Ende der Prohibition blieb die Marke Coors ein Symbol für Qualität – und wurde in der Nachkriegszeit zu einer der ikonischsten Biermarken Amerikas. Das Unternehmen blieb bis weit ins 20. Jahrhundert hinein in Familienbesitz und entwickelte sich zu einem nationalen Branchenriesen.

Preußischer Geist in Flaschen

Der Erfolg von Coors ist ein bemerkenswertes Beispiel für die Integration und den Einfluss deutscher – insbesondere preußischer – Auswanderer auf die amerikanische Wirtschaft und Kultur. Coors brachte nicht nur handwerkliches Können mit, sondern auch die preußischen Tugenden von Pflichtbewusstsein, Genauigkeit und Disziplin. Seine Herkunft prägte sein Denken und Handeln – und damit auch die Marke, die er aufbaute. Er starb im Jahr 1929, doch sein Name lebt bis heute weiter – auf Millionen Flaschen in ganz Amerika. Was mit einem jungen Preußen begann, der alles hinter sich ließ, um neu anzufangen, wurde zu einer amerikanischen Erfolgsgeschichte – mit preußischen Wurzeln. *Jens Eichler*

● AUFGESCHNAPPT

Laut dem Nachrichtenportal „Nius.de“ hat die Generalzolldirektion alle etwa 50.000 Mitarbeiter der Behörde in einer Rundmail vom 28. August aufgefordert, sich aktiv für die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ einzusetzen. Auch „Gleichstellung, Diversität und Vielfalt“ gehörten zum „Selbstverständnis des Zolls“, heißt es in dem Schreiben, das „Nius“ nach eigenen Angaben aus Kreisen der Zollstelle Potsdam zugespielt worden ist. Bei „verdächtigen“ Äußerungen von Kollegen solle zunächst das Vier-Augen-Gespräch gesucht werden. Wenn das nicht fruchte, sei der Vorgesetzte zu informieren. Die Anweisung gilt demnach sowohl inner- als auch außerdienstlich. Somit müssten Zoll-Mitarbeiter sogar bei privaten Feierlichkeiten oder beim Feierabendbier vorsichtig sein, was sie sagen. Sofern ein Kollege mithört, der ihre Worte als „verdächtig“ einstuft, könnte dies unangenehme Folgen haben. Die Rundmail fügt sich in eine Zeit, in der immer mehr Deutsche Angst haben, ihre Meinung frei zu äußern. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Hemmungslos

Wie Robert Habecks Gas-Legende zerbröselt, und wie es sich ohne moralischen Kompass lebt

VON HANS HECKEL

Man gönnt ihnen aber auch gar nichts. Den Grünen, meine ich. Hier denke ich gar nicht so sehr an die NRW-Kommunalwahlen, selbst wenn die auch nicht gerade schön ausgegangen sind für die einstige Ökopartei. Nein, es geht um etwas viel Größeres. Es geht um die Legendenbildung über das segensreiche Wirken von Habeck und Co. in der Ampelregierung.

Mit seinem Heizungsgesetz, dem völlig absurden Atomausstieg oder der herzerfrischenden Stammelei zur Frage, wann eine Firma insolvent ist, hat sich der von manchen gefeierte Ex-Wirtschaftsminister tief ins Gedächtnis gebrannt. Nur leider als Versager, da konnten weder schmachtende Journalistinnen zu seinen Füßen noch die eigene Parteipropaganda viel dran ändern.

So wollten sie wenigstens eine einzige Großtat auf Habecks Heldenschild verewigt wissen, die seine dummen Kapriolen überstrahlen sollte für alle Zeit: Dass der große Grüne es war, der Deutschland 2022 vor dem Sturz ins Chaos gerettet hat, als die Gaslieferungen aus Russland ausblieben. Er habe nämlich schnell, beherzt und kompetent die Sache mit den Flüssiggas-Terminals in die Wege geleitet. Nur deshalb seien wir im Winter 22/23 nicht in Dunkelheit und Kälte gefallen, die uns damals akut drohten.

Nun kommt indes heraus, dass diese prunkvolle Darstellung – na, sagen wir mal – ein paar ziemlich peinliche Löcher aufweist. Danach war es nicht Habeck, sondern der Bundesnachrichtendienst (BND), der schon im Januar 2022, also vor Kriegsausbruch, Kanzler Scholz und eben Habeck schwimmende Flüssiggas-Terminals als schnelle Notlösung vorschlug und auch gleich mögliche Bezugsquellen für das Gas sowie Standorte für die Terminals aus der Tasche gezogen hat. Der Plan war demnach fix und fertig, ganz ohne Habeck. Der musste nur noch seine Leute anweisen, das zu tun, was der Geheimdienst vorgezeichnet hatte.

Ausgerechnet am 14. September, dem Tag der schmerzlichen NRW-Wahl, brachte die „Welt am Sonntag“ diese Wahrheit ans Licht und zitiert einen „mit dem Vorgang vertrauten Politiker“ mit den Worten: „Habeck konnte froh sein, dass der BND einen Ausweg aus dem Dilemma aufzeigen konnte.“ Allerdings ließ der grüne Minister die Öffentlich-

keit weder an seinem unverdienten Glück noch an seiner Dankbarkeit für die weisen Vorleistungen des BND teilhaben. Stattdessen haute er dem Dienst später um die Ohren, den russischen Angriff nicht vorhergesehen zu haben, und ging daran, das Märchen zu stricken, dass er es gewesen sei, der den Ausweg aus der Mangellage gewiesen habe.

Peinlich. Also jedenfalls, wenn so was rauskommt. Und das ist es ja nun. Außerdem war der BND mit seiner Überraschung über den Kriegsausbruch nicht allein. Die ersten Reaktionen aus Kiew in den Stunden nach dem Angriff legen nahe, dass auch dort kein Verantwortlicher mit der Eskalation gerechnet hatte. Habecks Kritik erscheint da reichlich schnöselhaft, und vor dem Hintergrund der BND-Federn, mit denen er sich geschmückt hat, sogar ein bisschen eklig.

Und am selben Tag dieser Enthüllung das grüne NRW-Debakel, was für ein Elend! Ein kleiner Trost für das linke Lager bleibt da immerhin: das gute Abschneiden der Linkspartei. Die Genossen sind ja ohnehin einen Zacken schärfer als die links-bourgeois Grünen und kommen daher bei vielen jungen Leuten fabelhaft an. Nämlich bei denen, die sich offenbar dermaßen langweilen, dass ihnen nur noch die hemmungslose Radikalisierung jenen Kick verspricht, den lebenslustige junge Menschen nun einmal suchen.

Seidenweiche Menschenverachtung

Hemmungslosigkeit kann sehr befreiend sein. Zumindest solange, bis man erschrocken auf die Folgen blickt. Im Moment der Besinnung schnürt es dem eben noch Enthemmten die Kehle zu angesichts dessen, was er da im Rausch von sich gegeben hat. Vorausgesetzt, er besitzt einen moralischen Kompass, der ihm nach Abklingen der Raserei anzeigt, wie weit er sich verrannt hat. Wo Heidi Reichennek dieses kleine, nützliche Gerät verloren hat, wissen wir nicht. Auf jeden Fall hatte die Linkspartei-Chefin das Ding nicht dabei, als sie bei Caren Miosga zu Gast war.

Zur Ermordung von Charles Kirk ließ sie dort etwas verlauten, was das politische Klima in Deutschland anhaltend verändern könnte: „Man muss kein Mitleid und keinen Respekt vor dieser Person haben.“ Sie sei sogar „irritiert, dass die Junge Union da so einen Trauer-Post schickt, wenn man überlegt, was das für eine Person ist“. Kirk sei nämlich „sehr problematisch“ gewesen. Trauer, Mitleid oder auch nur Respekt sind demnach fehl-

am Platz bei Leuten, die Frau Reichennek „problematisch“ findet.

Im Eiswind dieser Kälte möchte man sich sogar an einem lauen Septemberabend den dicksten Pullover überstreifen. Und einen Schnaps kippen, um wieder zur Ruhe zu kommen. Hat sie das wirklich gesagt? Hat sie. Und es kommt noch dicker, also stellen Sie die Flasche nicht vorschnell weg.

Was Reichennek da vorführt, ist keineswegs nur die Verirrung in einer dunkelroten Blase. Da kriecht vielmehr eine breite Strömung durchs Land, welche sich aufgemacht hat, selbst die elementarsten Regeln von Anstand und Mitmenschlichkeit platt zu walzen.

Zu spüren bekommt das beispielsweise der Fußball-Nationalspieler und Dortmund-Profi Felix Nmecha. Der 24-Jährige hatte seine Betroffenheit über Kirks Ermordung öffentlich bekundet mit den Worten: „Ruhe in Frieden bei Gott. So ein trauriger Tag.“ Auch hatte er geschrieben, Kirk sei „friedlich für seine Überzeugungen und Werte eingestanden“. Diese Wortmeldungen hätten „in Fankeisen Wirbel ausgelöst und Widerspruch provoziert“, freut sich der „Spiegel“. Wohl deshalb hat Nmecha den Satz mit den „Überzeugungen und Werten“ wieder gelöscht.

Borussia Dortmund hat unterdessen brav versprochen, Nmechas Äußerungen intern aufzuarbeiten. Der Verein wolle „das Gespräch mit dem Profi suchen“, erfahren wir aus dem „Spiegel“. Klingt wie „Antreten zur Standpauke“. Und es gibt offenbar einiges „aufzuarbeiten“. Denn laut „Bild“-Zeitung hat Nmecha in seinem Vertrag eine Klausel unterschrieben, die ihm eine Strafe androht, wenn er in Posts Dinge sagt, die den „Werten“ des Klubs zuwiderlaufen.

Hier rundet sich das schaurige Bild: Wie in den dunkelsten Phasen der jüngeren Geschichte werden Personen erneut aus ideologischen Gründen in mehr- oder minderwertige Angehörige des Menschengeschlechts eingeteilt, weshalb Respektsbezeugungen für die Minderwertigen mit „Aufarbeitung“ gehandelt werden. Diese Einteilung geschieht heute nur nicht mehr im kalten Befehlston des 20. Jahrhunderts. Nein, heute macht man das im seidenweichen Sound einer vorge-täuschten Achtsamkeit, welche die Dreistigkeit ermöglicht, uns dieses menschenverachtende Vorgehen auch noch mit angeblichen „Werten“ zu begründen. Jetzt ahnen Sie, warum ich empfohlen habe, die Schnapsflasche in Reichweite zu halten.

Wie sich der Ex-Minister mit den Federn des BND geschmückt hat, ist schon ein bisschen eklig



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Psychiater Frank Urbaniok enthüllt gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ (11. September) ein brisantes Detail zum Thema Ausländerkriminalität:

„Ein Beispiel aus einer deutschen Großstadt: Da vertraute mir ein hoher Polizeifunktionär an, seine Leute fühlten sich wie Fremde im Ausland, wenn sie in manche Quartiere fahren würden. Seine Gruppe ist für schwere Gewalttäter zuständig ... Von denen, so hat er mir erzählt, sind 50 Prozent Deutsche und 50 Prozent Ausländer. Die Deutschen tragen Namen wie Ali, Ahmed, Mohammed.“

Axel Wolfsgruber spricht im „Focus“ (11. September) eine simple Wahrheit zum Thema Ausländer-Integration aus:

„Die zu integrierende Gruppe ist vielerorts so groß, dass sie schlicht von der vorhandenen Gruppe kaum noch aufgenommen werden kann. Bestes Beispiel sind die Schulen, an denen das Niveau sinkt, weil bei vielen Schülern schlicht die Deutschkenntnisse fehlen.“

Anna Schneider liefert in der „Welt“ (14. September) eine Erklärung dafür, warum der ermordete Charles Kirk bei deutschen Linken so viel Hass auslöst:

„Charlie Kirk ... stand immerhin für eine Debattenkultur, die man sich in Deutschland eigentlich gar nicht vorstellen kann, mit all seinen Brandmauern, Kontaktschuldphobien und der schlichten Unfähigkeit, andere Meinungen als die eigene zu ertragen.“

In der „Berliner Zeitung“ (11. September) fürchtet Moritz Eichhorn eine Radikalisierung infolge des Kirk-Mordes:

„Es ist ein Fehlschluss zu glauben, politische Bewegungen ließen sich durch die Tötung prominenter Vertreter einschüchtern oder würden gar verschwinden. Sie werden dadurch meistens radikaler. Und so ist eines der am meisten geteilten Memes aus dem rechten Lager in diesen Stunden ein Bild, auf dem ein Rechter einem Linken ins Ohr flüstert: ‚Charlie war die moderate Stimme. Jetzt kommen wir.‘“

Max Roland steht fassungslos vor dem Auftritt von SPD-Co-Chefin Bärbel Bas nach der NRW-Kommunalwahl. Bei „Apollo News“ (15. September) schreibt er:

„Insgesamt also die Botschaft (von Bärbel Bas, d. Red.): Wir haben nichts falsch gemacht ... Der entrückte Auftritt der SPD-Chefin wird für die Sozialdemokratie das größere Problem sein als die Niederlage in NRW: Diese Partei mit dieser Führung kann und will nichts lernen und nichts verstehen. Wer so den Kontakt zur Realität verloren hat, wird eine Partei nicht retten können, sondern sie arrogant in den Abgrund führen.“

● WORT DER WOCHE

„Ein Kennzeichen, das religiöse Fanatiker und viele Linke gemeinsam haben, ist die Unfähigkeit, aus Fehlern zu lernen.“

Harald Martenstein in der „Welt“ vom 14. September